

Zweiter Abschnitt.

Die Unterwerfung Böhmens.

Wenn man die Folgen der drei großen Entscheidungen vom August 1619 in militärische und politische zerlegt, so zeigt sich die Gunst der militärischen Erfolge noch einmal auf der Seite der Böhmen. Zunächst freilich, nach der Niederlage Mansfelds vom 10. Juni (S. 31), hatte Buquoy gegen die ihm entgegengestellten Generale Thurn und Hohenlohe das Uebergewicht gewonnen. Bis Mitte September hatte er den Feind langsam in der Richtung auf Prag zurückgedrängt; er hatte, am linken Ufer der Moldau vorgehend, die Stadt Pisek genommen und sein Hauptquartier bis Mirowitz vorgeschoben, von wo zwei bis drei Tagemärsche ihn vor Prag führen konnten. Gleichzeitig hatte Dampierre an der südöstlichen Grenze Mährens Fuß gefaßt. In dieser Stellung wurden nun aber die kaiserlichen Generale von den Nachrichten über Bethlens Losbruch und reisende Fortschritte überrascht. Am 10. Oktober, als der Fürst auf seinem Siegeszug nach Preßburg in Tyrnau lagerte, schickte er bereits von seinem rasch anschwellenden Heer 8000 Reiter unter Franz Rebei nach Mähren; einige Tage später konnte er von Preßburg aus an einen Angriff gegen Wien denken. Solche Nachrichten bewirkten es, daß das Verhältnis von Angriff und Verteidigung plötzlich umgekehrt wurde. Schon drei Wochen vor jener Absendung Rebeis erschien Buquoy die Lage so ernst, daß er zurückzweichen begann: erst nach dem Süden von Böhmen, dann nach dem Nordosten von Unterösterreich, wo er Dampierres Abteilung aufnahm, endlich auf die Donau, die er unterhalb Wiens am 25. Oktober überschritt. Und bald genug sah er sich in der Lage, mit seiner noch keine 20 000 Mann zählenden Armee die Stadt gegen ein um mehr als die Hälfte überlegenes Heer zu verteidigen.

Mit den böhmisch-mährischen Truppen, die sich im Rücken Buquoy's zusammenschlossen und durch jenes ungarische Corps verstärkt wurden, waren nämlich die Generale Thurn und Hohenlohe ihrem Gegner bis in die Nähe der Donau gefolgt, um hier plötzlich nach Preßburg abzubiegen. In dieser Stadt schloß sich ihnen mit einem weiteren Teil seiner Truppen Bethlen Gabor an; und nun,

nachdem die Streitkräfte aufs rechte Ufer der Donau geführt waren, schlugen sie den Weg auf Wien ein. Vergeblich stellte sich ihnen Buquoy entgegen; er wurde am 26. November bei Bruck zurückgedrängt, worauf dann am 27. die wilden Scharen unter grausigen Unthaten sich in die nächste Umgebung von Wien ergossen. Noch einmal machte jetzt die Stadt und der Kaiser, der sich wieder dort eingefunden hatte, ein paar bange Tage durch; aber noch einmal zeigte sich's, daß die Verbündeten zu einer so weit ausgreifenden Offensive nicht stark genug waren. Wie als Gegenschlag gegen die erste Bedrängnis Wiens ein spanisches Hülfscorps von den Niederlanden in Böhmen eingedrungen war, so hatte sich jetzt die spanische Regierung zu einer zweiten Hülfleistung aufgerafft: am 15. November trafen 7000 Mann, aus den spanischen Provinzen in Italien kommend, in Innsbruck ein, um von da zunächst nach Passau geführt zu werden. Schon dieser Vorgang mußte die Angreifer Wiens mit schweren Sorgen erfüllen. Aber wahrhaft verwirrend wirkte erst eine zweite Botschaft, die aus Ungarn kam. Unter den vielen, die dort zum Kaiser hielten, hatte einer, Graf Drugeth von Homonna, ein Konvertit gleich dem Palatin, den Mut gehabt, sich nach Polen zu werfen und von dort mit 5000 Kosaken wieder in Oberungarn einzubrechen. Am 21. November, dem Tage, da die böhmische Armee bei Presburg die Donau überschritt, brachte er dem Kommandanten von Oberungarn, Georg Rakoczzy, eine schwere Niederlage bei und machte sich nun ans Werk, eine Gegenbewegung in Fluß zu bringen. Dieser Schlag in seinem Rücken erschütterte Bethlen derart, daß er alle Aussichten auf Wien im Stiche lassend, sich nach Ungarn zurückwandte. Seine wilden Banden zogen sich am 29. November aus Desterreich zurück, und natürlich mußten ihnen die böhmischen Truppen folgen, — aber letztere doch nicht, ohne einen Vorteil der jüngst vollzogenen Wendung zu behaupten.

Während des Angriffs auf Wien nämlich waren auch Streitkräfte im Feld erschienen, welche die oberösterreichischen und die protestantischen unterösterreichischen Stände aufbrachten. Von diesen Truppen unterstützt, vermochten sich die Böhmen in Unterösterreich links der Donau zu halten. Ihnen gegenüber stand Buquoy, jetzt nicht mehr im Herzen von Böhmen, sondern vor der Stadt Krems.

Indes wenn diese Verschiebungen der militärischen Lage eine tiefer greifende Bedeutung hatten, so lag sie doch nur in der Erkenntnis, daß zu einer wirklichen Entscheidung die Kräfte auf beiden Seiten noch nicht ausreichten. Wichtiger also, als die kriegerischen Bewegungen war der gleichzeitige diplomatische Feldzug, in welchem beide Teile um Bundesgenossen warben. Hier aber war der Vorteil auf der Seite Ferdinands. Für ihn hing seit der gewaltigen Ausdehnung des Aufstandes alles davon ab, daß er Spanien von bloßen Geld- und Truppenleistungen zum offenen Eintritt in den Krieg bestimmte, daß er ferner die Liga von den bescheidenen Anfängen der Bundeserneuerung zu ausgiebigen Rüstungen und zur Verbindung ihrer Waffen mit denen des Kaisers fortriß. Gerade nach diesen beiden Richtungen hin wurden ihm aber bei Gelegenheit des Frankfurter Wahltags die erfreulichsten Aussichten eröffnet.

Nach vollzogener Kaiserwahl blieben die geistlichen Kurfürsten noch bis tief in den September hinein in Frankfurt beisammen; neben ihnen harrte Ferdinand

aus, nachdem er auf der Hinreise sich mit Maximilian von Baiern über die großen Aufgaben der Zeit unterredet hatte, desgleichen der spanische Gesandte Dñate, der mit Erzherzog Albert über den Gedanken eines kriegerischen Eingreifens Spaniens in Korrespondenz und, wie es scheint, im Einvernehmen war¹⁾. Was diese drei Parteien zusammenhielt, war die Ueberzeugung, daß angesichts der weiter und weiter um sich greifenden Verwickelungen kräftige Entschlüsse nötig seien; was ihren Beratungen aber eine für die folgende Zeit entscheidende Richtung gab, war die Erkenntnis, daß der Krieg, wenn Friedrich V. durch Annahme der böhmischen Krone offen auf die Seite der Rebellen trat, und wenn dann vollends die Union mit ihrem Haupte zusammenhielt, von den österreichischen Landen in das Reich hinübergreifen werde, daß folglich die Bundesgenossen Ferdinands sich zum Kampf wie gegen die Böhmen, so auch gegen die Pfälzer und Unierten gefaßt halten müßten. In diesem Sinn traf man nun eine doppelte vorläufige Abrede: zunächst eine Vereinbarung bezüglich der Liga. Der katholische Bund, zu dem man die sämtlichen glaubensverwandten Reichsstände heranzuziehen hoffte, sollte eine Armee ins Feld stellen, die man als „katholische Rüstung und Defension“ bezeichnete. Für die Verwendung derselben stellte man zwei verschiedene Zwecke auf: einmal die Verteidigung der Verbündeten gegen erfolgte Angriffe, entsprechend der bescheidenen Verfassung der Liga, sodann die Verteidigung Ferdinands gegen seine Feinde, entsprechend den Forderungen einer weiter ausgreifenden Politik. Natürlich ergab sich hierbei sofort die Frage, wie zwei so verschiedenartige Zwecke in Einklang gebracht, wie ferner über den Schauplatz, auf dem die Streitkräfte, sei es gegen die Böhmen, sei es gegen die Pfalz oder die Unierten, zu verwenden waren, die Entscheidung getroffen werden sollte. Man fand für diese Schwierigkeiten eine Lösung, welche in weniger bedrängten Zeiten der Eigenwille der deutschen Stände verboten hätte: beschlossen wurde nämlich, daß die Führung und Verwendung der Streitkräfte dem Herzog von Baiern unbeschränkt in die Hand gelegt werden solle.

Das war die Abrede bezüglich der Liga. An dieselbe schloß sich eine zweite Abrede über die Leistungen Spaniens. Noch hatte Philipp III. auf jenen Antrag wegen Aufstellung eines selbständig eingreifenden Heeres keine Entscheidung getroffen; indem man aber jetzt diese Entscheidung vorwegnahm, setzte man fest, daß eine von den spanischen Niederlanden heranziehende Armee diejenigen Feinde, die im Reich für die Böhmen die Waffen ergreifen würden, im Rücken zu fassen habe. Also wiederum der Voratz einer bedingten Eröffnung des Krieges im Reich: in dreifachem Aufmarsch sollten der Kaiser, die Liga und Spanien die verbündeten Protestanten im Reich wie in den Erblanden niederwerfen.

Mit diesen Abreden begab sich Ferdinand, begleitet von Dñate und einem Bevollmächtigten der geistlichen Kurfürsten, nach München, um Maximilian zur Annahme derselben, besonders zur Uebernahme des „vollkommenen Direktoriums der katholischen Rüstung und Defension“ oder spezieller des „Direktoriums bei

¹⁾ Den an Philipp III. gerichteten Vorschlag bezüglich des Eingreifens mit einem Heer (S. 37 Anm. 2) legte Erzherzog Albert, wie er dem König bemerkt, zugleich in einem Antwortschreiben an Dñate vor: el exercito que he apuntado al dicho conde.

Zusammenbringung und Führung des Heeres“¹⁾ zu bewegen. Kein Zweifel, daß nun im bairischen Herzog der kirchliche Eifer, der durch die letzten Ereignisse aufs höchste gesteigert war, der Beruf zu einer führenden Wirksamkeit, der ihn erfüllte, das Verlangen nach Vergrößerung seiner Fürstenmacht, das seine aufs allgemeine gerichteten Bestrebungen stets begleitete, zusammenwirkten, um ihm die Anträge seines kaiserlichen Veters annehmbar zu machen. In welcher Weise die verschiedenen Antriebe aber zusammenwirkten, das zeigt sein am 8. Oktober 1619 mit Ferdinand abgeschlossener Vertrag. In der Hauptsache enthält derselbe die vom Kaiser ihm zugestandenene Bedingungen, unter denen er die Verfügung über die aufzustellende Ligaarmee übernehmen wird. Seine erste Vorsorge gilt in alter Weise den erforderlichen Mitteln an Geld, Truppen und Kriegsbedürfnissen: diese von der Liga und ihren Helfern zu beschaffenden Mittel müssen für eine Armee — die Stärke derselben veranschlagte er einige Zeit nachher auf 24000 Mann — nicht nur bewilligt, sondern auch eingeliefert sein, ehe er zu handeln beginnt. Als Richtschnur für sein Handeln stellt er auf, daß zunächst seine und seiner Verbündeten Verteidigung sicher gestellt sein muß, hierauf dem Kaiser, soweit die Mittel es erlauben, Beistand geleistet wird. Wie er diesen Beistand ins Werk setzen wird, ist ausschließlich in sein Gutbefinden gestellt; in alter Eifersucht läßt er sich dabei zusichern, daß weder der Kaiser noch „andere von seinem Hause“ sein „absolutes Kommando“ irgendwie beeinträchtigen. — Auf diese Bestimmungen über das Unternehmen im großen folgen die Vereinbarungen über des Herzogs Interessen im besonderen. Alle Ausgaben, welche er über den Betrag der Ligaumlagen und über die Erfordernisse seiner Landesverteidigung hinaus macht, hat das Haus Oesterreich ihm zu ersetzen und ihm bis zum Ersatz gleichwertige Güter als Unterpfand einzuräumen. Als dergartiges Pfand bleibt besonders dasjenige, was er in den österreichischen Landen mit bewaffneter Hand dem Feinde entreißt, in seinem Besitz.

Es waren dies Abmachungen, aus denen ebenso unvermeidlich, wie früher aus der Forderung der Donauwörther Exekutionskosten, eine territoriale Vergrößerung Baierns hervorgehen mußte. Aber es waren nicht die einzigen. In dem Buch der „Prätenstionen“, welches jeder deutsche Fürst mit Sorgfalt zu führen pflegte, nahm für die bairischen Herzöge die pfälzische Kur eine hervorragende Stelle ein. Im Jahr 1329 war zwischen der bairischen und pfälzischen Linie des Hauses Wittelsbach durch den Vertrag von Pavia ein regelmäßiger Wechsel dieser Kurstimme unter den Häuptern beider Linien vereinbart; im Jahr 1356 dagegen war durch die Goldene Bulle die ausschließliche Führung der Stimme durch den rheinischen Pfalzgrafen angeordnet. Von jener Zeit ab erschien der ausschließliche Besitz der Kur im pfälzischen Hause den bairischen Herzögen als fortgesetzter Vertragsbruch, den glücklichen Besitzern als reichsgesetzlich verbürgtes Recht. Wiederholt hatte man die entgegengesetzten Ansprüche auf dem Wege gelehrter Erörterung oder politischer Entwürfe zum Austrag zu bringen gesucht. Als Karl V. Bundesgenossen gegen den Schmalkaldener Bund

¹⁾ Plenarium directorium catholicae defensionis et praeparationis. — Exercitus congregandi et ducendi directorium.

warb, gewann er den Herzog Wilhelm von Baiern, indem er ihm unter anderem eine bedingte Zusage auf die Uebertragung der pfälzischen Kur erteilte. Als im Jahr 1611 der pfälzische Publizist Freher in einer Schrift über den damals ausgebrochenen Vormundschaftsstreit (II, 359) die Behauptung aussprach, daß die Kur von jeher an den rheinpfälzischen Territorien gehaftet habe, ließ alsbald der Herzog Maximilian seinen Archivar Gewold eine Gegenschrift über die bairischen Rechte an die Kur veröffentlichen, woraus sich ein bis zum Jahr 1616 gehender litterarischer Streit entwickelte. In frischer Erinnerung an diesen Streit geschah es nun, daß bei den Frankfurter Verhandlungen der Gedanke aufgebracht wurde,¹⁾ den Zusammenstoß mit Kurpfalz und der Union, wenn ein solcher sich an den Krieg gegen die Böhmen anschließe, zu benutzen, um die Kur von Friedrich V. auf Baiern zu übertragen, die Protestanten also auf den Besitz von bloß zwei Kurstimmen zurückzudrängen. Es war ein Gedanke, der auf den Uebergang der Katholiken zur Offensive hinwies; wer ihn zuerst aufgestellt hat, ist unbekannt, aber gewiß ist, daß Ferdinand mit ebenso leichtem Herzen, wie er am Reichstag von 1608 die Restitutionsklausel vorgeschlagen hatte, jetzt, als er von Frankfurt nach München kam, dem Herzog Maximilian die Uebertragung der Kur unter den angegebenen Voraussetzungen anbot. Natürlich wurde das Angebot ergriffen, der Kaiser aber hatte sich nunmehr in einer Frage von unberechenbarer Tragweite zum Schuldner eines Fürsten gemacht, der nicht leicht eine Forderung strich und gerade auf dieser Zusage fortan um so unerbittlicher bestand, da er beteuern konnte, daß er selber sie ja nicht verlangt habe.

Wie weitgreifend der also aufgestellte Entwurf war, das zeigte sich sofort an einigen ferneren Abreden, die sich folgerichtig anschlossen. Noch war für die vertragschließenden Fürsten die Frage, ob der Krieg wirklich von den österreichischen Erblanden ins Reich werde hinübergetragen werden, nicht endgültig gelöst, da Friedrich V. seinen Entschluß, die böhmische Krone anzunehmen, dem Herzog Maximilian erst am 17. Oktober anzeigte. Aber wenn nun, wie man schon voraussetzen mußte, diese Bedingung der Erweiterung des Krieges eintrat, wenn vollends, wie man fürchtete, auch die Union gegen den Kaiser und seine Verbündeten losbrach, dann gab es, um die Uebertragung der Kur durchzuführen, nur einen ganz geraden Weg: nach dem Vorgang Karls V. im schmalkaldischen Krieg mußte man die Feinde des Kaisers in die Acht erklären und dann mit der pfälzischen Kur verfahren, wie Karl mit der sächsischen verfahren war. Ueber diesen neuen Plan kam man in der That überein. Aber weiter! wenn der Krieg hiermit den Charakter einer Achtezekution gegen Friedrich V. und seine Verbündeten annahm, und wenn die kaisertreuen Fürsten das Glück hatten, sich eines Teils der Länder der Aechter zu bemächtigen, was sollte dann aus der Beute werden? Auf diese Frage mußte der Kaiser dem vorsorglichen Herzog die Versicherung geben, daß, was er also im Reich einnehmen werde, ihm zu eigenem Rechte verbleiben solle.²⁾

¹⁾ Camerarius an Joher, 1619 Sept. 24, 30, Okt. 12. (Wolf-Breyer IV S. 248 Anm. 21.)

²⁾ Ueber eine Unklarheit, die erst durch eingehendere archivalische Forschung zu lösen sein wird, vgl. Gindely II S. 435.

Mit solchen Zusagen, welche die Aussicht auf einen heißen Krieg und eine tiefgreifende Umwälzung der Machtverhältnisse im Reich eröffneten, trat der Kaiser aus den Verhandlungen mit Maximilian heraus. Auch der spanische Gesandte kam nicht ganz leichten Kaufs von München weg: er mußte versichern, daß Spanien neben den Truppen, die es dem Kaiser in Böhmen unterhielt und neben dem Heer, das es von den Niederlanden her schicken sollte, auch noch zur Ligaarmee ein Kontingent von 1000 Reitern stellen werde.¹⁾

Nachdem nun aber der Herzog all diese Zugeständnisse errungen hatte, ging er mit voller Thatkraft an den ihm zufallenden Teil der nächsten Aufgaben heran. Am 5. Dezember wurde in Würzburg auf Berufung von Mainz und Baiern eine Tagung des rheinischen wie des oberländischen Bezirks der Liga eröffnet, um über die Aufstellung eines Bundesheeres, wie sie in Aussicht genommen war, Beschluß zu fassen. Unter den Teilnehmern fanden sich auch Gesandte des Kapitels des zur Zeit erledigten Salzburger Erzstiftes ein, entsprechend einer von dem kürzlich verstorbenen Erzbischof Marcus Sittich gegebenen, allerdings durch Vorbehalte eingeschränkten Beitrittserklärung. In diesem Kreise wurde, wie Maximilian es verlangte, die Aufstellung von 21 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern zum Zweck der Verteidigung der Katholiken beschlossen. Die Kontingente des Heeres wurden ausgeteilt auf den rheinischen und oberländischen Bezirk, auf den Herzog von Baiern und den von ihm und Salzburg beherrschten bairischen Kreis, wobei denn der Anteil Maximilians, nämlich 6000 Mann zu Fuß und 1000 Reiter, so groß ausfiel, wie derjenige der ganzen rheinischen Gruppe. Soweit bei diesen Beschlüssen die erst kürzlich wieder aufgerichtete Verfassung der Liga befolgt wurde, kamen die Bestimmungen in Betracht, nach denen der angegriffene Bezirk die Hauptarmee aufzustellen, und sein Direktor die Führung zu übernehmen, der andere Kreis ihm aber Hülfsstruppen zu senden hatte. In diesem Sinn sollte das oberländische Direktorium die Hauptarmee unter Maximilians Kommando stellen, und der rheinische Bezirk ihr ein Hülfscorps zuordnen. Aber in Wirklichkeit lag ein Angriff nicht vor, sondern wurde höchstens befürchtet, und im stillen strebte man über die engen Grenzen der Bundesverfassung hinaus nach der Niederwerfung der Feinde des Kaisers. Um beiden Zielen gerecht zu werden, beschloß die Liga, wie man in Frankfurt und München beschlossen hatte, daß die Verwendung der Streitkräfte nach der „Occasion“ und nach Maximilians „Diskretion“ zu bestimmen sei. Der Herzog erhielt also freie Hand für die demnächstige Kriegführung; nur eine Beschränkung wurde ihm dabei auferlegt, die freilich für viele andere gelten konnte, nämlich der Vorbehalt, daß die Mittel für das Heer vorläufig nur auf sechs Monate bewilligt sein sollten, allerdings wieder nicht ohne den Zusatz, daß bei fortdauernder Notwendigkeit der gemeinen Verteidigung und auf zeitige Anzeige des Bundesobersten diese Bewilligung fortgehen solle. In dieser Sparsamkeit und in dem unüberwindlichen Gang der deutschen Stände, ihre Zahltermine verstreichen zu lassen, lag die schwache Seite des sonst so kräftigen Eintretens der Liga.

¹⁾ Wolf-Breyer IV S. 254 Anm. 28. Erwähnt wird die Zusage in Freysings Notizen über seine Relation vom 18. Nov. 1619 (Aretin, Baierns ausw. Verhältnisse. Urk. S. 50) und in Maximilians Instruktion für Leufer, 1620 Jan. 20. (Breyer, Beiträge S. 41.)

Ob aber diese Zurüstungen dem Kaiser unmittelbare Hilfe bringen würden, hing davon ab, ob der zweite Teil der Frankfurter Abreden, nämlich das Eingreifen einer spanischen Armee von den Niederlanden her, zur Ausführung kam. Hier handelte es sich noch immer um die noch nicht erteilte Genehmigung des spanischen Königs, oder vielmehr, bei der Unselbständigkeit Philipps III., um die Zustimmung des Staatsrats, oder im letzten Grunde um die Entscheidung zweier Männer, welche als Mitglieder der sogenannten Consulta und als Verwalter des königlichen Vertrauens die Gutachten des Staatsrats ihrer obersten Prüfung unterwarfen: es waren der Herzog von Uzeda und der königliche Beichtvater Luis de Alliaga. So bereitwillig nun die spanischen Staatsmänner für eine den offenen Eintritt in den Krieg nicht nach sich ziehende Unterstützung Ferdinands gestimmt haben mochten, so schwer mußte ihnen bei der Entkräftung des eigenen Staatswesens, bei dem baldigen Ende des niederländischen Waffenstillstands, auf dessen vorteilhafte Verlängerung man noch nicht alle Hoffnung aufgegeben hatte, der nun immer dringender angemutete Entschluß der Ausfendung jener Armee fallen. Denn was konnte er anders bedeuten als den Eintritt in zwei Kriege zugleich, nämlich den deutschen und den infolge dieser Einmischung völlig unvermeidlich werdenden niederländischen, zu dem sich als dritter noch ein Krieg mit England, wenn es zum Schutz der Pfalz die Waffen ergriff, gesellen konnte!¹⁾ Ueber solche Bedenken vermochten sich am wenigsten die Mitglieder der Consulta hinwegzusetzen; sie stützten sich unter anderem auf den militärischen Rat des Generals von Montenegro,²⁾ welcher darauf ausging, daß die spanischen Streitkräfte in den südlichen Niederlanden in geschlossener Front gegen die abgefallenen Provinzen im Norden zusammengehalten und gestärkt werden müßten, daß also jene Abzweigung nach Südwesten und ins Reich eine Schädigung der spanischen Interessen sei. Die nächste Folge dieser Erwägungen war denn auch, daß Philipp eine Zeitlang den von Deutschland kommenden Anforderungen zwar nicht entgegenzutreten, aber doch auszuweichen suchte. So erwiderte er am 6. September,³⁾ als man in Spanien von den entgegengesetzten Wahlen in Frankfurt und in Prag noch keine Kunde hatte, auf die Vorstellungen des Erzherzogs Albert: die Gefahren, welche ihm den Rat zum Eingreifen einer spanischen Armee eingegeben hätten, würden hoffentlich durch eine gute Kaiserwahl zerstreut werden. Aber wie jetzt mit der guten Kaiserwahl die schlimme böhmische Wahl zusammenfiel, wallte auch in Spanien das Mitgefühl mit dem verwandten Hause höher auf, und unablässig sah sich der König fortan weiter gedrängt: vom Kaiser durch den Gesandten Rhevenhüller, vom bairischen Herzog durch den am 5. März 1620 in Madrid eintreffenden Gesandten Dr. Leufer, vom Erzherzog Albert durch kurze, aber schwerwiegende Schreiben und durch einen besonderen Abgeordneten, Franz von Medina, der sich von März bis Mai 1620 am königlichen Hof aufhielt. Da ließ sich die widerstrebende Regierung Schritt für Schritt vorwärts treiben. Am 5. November 1619 legte Philipp es in die Hand Alberts, bei drängender

¹⁾ Philipp III. an Albert, 1620 März 25. (Brüsseler Archiv. Secrét d'Espagne n. 8. Eine Stelle daraus bei Gardiner, History of England 1603—42, B. III S. 335.)

²⁾ Leufer, 1620 Juni 1. (Breyer, Beiträge S. 180.)

³⁾ Brüsseler Archiv. Secrét d'Espagne n. 8.

Not einen Einbruch in die Pfalz ohne weitere Bescheidserholung zu beschließen;¹⁾ aber zugleich suchte er noch an den Kosten des also erforderlichen Invasionsheers zu sparen. Darauf setzte Albert die Ziffer desselben auf 21 000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter herab und verlangte jetzt neben den gewöhnlichen Zuschüssen für die niederländische Regierung nur noch die außerordentliche Jahressumme von 1 600 000 Kronen. Philipp dachte mit noch weniger, nämlich mit einer Million abzukommen. Aber der Erzherzog antwortete: er brauche die volle Summe und müsse das Geld in der Hand haben, bevor er mit den Rüstungen beginne.²⁾ Und nun endlich, am 25. März, verpflichtete sich der König, auch die 600 000 Kronen zu übernehmen, freilich nicht ohne dem Erzherzog anheimzugeben, ob man nicht an der Herausforderung der protestantischen Mächte dadurch vorbeikommen könne, daß man die Invasion auf Grund der kaiserlichen Acht durch den Herzog von Neuburg vornehmen lasse. Albert verwarf jedoch auch diese Auskunft; er bestimmte zur Führung der Armee den hervorragendsten unter den spanischen Generalen, Ambrosio Spinola, und rechnete, daß, wenn die Geldsendungen im Mai und Juli einträfen, die Armee im August gegen Heidelberg marschieren könne.

Heidelberg war für ihn das nächste Ziel des Angriffs. Anfangs hatte er im allgemeinen „die Lande der protestantischen Fürsten, die sich gegen das Haus Oesterreich erklären würden“,³⁾ als Angriffsobjekt bezeichnet; seitdem aber Friedrich V. die böhmische Krone erworben hatte, gewann das spanisch-niederländische Heer für ihn selbstverständlich den Charakter einer pfälzischen Invasionsarmee. Hiermit verband sich bei ihm eine bestimmte Auffassung von den Aufgaben der bairisch-ligistischen Armee. Während Maximilian in seinen Abmachungen mit Ferdinand als die über den nächsten Zweck der Verteidigung der Ligen hinausgehende Aufgabe seines Heeres sichtlich den Angriff der Rebellen in des Kaisers Hauslanden betrachtete, faßte Albert eine Mitteilung, die ihm der bairische Herzog im Dezember 1619 durch einen Abgeordneten zukommen ließ, dahin auf, daß der pfälzische Kurfürst und die mit ihm verbündeten Reichsfürsten von den spanischen und bairischen Streitkräften von vorne und vom Rücken her gefaßt werden,⁴⁾ dagegen der Krieg mit den Böhmen dem kaiserlichen Heer zufallen sollte. Von den Kräften der Union, die ja auf englische und staatliche Hülfstruppen rechnen durften, hatte er eine hohe Vorstellung und wollte darum nur mit größter Vorsicht vorgehen.

Und nicht minder groß als seine Vorsicht im Kriegsplan war seine Zurückhaltung in der Frage des Ländergewinns.⁵⁾ Von ähnlicher Gier erfüllt, wie der Herzog Maximilian, hatte der spanische Gesandte Dñate noch in den letzten

¹⁾ Gardiner, Letters II S. 86. Zweites Schreiben des Königs von demselben Datum, Brüsseler Archiv, a. a. D.

²⁾ Drei Schreiben des Erzherzogs vom 24. Febr., davon zwei bei Gardiner II S. 167, 169.

³⁾ So noch in dem Schreiben vom 30. Okt. 1619.

⁴⁾ Albert an Philipp, 1619 Dez. 18, 1620 April 14, Juli 19. (Brüsseler Archiv. Secrét. d'Espagne n. 8, 9.)

⁵⁾ Für das Folgende: Dñate an Philipp III., 1619 Febr. 14. Philipp an Albert, April 3. Albert an Philipp, Mai 30. Derselbe an denselben, Dez. 22. Philipp an Albert, 1620 Febr. 3. (Brüsseler Archiv.)

Wochen des Kaisers Matthias einen Plan entworfen, wie Spanien seine Hilfeleistung benutzen sollte, um die vor zwei Jahren vorbereitete Erwerbung des Elsaß (II, 432) nunmehr durchzuführen. In den ersten Tagen des Dezember sodann, als die Münchener Abreden getroffen waren, war es der Kaiser selber, der dem spanischen Gesandten einen Operationsplan entwickeln ließ, beruhend auf der in Aussicht genommenen Aechtserklärung gegen den pfälzischen Kurfürsten und gegen die auf seiner Seite kämpfenden Fürsten: Spanien möge dann in der Rheinpfalz und anderen Gebieten der Aechter nach Kräften um sich greifen und das Ergriffene bis auf weiteres als Pfand für seine Auslagen behalten, ähnlich wie man auch die anderen katholischen Fürsten auf die preisgegebenen Lande loszulassen gedenke, „jedem das geeignete Stück überweisend“.¹⁾ Aber Albert ließ sich durch derartige Lockungen nicht bestimmen, die Not des Kaisers zur Abpressung bindender Zusagen zu benutzen. Natürlich wollte er die in der Pfalz zu machenden Eroberungen bis zum Ende des Krieges in der Hand behalten: dann aber, meinte er, wird sich Rat finden, ob man dieselben dem Kurfürsten von der Pfalz gegen Herausgabe des von ihm Gewonnenen zurückgibt, oder sie etwa mit dem Herzog von Neuburg gegen Jülich auswechselt, oder sie auch im eigenen Besitze behält. Seine Absicht war, die Frage der Verteilung der Beute zu vertagen, bis man wirklich zur Verteilung im Stande sei. Und auch hier kam ihm das Vertrauen Philipps III. entgegen: die Vereinbarung über die Austeilung der Lande der Rebellen, sowie die Festsetzung des Zeitpunktes der Aechtserklärung, so schrieb der König am 3. Februar, lege ich in eure Hände. Nur mit Mühe sollte sich der Erzherzog dabei ins Einvernehmen setzen.

So war denn im Frühjahr 1620 die Ungewißheit, wie sich die Dinge entwickeln würden, noch groß; aber mit Beruhigung konnte der Kaiser doch schon sehen, wie ein starkes Bündnis, gebildet aus Spanien, der Liga und dem Herzog von Baiern, sich um ihn zusammenschloß. Ein Mangel freilich trat ihm, wie aus seinen eigenen Verhältnissen, so auch aus denen seiner Verbündeten entgegen: überall waren die Einkünfte entweder zerrüttet, wie in Spanien und Oesterreich, oder unzureichend, wie bei den deutschen Fürsten. Unvermeidlich war es daher, daß man neben kriegstüchtigen Verbündeten sich vor allem auch nach geldgebenden Freunden umsah. Hier aber kamen neben kleinen Beisteuern, die dem Kaiser von Florenz, Genua und Lucca zgingen, vorzugsweise, und zwar für den Kaiser und die Liga zugleich, die Finanzen des Papstes Paul V. in Betracht. Nicht daß dieselben in günstigem Stand gewesen wären, allein vom Haupte der Kirche erheischte man, indem man den Charakter des Krieges als eines Religionskrieges scharf betonte, ganz besondere Anstrengungen. Und bezeichnend war es gewiß, daß der Papst neben einem monatlichen Zuschuß an den Kaiser, der sich seit Herbst 1618 auf 10 000, seit Frühjahr 1620 auf 20 000 Gulden belief, zum Zweck weiterer Beisteuern im Juli 1620²⁾ einen dreijährigen Zehnten

¹⁾ Dandosela a cadauno del estado que pareziere a proposito.

²⁾ Hurter VIII S. 259 Anm. 147. In Aussicht stand die Dezimation schon anfangs 1620. (Würzburger Ligatag an den Kaiser, 1620 Febr. 29. Aetin, Baierns auswärtige Verhältnisse, Urkunden S. 81.)

auf das geistliche Einkommen in Italien ausschrieb, ganz wie in den Zeiten der mittelalterlichen Kreuz- und Ketzerrriege. Aus dem ersten Jahresertrag dieser Steuer wies er dem Kaiser 100 000 Scudi an, während er andere Summen der Liga zusagte, von denen dieselbe freilich bis zum September 1620 nur 36 000 Scudi wirklich erhielt.¹⁾ Was der Papst so beisteuerte, blieb allerdings tief unter den Erwartungen der Beteiligten, aber es fiel doch schwer ins Gewicht, indem es, wie bemerkt, deutlicher als vieles andere dem Krieg den Charakter des Religionskriegs ausdrückte und den Anspruch des Papstes auf leitenden Einfluß bestärkte. Schon glaubte sich Paul V. bitter beschweren zu dürfen, daß man ihn nicht in die Verhandlungen über die Neugründung und die Rüstungen der Liga hineingezogen habe,²⁾ und der Kaiser hielt es für zweckmäßig, über die Frage, ob er den österreichischen Ständen die Erhaltung der von seinen Vorgängern bewilligten protestantischen Religionsfreiheit zusagen dürfe, nicht nur das Gutachten seiner Theologen (S. 26), sondern auch die Billigung des Papstes einzuholen.³⁾

Eine Bundesgenossenschaft anderer Art, deren Bedeutung aber auch mehr in ihren Folgen als in ihren unmittelbaren Wirkungen bestand, war das schon im Jahr 1613 geschlossene (II, 448) und nunmehr angerufene Bündnis zwischen Oesterreich und Polen. Wie dieser Bund auf dem Bewußtsein gemeinsamer Gefahren beruhte, so war es für König Sigismund III. vom Anfang des böhmischen Aufstandes an klar, daß bei seinen eigenen Beziehungen zu Schweden nach außen, zu einer unzufriedenen protestantischen Minorität im Innern, der Sieg der Protestanten in der Nachbarschaft, besonders in Ungarn und Schlesien, ihm selber die größten Nachteile bringen mußte. Für seine Person wäre er daher wohl bereit gewesen, den Rebellen des Kaisers mit bewaffneter Macht entgegenzutreten. Aber da die Zustimmung des Reichstags zu einer solchen Politik nicht zu haben war, so mußte er sich begnügen, dem Kaiser oder seinen Anhängern die Anwerbung von polnischen Kosaken zu gestatten, einer leichten Reiterei, welche bei ihrer tieferen Kulturstufe die gewöhnlichen Erzeße der damaligen Söldner noch weit überbot. Ein solches Corps führte, wie oben erwähnt (S. 56), Homonna gegen Bethlen, ein zweites von etwa 4000 Mann zog zu Anfang des Jahres 1620 durch Mähren hindurch nach Oesterreich, um, aus den spanischen Hülfsgeldern bezahlt,⁴⁾ dem kaiserlichen Heer unter Buquoy eingereicht zu werden.

Von Spanien bis Polen schloß sich also eine katholische Bundesgenossenschaft um Ferdinand II. zusammen. Sehen wir nun, wie zu dieser Verbindung sich die Kräfte Friedrichs V. und seiner Freunde stellten.

Am 31. Oktober war Friedrich V. in Prag eingetroffen, und am 4. November war unter Entfaltung alles Pompes, den der pfälzische Hof und die böhmischen Stände aufzuwenden vermochten, seine Königskrönung vollzogen. Mitten

¹⁾ Hurter VIII S. 261.

²⁾ Coeuvre, 1620 Juli 27. (Siri V S. 168.)

³⁾ Instruktion für Trautmannsdorf und Hennot, 1619 Okt. 5. (Hurter VIII S. 130.) Auf eine vom Papst erteilte Approbation beruft sich Rhevenhüller in der Denkschrift von Okt. 1620. (IX S. 1173.) — Außerdem holte Ferdinand noch das Gutachten niederländischer Theologen ein. (Billermont, Mansfeld I S. 222.)

⁴⁾ Leufer, 1620 April 5. (Breyer, Beiträge S. 103.)

unter dem Gepränge der Huldigungen war indes die Stimmung derjenigen, die ihm aufrichtig anhängen oder mit tieferem Urtheil in die Dinge hineinsahen, keineswegs gehoben. Als die Heidelberger den Stammhalter ihres uralten Fürstenhauses scheiden sahen, brachen Hoch und Niedrig in so ergreifende Klagen aus, daß selbst die übermütige Kurfürstin die Thränen fand, die sie weder beim Verlassen ihrer Heimat noch später bei der Flucht von Prag zu finden vermochte.¹⁾ Als dann die wahre Lage des böhmischen Staatswesens sich aus nächster Nähe zeigte, war es vor allem des Kurfürsten einsichtigster Staatsmann, Ludwig Camerarius, der vor der Verwahrlosung der Geschäfte in den obersten Behörden, vor der Erschöpfung der Geldmittel, vor jenem Geist des Geschäftemachens, der unter den Kriegsführern den Sinn für militärische Ehre verdrängt hatte, entsetzt dastand. Nur dem jungen König selber schienen seine sonstigen Anwendungen von Niedergeschlagenheit vor dem Glanz der Ehren und der Hoffnungen vergangen zu sein. „Er macht sich,“ schrieb Camerarius, „die Sache leicht und setzt alles auf Gott.“

Unter den Aufgaben, die an den neuen Herrscher herantraten, lagen ihm und seiner pfälzischen Umgebung vor allem zwei am Herzen. Die eine war dynastischer Natur: es sollte die Verbindung der Pfalz mit Böhmen und die Vererbung der eben gewonnenen Königswürde dadurch gesichert werden, daß die Stände des Kurfürsten ältesten Sohn, Friedrich Heinrich, alsbald zum künftigen Könige erwählten. Die andere war militärischer Natur: es sollte über den vielfach zweispältigen Kommandos von Thurn und Hohenlohe ein einheitlicher Oberbefehl geschaffen werden. Leicht wurde von diesen beiden Aufgaben die zweite gelöst. Als der vor allen zum Felbherrn Berufene galt unter den Unierten von Anfang an der Fürst von Anhalt, und gewiß erstrebte dieser, indem er die pfälzische Politik so tief in die böhmischen Wirren hineinführte, auch für sich selber eine leitende Stellung. Nicht unwahrscheinlich ist es auch, daß von der pfälzischen Diplomatie gleichzeitig mit jener so rasch und so hinterhältig aufgestellten Kandidatur Friedrichs V. für die böhmische Krone der Fürst Christian von Anhalt den Böhmen als oberster Felbherr angetragen wurde,²⁾ daß dann aber der Fürst Christian, ebenso wie sein kurfürstlicher Herr, die Initiative zu förmlichen Vorschlägen den Direktoren und Ständen überließ. In der Zwischenzeit nun, die zwischen der in Prag geschlossenen Konföderation einerseits und der Absetzung Ferdinands andererseits lag, am 6. und 7. August, wurde von dem

¹⁾ „Wie man zu Heidelberg aufgebrochen, ist ein groß Weinen bei allen Leuten gewesen; auch hat die königliche Prinzessin, die doch in ihrem Abschied aus England und in der Flucht hernach von Prag nicht eine Thräne vergossen, des Weinens sich nicht können enthalten.“ (Chr. v. Dohna, Tagebuch.)

²⁾ Solms empfahl bei jener Gesandtschaft vom Juli 1618, von der die pfälzische Thronkandidatur datiert, im Einvernehmen mit Hohenlohe die Ernennung eines obersten Befehlshabers über Thurn und Hohenlohe. (Krebs S. 56, 57.) Sollte er dabei nicht an Anhalt gedacht haben? — Das auf diese Anregungen des Gr. Solms im Nov. 1618 von böhmischen Parteiführern dem pfälzischen Agenten gemachte Anerbieten (vgl. meine S. 12 Anm. 1 citierte Abhandlung S. 241) war eine offre de couronne et armée. Sollte das nicht heißen: die Krone für Pfalz, die Armee für Anhalt?

Generallandtag ein derartiger Antrag wirklich beschlossen, so daß bald die Verhandlungen mit Anhalt über den Oberbefehl und diejenigen mit Kurpfalz über die Krone sich verflochten. Etwas länger als die letzteren zogen sich die ersteren hin; aber am Tage nach Friedrichs Krönung wurde Anhalt im Namen der Stände der böhmischen Kronlande den Truppen als oberster Feldherr proklamiert.

Schwieriger gestaltete sich die andere Aufgabe, die Wahl des Prinzen Friedrich Heinrich zum Nachfolger seines Vaters. Denn der Prinz zählte erst fünf Jahre, seine Wahl mußte also wie ein Hohn auf das Recht der vollfreien Auswahl ihrer Könige, welches die böhmischen Stände so grimmig gegen den Kaiser Ferdinand verfochten hatten, erscheinen. Einstweilen wurde die Wahl denn auch, da die Abgeordneten der Nebenlande sich auf mangelnde Vollmacht berufen konnten, auf einen Ende März des Jahres 1620 zusammentretenden Generallandtag verschoben, hier aber unter dem Drang von zwei anderen nicht minder wichtigen Gegenständen, nämlich der Bestätigung eines Bündnisses mit Ungarn und Siebenbürgen und der Beschaffung von Geldmitteln für Krieg und Regierung, nach Wunsch des Kurfürsten vollzogen.

Neben derartigen Sorgen, die sich auf das böhmische Staatswesen und seine Verbindung mit den österreichischen Hauslanden bezogen, gab es eine andere fast noch dringendere Aufgabe: es galt, die Bestrebungen der protestantischen Stände in den österreichischen Hauslanden und diejenigen der Protestanten im deutschen Reich untereinander zu verbinden und die Streitkräfte beider Teile zu gemeinsamer That zu vereinigen. Zu einer derartigen Verbindung und Vereinigung hatte nun, wie oben dargelegt ist (S. 32), der Heilbronner Unionstag die ersten Schritte gethan, er hatte aber auch, in Anerkennung der unzureichenden Kräfte der Union, den Plan einer Vereinigung sämtlicher protestantischer Reichsstände aufgestellt. Die hierfür in Aussicht genommene Tagsatzung, die nach Mühlhausen auf den 1. September angesetzt war, konnte indes bei der Kürze des Termins und den Gegenwirkungen Sachsens nicht gehalten werden. Und so geschah es, daß jener Unionstag zu Rotenburg, der sich mit Friedrichs V. Wahl zum böhmischen König beschäftigte, eine neue Einladung an die protestantischen Fürsten, Städte, Grafen und Reichsritter erließ zu einer in Nürnberg am 12. November zu eröffnenden Tagsatzung (17. und 18. September).¹⁾ Unter den Beschlüssen, die hier gefaßt werden sollten, standen in erster Linie gemeinsame Vorkehrungen, um sich „auf alle Fälle wider Gewalt zu defendieren“. Weiter aber sollte beschlossen werden, was in Sachen der evangelischen Beschwerden „endlich und schließlich zu thun sei“, ferner, wie in Böhmen „der werthe Friede wieder gebracht werden möchte“. Es war das eine vieldeutige Tagesordnung; aber die Hauptsache war doch, daß die protestantischen Stände zu gemeinsamen Rüstungen eingeladen wurden, und daß sie dann, die Waffen in der Hand, ebensowohl ihre Machtansprüche gegenüber den Katholiken im Reich, wie die Sache der Böhmen gegen den Kaiser vertreten sollten. In diesem Sinn konnte die pfälzische Regierung mit der von Rotenburg ausgehenden Einladung zufrieden sein.

Soweit es nun auf die vornehmeren außer der Union stehenden protestan-

¹⁾ Das Folgende nach den Unionsakten des Berliner St.-A., B. 36.

tischen Reichsstände ankam, durfte man eine günstige Aufnahme der Einladung am ehesten bei den Ständen des niedersächsischen Kreises erwarten. Vor vier Jahren waren diese Stände schon in einen weiteren Bund mit der Union eingetreten (II, 421), und jetzt, angesichts des heraufziehenden Krieges, war ihre alte Furcht, daß die Katholiken die Rückforderung der geistlichen Fürstentümer mit den Waffen durchsetzen möchten, verdoppelt. Schon beschloß denn auch ein am 17. Oktober zu Braunschweig beendeter Kreistag, daß die Angehörigen des Kreises sich mit dem dreifachen Truppenanschlag zur gemeinsamen Verteidigung bereit halten sollten, und nichts lag näher, als diese Truppen, wenn sie eingefordert wurden, mit denjenigen der Union zusammenwirken zu lassen. Indes neben dieser Hinneigung zur Union gab es im niedersächsischen Kreis doch auch eine andere und wohl stärkere Tendenz, nämlich das Verlangen, mit Kursachsen zusammenzugehen. Wie also Kursachsen sich in der Frage des Zusammenschlusses aller protestantischen Reichsstände entschied, war jetzt abermals maßgebend.

Wenn aber die niedersächsischen Stände in ihrem Verhältnis zur Union vor allem ihren Besitz der hohen Stifter im Auge hatten, so sah man in Dresden vornehmlich auf den Zusammenhang der Politik der Union mit den Bestrebungen der böhmischen Stände. Die Gunst oder Ungunst, welche die kursächsische Regierung diesen letzteren entgegenbrachte, bestimmte zugleich ihre Stellung zur Union. Nun war in jener halben Teilnahme, welche die sächsischen Staatsmänner für die aufständischen Böhmen anfangs noch gehegt hatten, seit der Wahl Friedrichs V. eine scharfe Wendung eingetreten. Wie sie infolge dieser Wahl die Leitung der Bewegung in die Hände der Calvinisten gleiten und den Fürsten, der im Reich ihrer Politik, ihrem Einfluß und ihren Interessen überall entgegenarbeitete, in ihre nächste Nähe rücken sahen, hatten sie für die böhmische Bewegung nur noch verdamrende Worte: es war eine von eigennütigen Führern hervorgerufene Empörung gegen die staatliche Ordnung, und soweit ein religiöses Prinzip in ihr wirkte, war es dasjenige des verdammungswürdigen Calvinismus. Im Kampf gegen den Calvinismus hatte der frühere Hofprediger Leyser gelehrt, daß die Lutheraner in der Religion den Katholiken näher ständen als den Calvinisten, daß sie in Sachen des Reiches wohl mit jenen, aber nicht mit diesen zusammengehen könnten (II, 208). Dieselbe Lehre wurde jetzt von dem Hofprediger Hoe von Hohenegg, einem geborenen Oesterreicher (II, 273), mit unbezähmbarem Zorn in die Welt herausgerufen und bereitwillig ergriffen vom Kurfürsten und seinen Räten. Vergeblich hielt man ihnen entgegen, daß Leyser die jesuitischen Katholiken aus dem Kreis der Verträglichen ausgeschlossen habe, und daß Ferdinand II. zu jenen gehöre. Sie entgegneten: die steirische Religionsverfolgung sei eine jugendliche Uebereilung gewesen; die jetzige Gesinnung Ferdinands erhelle aus seinen Manifesten, in denen die Bestätigung der einmal gewährten Religionsfreiheiten verheißen werde.

Bei solchen Anschauungen war der sächsischen Regierung der Gedanke des Zusammengehens mit Kurpfalz und der Union ein Greuel. Es erhob sich vielmehr die Frage für sie, ob sie nicht eher dem Kaiser ihre Unterstützung schuldig sei. Johann Georg war Kurfürst; in seinen Landen war ein nicht unbeträcht-

licher Teil Lehen der böhmischen Krone,¹⁾ und das Zusammenhalten mit dem Kaiser und dem Hause Oesterreich gehörte zu den festesten Ueberlieferungen sächsischer Politik. Eine dreifache Verpflichtung also gegen das Haupt des Reiches, gegen den böhmischen Lehensherrn und gegen den alten Bundesgenossen wies den Kurfürsten auf die Unterstützung Ferdinands II.

In den Tagen nun, da solche Erwägungen die sächsischen Staatsmänner zu beschäftigen begannen, als nämlich die Wahl Friedrichs V. vollzogen, die Annahme aber noch nicht erklärt war, trat aus der Mitte des niedersächsischen Kreises an Johann Georg eine offene Anfrage über den Anschluß an die Union heran.²⁾ Am 23. September erschien im kursächsischen geheimen Rat ein Gesandter des Administrators Christian Wilhelm, des Bruders des Kurfürsten von Brandenburg. Christian Wilhelm fühlte sich als einer der beiden ausschreibenden Fürsten des niedersächsischen Kreises berufen, auf die Entschlüsse desselben einzuwirken; als ein Anhänger streng lutherischer Grundsätze, in denen er sich im Gegensatz gegen seines Bruders Uebertritt zum reformierten Bekenntnis befestigt hatte (II, 400), wünschte er, den Anschluß seines Kreises an die Union durch eine nähere Verbindung der beiden sächsischen Kreise zu ersetzen; und in diesem Sinn erklärte nun sein Gesandter: bei dem unvertilgbaren Glauben der niedersächsischen Stände an die Absicht der Katholiken, ihnen die geistlichen Stifter wieder zu entreißen, hielten dieselben einen starken Rückhalt für unentbehrlich. Diesen Rückhalt bei der Union zu suchen, würden sie nur dann aufgeben, wenn Kurachsen ihnen seinen Beistand gegen Anfechtungen, besonders gegen Anfechtungen wegen des lutherischen Glaubens zusichere und sich demgemäß zur Herbeiführung von Vereinbarungen zwischen den beiden sächsischen Kreisen über gegenseitigen Schutz willfährig erkläre.

Es war dies eine Werbung, welche der sächsischen Regierung das Mittel, den niedersächsischen Kreis gegen die Einladungen der Union zu stimmen, geradezu entgegnetrug. Der Kurfürst säumte denn auch nicht, das gewünschte Schreiben (26. September) auszufertigen, und er hatte die Befriedigung, daß nun die große Mehrzahl der niedersächsischen Stände sich den Mahnungen der Union verschloß. Allerdings eine andere Folge dieses Vorgehens war, daß Kurachsen doch auch den besonderen protestantischen Interessen jener Stände näher trat und sich zum Schutz derselben verpflichtete. Aber gerade diese Annäherung erfolgte nicht, ohne gleich nachher durch den Versuch einer ganz anderen Verbindung gekreuzt zu werden.

Jene Vereinbarungen, welche Ferdinand II. in Frankfurt mit den geistlichen Kurfürsten, in München mit dem bairischen Herzog traf, sind in der bisherigen Darstellung im Lichte einer Zusammenfassung der katholischen Streitkräfte erschienen. Indes der Gedanke der bloß katholischen Vereinigung waltete doch so ausschließlich nicht vor, daß man darüber den Versuch, im Anschluß an die Reichsverfassung auch den Beistand konservativ gesinnter protestantischer Reichsstände, vor allem Kurachsens, zu gewinnen, vergessen hätte. In dieser Absicht

¹⁾ Besonders die Ämter Colditz und Eilenburg und der vogtländische Kreis.

²⁾ Für das Folgende Müller III S. 334 fg.

ging von München aus ein kaiserlicher und ein bairischer Gesandter an den sächsischen Hof,¹⁾ während vom Rhein aus der Mainzer Erzbischof sich sowohl brieflich, als durch Vermittlung des ihm befreundeten und, wie erzählt (S. 33), die Gunst des Hauses Oesterreich suchenden Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt mit ihm in Verbindung setzte.²⁾ Noch waren diese ersten Gesuche um Sachsens Hilfe ziemlich allgemein gehalten, aber das Bestreben, welches in ihnen vorwaltete, war sichtlich dasselbe, welches vor neun Jahren den Gedanken der Vereinigung der Liga mit den konservativ lutherischen Fürsten eingegeben hatte (II, 425). Wie damals der Erzbischof Schweikhard für diese Verbindung, weil sie der Verfassung des Reiches besser entspreche, eingetreten war, so war er es auch jetzt, der im Zusammenhang mit diesen neuen Anknüpfungen den Vorschlag einer Versammlung der katholischen und „neutralen“ Stände, welche über die Not des Reiches beraten sollte, aufbrachte.³⁾

Dem Kurfürsten Johann Georg scheint diese Annäherung von katholischer Seite fast noch angenehmer gewesen zu sein als die des Magdeburger Administrators. Denn schon in den ersten Tagen des Jahres 1620, als Landgraf Ludwig zu persönlichen Besprechungen nach Dresden gekommen war, wurde von sächsischer Seite erklärt: neutral könne man nicht wohl bleiben; seine Stellung aber müsse man nehmen auf der Seite des Kaisers. Allerdings hatte man dabei die mit Magdeburg geführten Verhandlungen über die Wahrung der protestantischen Interessen noch keineswegs vergessen. Die Meinung des Kurfürsten war, daß, wie Baiern die katholischen Stände dem Kaiser zuführte, also durch Sachsen eine Vereinigung der Stände des ober- und niedersächsischen Kreises zur Unterstützung des Kaisers gestiftet werden solle. Um aber hier zum Ziele zu kommen, bedurfte er eines Zugeständnisses von seiten des Kaisers und der katholischen Stände: die niedersächsischen Stände mußten in ihrem Verlangen nach Sicherung des Besitzes der Stifter befriedigt werden; und um diese große Frage persönlich zu verhandeln, wünschte er eine Besprechung mit den Erzbischöfen von Mainz und Köln, sowie dem Herzog von Baiern. Mit diesem Vorschlag reiste der Landgraf Ludwig zum Erzbischof Schweikhard zurück.

Erinnern wir uns nun, daß all' diesen Verhandlungen das Bestreben der Union vorausgegangen war, die konservativen protestantischen Stände an sich zu ziehen, so erkennen wir jetzt die ganze Verfahrenheit der deutschen Protestanten: Kursachsen war in voller Arbeit, dieselben Stände, welche die Union gewinnen wollte, auf die Seite des Kaisers und der Katholiken zu ziehen. Den Erfolg solcher Gegenwirkungen verspürte denn auch die Union, als am 18. November die nach Nürnberg berufene Tagssatzung eröffnet wurde. Nur sieben

¹⁾ Lichtenstein (mit Kreditiv vom 4. Okt.; Müller III S. 321) und Wensin (Wolf-Breyer IV S. 320, Müller III S. 322).

²⁾ Bericht des Landgrafen an Kursachsen über die Sendung des Mainzer Ratspräsidenten Metternich, 1619 Okt. 5, 7. (Darmstädter Archiv. Korresp. mit Kursachsen, 103.) Hierauf Besprechung des Landgrafen mit Mainz und infolge derselben Konferenz mit Kursachsen, 1620 Jan. 2-5. (Müller III S. 345 fg.)

³⁾ An den Kaiser, Okt. 29. Vgl. Freyings Tagebuch, bei Aretin, Baierns auswärtige Verhältnisse. Urkunden S. 54.

nichttunierte Stände hatten sich zu dem Entschluß aufgeschwungen, an der Versammlung teilzunehmen: es waren der Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg, dessen Gesandter indes alles nur zu Bericht zu nehmen hatte, der junge Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar, der in heftigem Streit mit der Altenburger Linie sich von der Politik des Gesamthauses losgerissen hatte, indem er auf eigene Hand eine im September gemusterte Compagnie von 100 Reitern ins Feld stellte und nun, persönlich erscheinend, mit der Union über Hülfe und Gegenhülfe eine Abmachung zu treffen wünschte;¹⁾ es waren ferner, nur durch Gesandte vertreten, der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, die Administratoren von Minden und Raseburg, die fränkischen und die Wetterauer Grafen. Aber auch diese brachten über das, worauf jetzt alles ankam, nämlich über die Ausrüstung von Truppen und die Verwendung derselben, sei es im Reich, sei es in Böhmen, keine Instruktion und Vollmacht mit; und so sah man sich von vornherein genötigt, zweierlei Verhandlungen zu führen: solche, zu denen die Unierten und Korrespondierenden sich vereinigten, und solche, zu denen nur die ersteren zusammentraten.²⁾

In der ersten Reihe bildete den Hauptgegenstand nicht die böhmische Sache, sondern die ihr vorausgehende Frage der protestantischen Beschwerden; und bei Behandlung dieser Frage sah es auf den ersten Blick so aus, als ob die gewaltfam bewegte Zeit die protestantischen Stände mit kühner Zuversicht erfüllt hätte. Zur Abwehr der Beschwerden, so lautete ein erster Beschluß, muß man, da die Hoffnung auf ihre Erledigung auf dem Wege des Rechts oder der Komposition geringer ist als je, mit den Mitteln gewaltsamen Widerstandes gerüstet sein. Es war das ein Beschluß, über den der pfälzische Großhofmeister dem Fürsten von Anhalt nicht ohne Befriedigung melden konnte:³⁾ in thesi ist man einig, daß nicht mit Worten, sondern mit Waffen der Schutz zu suchen ist. Aber, so mußte er hinzufügen, die Uneinigkeit beginnt, sobald man nach den Mitteln fragt. In der That, statt weiterer Bestimmungen über kriegerische Rüstungen und Aktionen knüpfte man an jenen tapferen Beschluß Maßnahmen an, welche fürs erste doch friedlicher Natur waren: noch einmal sollte mit den draußen stehenden protestantischen Ständen über den Anschluß an die Union und ihre Kriegsrüstungen verhandelt werden, noch einmal sollten dem Kaiser, der einen Gesandten nach Nürnberg geschickt hatte, und dem Herzog von Baiern, an den man eine Gesandtschaft zu schicken beschloß, die Ansprüche der Protestanten dargelegt werden.

In diesen Darlegungen, besonders in den an Baiern gerichteten, brach dann freilich wieder der Ton kühner Herausforderung durch. In zwei Punkten erklärte man, überhaupt nicht verhandeln, sondern einfach befriedigt sein zu wollen: erstens in der Sicherung des Besizes der Stifter, Klöster und geistlichen Güter,

¹⁾ Köse, Bernhard B. I S. 310. Werbung des Herzogs vor der Nürnberger Versammlung, Dez. 5. (Berliner St.-A., Unionsakten B. 36.)

²⁾ Abschied der geeinten Versammlung, Dez. 11 (Londorp I S. 873); Abschied des Unions-tags, Dez. 10. (Berliner St.-A., Unionsakten B. 36.)

³⁾ 1619 Nov. 26. (Archivium U. P. App. S. 522. Ich verweise überhaupt auf die im Archivium und in der Anhaltischen Kanzlei gedruckten Briefe.)

zweitens in der paritätischen Besetzung des Kammergerichtes und der Visitationskommissionen, sowie in der Zulassung der protestantischen Visitationsadministratoren zu den letzteren. Ueber die sonstigen Beschwerden verlangte man gütliche Verhandlung vor einer Versammlung ausgewählter Stände beider Bekenntnisse. Zum Schluß richtete man an den Herzog das Ansinnen, binnen zweier Monate eine kategorische Erklärung der katholischen Stände über alle diese Forderungen zu übermitteln. Für den Fall, daß die Erklärung nicht erfolge oder nicht befriedige, stellte man eigenmächtige, zum Ziel treffende Maßregeln zum Zweck der Abstellung der nicht mehr zu ertragenden Beschwerden in Aussicht.

Gewiß, wenn es den Unierten darauf ankam, für den herannahenden großen Krieg die Streitigkeiten zwischen dem Kaiser und seinen Ständen in Oesterreich und die großen Machtfragen zwischen der katholischen und protestantischen Partei gleichmäßig zum Austrag zu bringen und dies doppelte Ziel den katholischen Reichsständen noch einmal in vollster Deutlichkeit vorzuhalten, so konnten sie nicht anders sprechen. Gewiß war auch der Ton ihres Vortrags sehr treffend, wenn sie die Kraft in sich fühlten, ihre Gegner zur Unterwerfung oder zur Annahme eines ungleichen Kampfes zu nötigen. Aber wenn diese Kraft ihnen fehlte, so war ihr Auftreten weniger klug.

Daß es aber in der That mit der Kraft der Unierten nicht wohl bestellt war, ergab sich vor allem aus dem Fehlschlagen ihrer auf Gewinnung der übrigen protestantischen Stände gerichteten Bemühungen und aus den mangelhaften Aufträgen, mit welchen die wenigen Stände, die jenen Einladungen gefolgt waren, ihre Gesandten abgefertigt hatten. Von vornherein kam daher bei Beratung und Beschließung über die dem bairischen Herzog angedrohten, zum Ziel treffenden Maßregeln, das heißt über Besteuern, Truppen und deren Verwendung, nur der engere Kreis der Unierten in Betracht. Hier nun wurde allerdings die weitere Unterhaltung der vor einem halben Jahr aufgebrachten Truppen als ziemlich selbstverständlich beschlossen. Aber schon traten die ersten Zeichen der Unzufriedenheit, besonders bei den Städten, hervor, als die Rechnung gemacht wurde, daß aus den Mitteln der Union nur noch von den 100 „Kreditmonaten“ (S. 32) die zweite Hälfte verfügbar sei, daß man mit diesem Betrag und der hohen Summe der Rückstände, die ernstlich eingemahnt werden sollten, bis zum nächsten März reichen könne, daß dann aber ein neuer Zuschuß von 50 Monaten erforderlich sei. Als dieser Zuschuß, mit dem die Gesamtbeiträge schon auf 205 Monate stiegen, während die so schwer empfundenen Jülicher Kriegskosten doch nur 95 Monate betragen hatten (II, 360), für den Fall des fortgehenden Krieges beschlossen wurde, mußten bereits viele Gesandte, in erster Linie wieder die der Städte, die Entschließung ihrer Austraggeber vorbehalten, ein Vorbehalt, der von manchen wieder mit der Beteuerung ihres Unvermögens begleitet wurde.

Der eigentlich entscheidende Moment kam aber, als über die Verwendung der Truppen zu beschließen war. Sollte man, das war die aus dem immer gewaltfameren Gang der Dinge hervorgehende Frage, sich nach wie vor in ängstlicher Defensiv halten, oder sollte man in offensivem Vorgehen einen selbständigen Eingriff in die schwankenden Verhältnisse wagen? Wenn man sich in letzterem Sinne entschied, so war es bei der innigen Verbindung, in der man

den Aufstand in Böhmen und den Zwiespalt im Reich auffaßte, mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit als des grundsätzlichen Unterschieds, ob man den Schlag in Böhmen gegen den Kaiser oder im Reich gegen die katholischen Stände führte. Das erstere wünschte der Fürst von Anhalt. Selber durch seine neuen Pflichten als General der Böhmen in Anspruch genommen, stellte er seinem Vertrauensmann, dem Markgrafen von Ansbach, den Abschluß eines Bündnisses zwischen der Union und Böhmen als dringendste Aufgabe vor, freilich nicht, ohne die mit den Unierten insgesamt hierüber zu führenden Verhandlungen in die vorsichtigen Worte zu kleiden: es solle „versucht werden, wie nahe man einander in Sachen der Konföderation kommen möchte“.¹⁾

Diese Vorsicht war wohl begründet. Denn wenn auch die Union sechs Monate vorher, bei dem Heilbronner Tag, sich zu einer kühneren Politik an der Seite der Böhmen erheben zu wollen schien, so lag doch zwischen damals und jetzt die Erfahrung, daß die Hoffnung auf eine Vereinigung aller deutschen Protestanten wenigstens vertagt werden müsse. Darüber war die Stimmung, vor allem bei den Städten, wieder behutsam geworden, so behutsam, daß die Pfälzer, statt die Unierten geradenwegs auf die böhmische Brandstätte zu drängen, sich mit der allgemein gehaltenen Frage begnügten: wie für das Kriegsvolk eine Verwendung zu finden sei, bei welcher die Geldmittel „nicht ohne alle Frucht und Effekt konsumiert werden“. Sichtlich faßten darauf die Unierten mehr die Zwistigkeiten im Reich als den böhmischen Aufstand ins Auge und trafen eine Bestimmung, die auf den ersten Blick doch eine thatkräftige Politik zu ermöglichen schien. Je nach dem Ausgang der Gesandtschaft an Baiern, so wurde nämlich beschlossen, sollen Generale und Kriegsrat „bedenken, was der Union fernere Nothdurft erfordern mag, und wie die Gelegenheiten in acht zu nehmen“. Zum General der Unionstruppen hatte der Heilbronner Unionstag den Kurfürsten Friedrich erwählt, der alsbald den Markgrafen von Ansbach zu seinem Stellvertreter ernannte. Legte man nun durch jenen Beschluß nicht gerade einem der angriffslustigsten Fürsten eine ähnliche Macht in die Hand, wie sie die Liga bezüglich der Verwendung ihrer Streitkräfte dem Herzog von Baiern übergeben hatte? Indes, der Unterschied zwischen dem Beschluß der Union und dem der Liga war, daß durch ersteren der General an die Zustimmung des Kriegsrats gebunden wurde, dessen Mitglieder nach bestimmtem Verhältnis und unter gebührender Berücksichtigung der Städte von den Unierten deputiert wurden und somit gleichsam einen Ausschuß derselben bildeten,²⁾ daß ferner die Vorsicht der Unierten noch einen weiteren Zusatz diktiert hatte, welcher besagte, es soll möglichst „jederzeit auch mit etlichen benachbarten Unierten daraus (nämlich über die Verwendung der Truppen) kommuniziert“ werden.

Die wahre Bedeutung des Unionsbeschlusses bestand hiernach vielmehr darin, daß es vorläufig bei der streng defensiven Haltung bleiben, und daß ein späteres etwaiges Hinausgehen über dieselbe an die Zustimmung der Unierten geknüpft

¹⁾ Instruktion für des Fürsten Hofmeister an Ansbach, 1619 Nov. 22. (Berliner St.-A. Vgl. Anhaltische Kanzlei S. 113.)

²⁾ Heilbronner Abschied, 1610 Juli 19. (Acten III S. 351). Bestätigt durch den Rotenburger Abschied, 1611 Aug. 29.

werden sollte. Die unbestimmte Form aber war der getreue Ausdruck einer zwischen Mut und Ergebung schwankenden Stimmung. Die Fürsten, mit Ausnahme des Markgrafen von Kulmbach, hielten im allgemeinen an dem Gedanken einer zur günstigen Stunde zu ergreifenden Offensive fest, wie denn der Markgraf von Baden die Einlagerung der Truppen in die Lande der geistlichen Fürsten empfahl; die Städte dagegen nebst Kulmbach und Dettingen drangen auf strenge Defensiv.¹⁾ Es mußte bei solchem Schwanken am Ende noch als ein Erfolg von den Pfälzern begrüßt werden, daß die Verpflichtung zur Verteidigung der Kur und der Erblande Friedrichs V. nicht nur, wie in Rotenburg, in den Verhandlungen hervorgehoben, sondern im Abschied mit besonderer Betonung der Zustimmung der Städte festgesetzt wurde. Aber was wollte dieser Erfolg besagen gegenüber den Hoffnungen und dem dringenden Bedürfnis der Böhmen nach unmittelbarer Hülfe der Union!

Für die Böhmen war diese Zurückhaltung der Union um so schädlicher, als dadurch den auswärtigen Mächten die Ablehnung der bei ihnen gesuchten Hülfe erleichtert wurde. Wohl waren unter diesen die Generalstaaten geneigt, von ihrer monatlichen Zahlung der 50000 Gulden zu größeren Anstrengungen für die Behauptung des neugewählten Böhmenkönigs fortzuschreiten; allein ihr Beschluß hing ab von einer gleichartigen Entschließung Jakobs I., und ein neuer Versuch, den Friedrich V. durch die Sendung des Athanasius von Dohna (Januar 1620) machte, seinen Schwiegervater zu kräftiger Hülfe fortzureißen, scheiterte an dem festgehaltenen Vorfaß des Königs, seine Freundschaft mit Spanien nicht durch Unterstützung der böhmischen Empörung zu verschärzen. Selbst der Union gegenüber, welche ihre Kriegsbereitschaft durch die englische Bundeshülfe zu verstärken wünschte, hielt er sich an den Buchstaben des Bündnisses, der ihn zur Hülfe erst verpflichtete, nachdem ein Angriff erfolgt war.

So mußten die Böhmen und ihr neuer König, wenn sie sich behaupten wollten, vor allem ihre eigenen Kräfte zusammennehmen und daneben ihr Bündnis innerhalb der kaiserlichen Erblande auszudehnen suchen. In letzterer Beziehung wurde ihnen noch ein, allerdings zweifelhafter Erfolg zu teil. Er entsprang aus der verschlagenen Politik Bethlen Gabors.

Als dieser Führer des ungarischen Aufstandes von seinem Zug auf Wien zurückgewichen war, richtete er seine nächsten Anstrengungen auf drei Aufgaben: auf die Zurückdrängung der durch Gomonnas Einbruch in Oberungarn hervorgerufene Gegenbewegung, auf die bei dem Preßburger Reichstag, der auf des Palatins Berufung zusammengetreten war, fortzuführende innere Umwälzung Ungarns und auf den Abschluß des Bündnisses mit der Prager Konföderation. Leicht gelang ihm das erstere, da die Kosacken, als Gomonna sie nicht zu bezahlen vermochte, in ihre Heimat zurückkehrten; leicht hätte er auch für die zweite Aufgabe eine wenigstens scheinbare Lösung finden können, da die Mehrheit der zum Reichstag gekommenen Stände von aufwallendem Haß gegen die katholische Hierarchie und das Haus Oesterreich erfüllt und zur sofortigen Uebertragung der Krone auf das Haupt Bethlens bereit war. Aber hier begann die vorsichtige

¹⁾ Protokoll des Unionstags, Dez. 2, 3. (Berliner St.-M. a. a. D.)

Zurückhaltung des Fürsten. Noch war der größte Teil des Landes rechts der Donau in der Gewalt des Kaisers, und der mächtige Stand der Prälaten, unterstützt von einigen Magnaten, hatte den Mut, den Fortschritten des Aufstandes zwar keinen thatsächlichen Widerstand, aber doch trotzig Proteste entgegenzusetzen. Wenn ferner das Heer des Kaisers infolge des Rückzugs und der im Winter regelmäßig eintretenden Seuchen halb zerrüttet war, so lösten sich Bethlens Haufen einfach auf, während die Streitkräfte der Böhmen der Auflösung nahe kamen; und wenn endlich von außen her die Drohungen des polnischen Königs sich überhören ließen, so war um so einleuchtender die Gefahr, daß die Türken über die verwahrlosten Grenzen einbrechen und ihr Reich auf Kosten des Kaisers und seiner Rebellen zugleich erweitern möchten. Auf der anderen Seite war Ferdinand II. durch den ungarischen Aufstand tief beunruhigt. Beherrscht von dem einen Gedanken, nur erst die Böhmen niederzuwerfen, hatte er, um Bundesgenossen gegen die Böhmen zu gewinnen, leichten Herzens die Lande und Würden deutscher Fürsten an Spanien und Baiern ausgedient, und zeigte sich auch neuerdings bereit, den König von Polen, wenn er mit einem Heer in Schlesien einbrechen wollte, mit den Landen der dortigen rebellischen Fürsten zu belehnen.¹⁾ In diesem selben Sinne schien es ihm auch nicht zu schwer, die Rückkehr Bethlens zur Neutralität durch teils dauernde, teils lebenslängliche Abtretung der östlichen Hälfte von Nordungarn zu erkaufen. Dies waren nun Verhältnisse, unter denen Bethlen es für geraten hielt, vom Reichstag sich einstweilen nur den Titel eines Fürsten von Ungarn und die Regierung der in seiner Gewalt befindlichen Teile des Königreichs übertragen zu lassen (8. Januar 1620), dann aber in Verhandlungen einzutreten, durch die er sich die Wege zum Frieden wie zum Krieg mit dem Kaiser frei hielt.

Der Kaiser hatte auf Andringen des Palatins, der Böhmenkönig nebst den konföderierten Landen hatte auf Grund vorausgehender Abreden Gesandte zum Preßburger Reichstag geschickt: mit beiden trat nun Bethlen nebst den ungarischen Ständen in Unterhandlung, mit ersteren über einen Ausgleich, mit letzteren über ein Bündnis. Der Ausgleich mit dem Kaiser konnte nun freilich aus diesen Verhandlungen nicht hervorgehen: wohl aber erzielte man einen bis zum 29. September währenden Waffenstillstand, innerhalb dessen bei einem neuen am 31. Mai in Neusohl zusammentretenden Reichstag über einen Frieden verhandelt, also die Frage, ob des Kaisers Herrschaft in Ungarn herzustellen, oder Bethlens fürstlicher Titel in den königlichen umzuwandeln sei, entschieden werden sollte. Für den Fall des Friedens wurden in einem geheimen Abkommen zwischen Bethlen und den kaiserlichen Gesandten gleich die dem letzteren zu gewährenden Vorteile festgestellt: es waren die angebotenen Abtretungen in Ungarn, die Hingabe der Herzogtümer Oppeln und Ratibor und noch weitere Schenkungen.

Am 16. Januar kam dieser Vertrag zu stande. Einen Tag vorher²⁾

¹⁾ Wischer an Erz h. Albert, 1620 Juli 17. (Mon. Hungariae hist. IV S. 234.)

²⁾ Die Drucke des Bündnisses (letzter in den Acta publica der schlesischen Stände, 1620 S. 48) haben das Datum des 15. Januar. Das Tagebuch des Sawobski (Katona 30 S. 301) giebt den 19. Januar an.

wurde zwischen Bethlen und den ungarischen Ständen einerseits und den Gesandten Friedrichs V. und der konföderierten Lande andererseits das längst erstrebte Bündnis vereinbart. Bei der Unterhandlung desselben machten die Böhmen vor allem eine Erfahrung, welche auch die Kaiserlichen gemacht hatten, daß nämlich ein Abkommen mit dem siebenbürgischen Fürsten sehr kostspielig war. Schon in den letzten Monaten des Jahres 1619, als der kühne Vorstoß gegen Wien unternommen wurde, hatte Bethlen seine böhmischen Freunde mit dem ausschweifenden Projekt überrascht, dem Kaiser die steirischen, kärnthnischen und österreichischen Lande zu entreißen, und dann diese fünf Herzogtümer neben der ungarischen Krone zu der für ihn bestimmten Beute zu schlagen. Jetzt ließ er die Aussicht auf derartige Eroberungen zurücktreten,¹⁾ um aber desto unerbittlicher auf seinen Geldforderungen an die doch schon halb bankerotten Böhmen zu bestehen. Da waren zunächst die ungarischen Grenzfesten vor gänzlichem Verfall zu schützen: Bethlen verlangte also von den konföderierten Landen einmal die unter der österreichischen Herrschaft für diesen Zweck von ihnen geleisteten Beisteuern — sie wurden demnächst auf 128 000 Thaler festgesetzt,²⁾ — sodann einen weiteren Zuschuß von 50 000 Thalern. Es waren ferner für den Krieg, in dem man begriffen war, gemeinsame Heere ins Feld zu stellen: Bethlen hatte von Anfang an erklärt und blieb dabei, daß zur Unterhaltung einer angriffsweise vorgehenden ungarischen Armee bedeutende Geldzuschüsse der Verbündeten erforderlich seien. Die erste dieser Forderungen wurde ihm bewilligt; wie aber hinsichtlich der zweiten die Gesandten ohne Auftrag waren, so kam allerdings die Urkunde eines Bündnisses, aber keine Vereinbarung über kriegerische Operationen zu stande.

Das Bündnis legte beiden Theilen, der Prager Konföderation einerseits und Ungarn und Siebenbürgen andererseits, die Pflicht gegenseitiger Verteidigung auf. Es bestimmte weiter, daß die Verbündeten keinen Offensivkrieg und, wenn im Kriege begriffen, weder Waffenstillstand noch Frieden ohne beiderseitige Einwilligung beschließen durften. Als ein ewiges Bündnis enthielt es auch einige Bestimmungen über das innere Staatsrecht der Lande; festgesetzt wurde hier das Recht der Stände zum Widerstand gegen den Fürsten, wenn er die Religionsfreiheiten oder die Landesprivilegien breche, ferner die Pflicht des Fürsten, bei seiner Krönung das Bündnis zu beschwören.

So fand sich Bethlen jetzt in einem Waffenstillstand mit dem Kaiser, der zum Frieden, in einem Bündnis mit den Böhmen, das zum Krieg führen sollte. War es möglich, so verschiedene Verpflichtungen zu vereinigen? Außerlich war die Möglichkeit geschaffen durch eine Bestimmung des Waffenstillstandes, welche den Kaiser verpflichtete, die Böhmen und die böhmischen Kronlande auf ihr Ansuchen und unter billigen Bedingungen in denselben aufzunehmen. Aber dies war bloßer Schein. Ferdinands Absicht war eben, die Böhmen zu isolieren,

¹⁾ Ohne sie ganz außer Acht zu lassen. Vgl. Anhaltische Kanzlei (Ausg. 1625) S. 158, 159.

²⁾ Die Quoten bei Katona 30 S. 357. Vgl. Acta publica (der schles. Stände) 1620 S. 127, und Abschied des Prager Generallandtags, 1620 Mai 11, bei Rhevenhüller IX S. 994. Die Unterösterreicher wurden wegen Unvermögens freigelassen.

und einem Gesuch derselben, wenn sie sich überhaupt dazu herbeigelassen hätten, würde er ausgewichen sein durch den von ihm aufgestellten Grundsatz, keine Zuschrift auszustellen oder anzunehmen, in der neben den böhmischen Ständen auch Friedrich V. als König von Böhmen genannt war. Und so mußte für Bethlen die Zeit kommen, da er die eine oder die andere Pflicht verleugnete. Indes einstweilen setzte er seine Unterhandlungen nach beiden Seiten fort: den Kaiser drängte er zum Abschluß des Waffenstillstandes mit den Böhmen, und indem er diesen Abschluß als eine vertragsmäßige Pflicht darstellte, bei deren fortgesetzter Nichterfüllung er den bedrängten Böhmen seine Bundeshülfe nicht versagen durfte, sorgte er zeitig für die Rechtfertigung seines eigenen Vertragsbruches; mit den Böhmen und ihren Verbündeten setzte er die Verhandlungen über allseitige Ratifikation und Ergänzung des Bündnisses fort, erst bei einem Generallandtag der Konföderierten zu Prag im April 1620, dann bei dem ungarischen Reichstag zu Neusohl im Sommer desselben Jahres (Juni bis 29. August). Eben bei diesem Reichstag zu Neusohl erfolgte aber endlich die Klärung seiner zweideutigen Haltung.

Was ihm diese Klärung auflegte, war vor allem die Stimmung in Ungarn. Die ungarischen Stände waren gespalten in eine aus Bischöfen, Prälaten und einigen Magnaten gebildete Partei, welche unerbittlich für die Herrschaft der katholischen Kirche und des Kaisers eintrat und sich wohlweislich dem früheren wie dem gegenwärtigen Reichstag fernhielt, sodann in eine Partei des Umsturzes, welche darauf ausging, die katholische Kirche ihrer Macht und ihrer Besitztümer bis auf mäßige Reste zu entkleiden und der österreichischen Herrschaft ein für allemal ein Ende zu machen, eine wilderregte Masse, die jetzt im Reichstag die Gruppe der ängstlich Vermittelnden durch den Hinweis auf den nachahmungswürdigen Prager Fenstersturz fortrif. Das erste, was diese Männer durchsetzten, war, daß die Verhandlungen über einen Frieden mit dem Kaiser, die in dem Waffenstillstand angeordnet waren, und zu denen der Kaiser seine Gesandten geschickt hatte, verweigert wurden; das zweite, was sie erheischten, war die Vornahme einer Königswahl. Noch einmal bot Bethlen dem Gesandten des Kaisers einen geheimen Ausgleich, jetzt freilich, indem er als Kaufpreis die Abtretung von ganz Ungarn unter dem Titel lebenslänglicher Statthaltertschaft forderte.¹⁾ Aber schon wenige Tage darauf vollzog der Reichstag den unheilbaren Bruch mit dem Kaiser: am 25. August, fast genau ein Jahr nach der Prager Königswahl, erkor er den siebenbürgischen Fürsten zum Könige von Ungarn. Bethlen nahm die Wahl an, doch die letzte Sanktion des Aufstandes, die Vornahme der Krönung, ließ er sich auch jetzt von den Unversöhnlichen nicht abringen; er nannte sich „erwählten“ König von Ungarn.

Nachdem so der Bruch mit dem Kaiser vollzogen war, mußte die andere Errungenschaft von Bethlens Politik, nämlich die kriegerische Vereinigung mit Böhmen, in ihre vollen Rechte treten. Schon seit Ende April hatte Bethlen dem böhmischen Heer einige tausend Mann zur Hülfe geschickt, welche als das in dem Bündnis ausbedungene und bei der ersten Aufmahnung auf 4000 Mann

¹⁾ Collalto, Aug. 21. (Surter VIII S. 391.)

bestimmte Hülfskontingent betrachtet wurden, allerdings nicht ohne die aus derselben Bundesakte fließende Konsequenz, daß die Befoldung dieser Truppen dem Hülfsebedürftigen zufalle. Jetzt trat er mit den Agenten Friedrich V. und Anhalts in Unterhandlung über eine wirksame Offensive. Was die Verständigung ermöglichte, war vor allem der Umstand, daß Friedrich V. sich zu einem Zuschuß von 300 000 Gulden entschloß und das erste Drittel der Summe durch seinen Rat Volrad von Plessen noch während des Neujöhler Reichstags überbringen ließ. Mit Hilfe dieser Gelder, der vom Reichstag bewilligten Steuern und seiner eigenen Mittel machte sich Bethlen nunmehr anheischig, bis zum September eine Armee von 20 000 Mann ins Feld zu stellen. Man einigte sich über den Plan, daß Bethlen von Preßburg längs dem rechten Donauufer, Anhalt mit dem böhmischen Heer von der im nördlichen Unterösterreich behaupteten Stellung südwärts vordringen, und beide sich unterhalb Wiens verbinden sollten, mit anderen Worten, daß der kombinierte Angriff vom November 1619 mit größeren Kräften wiederholt werden sollte. Auch jetzt wieder erhob man sich zu der Hoffnung mittelst eines streifenden Corps, das von Ungarn ins Herzogtum Steiermark eindringen sollte, hier, in den Kernlanden Ferdinands II., den seiner Religionsübung beraubten protestantischen Adel zum Aufstande zu treiben, und die Eroberung auf die deutschen Herzogtümer auszuweiten.

Aber wie wenig entsprachen die wirklichen Verhältnisse, wie sie sich inzwischen gestaltet hatten, derartigen Träumen! Man befand sich, als man endlich zu diesen Verabredungen gelangte, schon im Monat August. Das war aber die Zeit, in der, wie gleich erzählt werden wird, die übermächtige Koalition gegen Friedrich V. fertig geworden war und ihre Streitkräfte ins Feld sandte. Schon im folgenden Monat sah sich das Heer des Fürsten von Anhalt dadurch genötigt, zur Deckung Böhmens aus Oesterreich zurückzuweichen. Und wie nun in Böhmen der Entscheidungskampf begann, stellte sich als greifbarer Erfolg der Abmachungen mit Bethlen nur heraus: einmal die Verstärkung des böhmischen Heeres durch ein ungarisches Hülfscorps, dessen Stärke bei der Schlacht am Weißen Berg auf 5000 Reiter geschätzt wurde, sodann die dem Kaiser auferlegte Notwendigkeit zur Deckung Unterösterreichs gegen den Feldzug, den Bethlen nicht mit 20 000, sondern mit etwa 8000 Mann in den ungarischen Grenzgebieten rechts von der Donau eröffnete, eine Truppenabteilung von seinem Hauptheer loszulösen. Ein Gefühl, daß man von überlegenen Feinden umstellt werde, kam dann auch den Verbündeten mitten unter ihren hochfliegenden Entwürfen; es bestimmte sie zu einer weiteren Verhandlung, welche dem pfälzischen Kurfürsten für die Gegenwart keinen Vorteil, in der Zukunft aber schweren moralischen Nachteil einbrachte, nämlich zu einer Anknüpfung mit den Türken.

An und für sich war für Bethlen eine Verständigung mit dem Sultan unumgänglich: indem er in der Beherrschung Ungarns an die Stelle des Hauses Oesterreich trat, mußte er zugleich in den Frieden, der für Ungarn zwischen den österreichischen Herrschern und dem Sultan geschlossen war, einzutreten suchen. Um nun diesen Verhandlungen über die Befestigung des Friedens größeren Nachdruck zu geben, hatte er in das Bündnis mit den Prager Conföderierten die Bestimmung eingerückt, daß die Unterhandlung mit der Pforte

durch eine große Gesandtschaft im Namen sämtlicher Verbündeter geführt werden sollte. Eine solche Gesandtschaft wurde dann auch von Friedrich V. und der böhmischen Conföderation abgefertigt,¹⁾ sie vereinigte sich im August mit den Abgeordneten Bethlens und der ungarischen Stände und traf im November in Konstantinopel ein. Ihr eigentlicher Zweck war, wie gesagt, Befestigung des Friedens mit den Türken. Darüber hinauszufragen und kriegerische Hülfe des Sultans gegen den Kaiser in Anspruch zu nehmen, scheint Bethlen gescheut zu haben;²⁾ denn er wußte, wie leicht diese Hülfe zur Unterjochung Ungarns unter die Türken führen konnte. Allein als in Neusohl der pfälzische Gesandte Plessen über die Kriegsführung mit ihm beriet, sah er sich durch die wachsenden Gefahren zu der Frage gedrängt, ob man, wenn neben anderen auch ein spanisch-niederländisches Heer unaufhaltsam gegen Böhmen oder Oesterreich vordreche, nicht mit gutem Gewissen die Hülfe des Sultans in Anspruch nehmen könne. Der gelehrte Gesandte erwiderte: mehr als ein Papst habe schon solche Hülfe aufgesucht; Not kenne kein Gebot. Worauf Bethlen entschied: in jenem Fall würde ich 30 000 Türken über Kanischa nach Steiermark kommen lassen. In der That erhielt die Gesandtschaft den Auftrag, um ein Hülfs-corps von 10 000 Türken und 6 000 Tataren nachzusuchen,³⁾ ein Auftrag, der jedoch viel zu spät kam, um noch auf die Entscheidung der Dinge in Böhmen einzuwirken.

Groß war also der Erfolg der von der Regierung in Prag betriebenen Bemühungen zur Erweiterung des antikaiserlichen Bündnisses nicht. Gelang es dem neugewählten König etwa besser, die inneren Kräfte der um Böhmen vereinigten Lande zusammenzunehmen? In seiner pfälzischen Heimat war Friedrich V. gewohnt, die Regierung nach der besseren Einsicht seiner Räte gehen zu lassen; in Böhmen wurde ein ähnliches System noch durch ganz besondere Verhältnisse begründet. Der junge König sah sich von obersten Landesbehörden umgeben, deren Mitglieder er nach seiner Krönung aus je vier ihm präsentierten eingeborenen Personen ernennen durfte; auf deren Amtsführung maßgebenden Einfluß zu üben, verbot ihm aber gleichmäßig die Unkenntnis der Sprache, der Eigenwille der böhmischen Machthaber und seine geistige Schwäche. Die innere Verwaltung Böhmens blieb also uneingeschränkt, und mit den vorigen Mängeln eines zwiespältigen und schlaffen Parteienregiments behaftet, in den Händen der Männer, die sie bisher geleitet hatten, nur daß sie jetzt durch feste Bestellungen legalisiert wurde, wie denn Wenzel Wilhelm von Ruppas das Amt eines obersten Kanzlers erhielt. Soweit dem Kurfürsten und denjenigen seiner Räte, die in der Heidelberger Regierung entbehrt werden konnten und ihm nach Böhmen gefolgt waren, eine tiefere Einwirkung gestattet war, handelte es sich, abgesehen von den auswärtigen Beziehungen, um die finanziellen, militärischen und kirchlichen Angelegenheiten.

Natürlich stand im Mittelpunkt aller Sorgen die Geldnot, und zu den

¹⁾ Instruktion der conföderierten Stände für Johann v. Köln, 1620 Mai 9, im Achtspiegel S. 207.

²⁾ Huber, Geschichte Oesterreichs V S. 167 Anm. 3.

³⁾ Ratona 30 S. 599.

ersten Versuchen der neuen Regierung, hier bessernd einzugreifen, gehörte es, daß sie bei dem schon erwähnten am 27. März 1620 eröffneten Generallandtag die Stände zu ausgiebigeren Bewilligungen für die Unterhaltung eines schlagfertigen Heeres fortzureißen suchte. Aus ihren Anträgen leuchtete vor allem auch der Gedanke hervor, die Gesamtheit der böhmischen Kronlande zu einheitlichen Beschlüssen über einheitliche Leistungen zu bewegen. Aber alsbald trat ihr das Selbstständigkeitsgefühl der Länder entgegen: man blieb, so berichteten die schlesischen Deputierten,¹⁾ schließlich dabei, „daß ein jedes Land sich um Geldmittel selbst und für sich würde bekümmern müssen.“ Die Sonderbewilligung, zu der sich nun das vornehmste der Länder, nämlich Böhmen, herbeiließ, lief aber im wesentlichen darauf hinaus, daß man die Steuer, die man im Jahre 1615 auf fünf Jahre bewilligt hatte, jetzt im Betrag eines Jahres gewährte. In gewöhnlichen Zeiten wäre diese Belastung nicht eben leicht erschienen, zumal sie durch furchtbare Kriegsschäden und durch die seit Beginn des Kriegs periodisch vorgenommene Einziehung des Landesaufgebots verstärkt wurde. Gegenüber den Erfordernissen der höchsten Not jedoch, vor denen man damals stand, war sie erbärmlich gering, ein neuer Beweis, daß schlaffe Hände sich an ein gewaltiges Werk gewagt hatten. Friedrich V. suchte nun mit den Mitteln seiner Erblande helfend einzugreifen, und am Ende brachte er es dahin, daß er die böhmische Armee mit 8000 aus eigenen Mitteln unterhaltenen Soldaten vergrößerte,²⁾ — gewiß bei dem geringen Umfang seiner Lande und den geringen Beiträgen, welche ihm einige Freunde, z. B. Gesinnungsgenossen in England, gewährten, eine höchst achtenswerte Leistung, nur daß auch hier schon der Zeitpunkt heran- nahte, da die volle Ratlosigkeit begann. Am 14. Mai meldete³⁾ der in Heidelberg gelassene Kanzler v. d. Grün: das Geld für die zum Schutz der Pfalz aufgeführten Truppen sei nicht mehr zu erschwingen, und an Unionbeiträgen sei man 150 000 Gulden schuldig; bei den Kommissariaten (II, 465) habe man 300 000 Gulden aufgenommen, und nun sei der innere Kredit erschöpft, nachdem der auswärtige schon längst zerstört sei.

Mit so unzureichenden Mitteln sollte jetzt die im Winter schwer zerrüttete Armee wieder auf eine ansehnliche Truppenzahl gebracht und innerlich gekräftigt werden. Der erste Teil dieser Aufgabe gelang immerhin noch besser, als man hätte fürchten können. Am 10. Juni betrug das Hauptheer, mit dem Anhalt bei Eggenburg im nördlichen Unterösterreich, nahe sowohl der böhmischen wie der mährischen Grenze, lagerte, nach den Soldlisten 31 680 Mann, in Wirklichkeit freilich nur 21 300 Mann,⁴⁾ die indes noch im Zunehmen begriffen waren. Weniger gut stand es mit dem anderen Teil der Aufgabe, mit der inneren Kräftigung dieser Armee. Ihr rasches Wachstum verdankte dieselbe vornehmlich dem Umstand, daß kraft der Prager Conföderation die verbündeten Länder ihre Kontingente gestellt hatten, zu denen dann noch die wilden Reiter aus Ungarn stießen. Es

¹⁾ Acta publica, 1620 S. 127.

²⁾ Acta publica, 1620 S. 115, 229.

³⁾ Anhaltische Kanzlei S. 163.

⁴⁾ Tagebuch des jüngeren Anhalt bei Aretin, Beiträge III S. 97.

war eine Masse lose aneinandergesetzter Teile, unter denen ein durchgreifendes Kommando, oder gar Gleichmäßigkeit der Taktik und Disciplin zur Geltung zu bringen, über die Kräfte jedes Generals der damaligen Zeit gegangen wäre, und über diejenigen des Fürsten Christian um so mehr hinausging, da seine Erfahrung im Kriegshandwerk gering, und das Wirrsal von Geldmangel und Soldrückständen, das ihn umging, unabsehbar war. Wohl kam man infolge der Anstrengungen, die nach der Berufung Friedrichs V. gemacht wurden, so weit, daß bei dem böhmischen Kontingent der Hauptarmee — denn jedes Kontingent wurde von seinem Land besonders bezahlt — vom Dezember 1619 bis zum August 1620 die Soldzahlungen zwar nicht zeitig, aber doch schließlich im Betrag von sieben Monatssummen eingingen.¹⁾ Indes die Fügbarkeit der Truppen war durch die alten Rückstände und die neuen Unregelmäßigkeiten zerstört. Im Lager zu Eggenburg brachen im Frühjahr und Sommer Meutereien aus, unter denen die Soldaten sich daran gewöhnten, um die Leistung des militärischen Gehorsams gegen Abschlagszahlungen des aufgelaufenen Soldes zu feilschen. — Die einzige Leistung der Armee bestand unter all diesen Schwierigkeiten darin, daß sie die ihr gegenüberstehende Armee Buquoys (S. 56) festbannte. Ein Versuch jedoch, die befestigten Stellungen des kaiserlichen Generals zu durchbrechen, war vergeblich, und am 26. Juni beschloß ein vom Fürsten Christian gehaltener Kriegsrat, zunächst in der Defensive zu verharren und der Dinge zu warten, die weiter kommen sollten.

So in ihren finanziellen und militärischen Anstrengungen von mäßigem Erfolge begleitet, regte die neue Regierung neben allen anderen noch die religiösen Gegensätze auf. Um ihrem König eine würdige Hofkirche zu verschaffen, hatten die Direktoren kurz vor Friedrichs Ankunft die Prager Domkirche nebst ihren Gütern und Einkünften dem erzbischöflichen Kapitel entzogen. Diese Kirche barg die Gräber der drei letzten Kaiser und älterer böhmischer Könige; an der Pracht ihrer Altäre, Bilder und Schnitzwerke hatte die Kunst zweier Jahrhunderte, zuletzt noch in den Zeiten Rudolfs II., gearbeitet. Wäre nun ein kunstfinniger lutherischer Fürst hier eingezogen, so hätte er an dem Schmuck der Kirche seine Freude haben können; aber einen Vorstreiter des reformierten Bekenntnisses mußte das Bildwerk in seinem Innersten erregen. Dem Hofprediger des Kurfürsten, Abraham Scultetus, schnitt es ins Herz, daß er „zwischen den verdammten Götzenbildern das Evangelium lehren sollte,“ und denen, welche zur Geduld rieten, entgegnete er mit den Worten Samuels: wer mit Zerstörung der Götzenbilder wartet, ist nicht mit ganzem Herzen zu Gott bekehrt. So mußte denn in den Tagen, die dem Weihnachtsfest 1619 vorausgingen, auf Befehl Friedrichs V. ein calvinischer Bildersturm in dem Dom vorgenommen werden, damit das Fest in einem gereinigten Tempel gefeiert werden konnte. — Es war hiermit dem nächsten kirchlichen Bedürfnis des Hofes Rechnung getragen, und längere Zeit scheint denn auch der calvinische Eifer der neuen Regierung geruht zu haben. Aber im August 1620 trat Scultetus mit einem neuen Ratschlag

¹⁾ Ein Monatssold im Dezember 1619 (Gindely III S. 78), drei im April 1620 (S. 119 bis 120), drei im August 1620 (S. 143—44). Von da ab neue Stockung (S. 319, 322).

an seinen königlichen Herrn heran: ¹⁾ er möge die zahlreichen Pfarreien königlichen Patronats nicht durch die Landesbehörde des Konsistoriums (II 269), sondern nach eigenem Ermessen besetzen; ein Gutachten, wie alsdann die Kirche mit tüchtigen Geistlichen, und die Geistlichen mit guter Belehrung zu versehen seien, stehe zu Gebot. Der Sinn dieses Vorschlags war offenbar, die Ausbreitung des reformierten Bekenntnisses durch reformierte Pfarrer zu betreiben. Aber gleich anderen Plänen kam er zu spät, um ausgeführt zu werden.

Dies waren unzweideutige Maßregeln calvinischer Propaganda. Freilich, wenn man sie mit dem verglich, was unter ähnlichen Verhältnissen Friedrich III. oder gar die niederländischen Volksmassen gethan hatten, so erschien der Eifer, der aus ihnen sprach, doch schon einigermaßen lau, und ihre Bedeutung für die böhmische Kirche lag mehr in der Tendenz, als in den unmittelbaren Folgen. Aber in einer Beziehung war dies Vorgehen doch verhängnisvoll: es regte teilweise schon in Böhmen, besonders aber im Deutschen Reich, den Unwillen der Lutheraner über das Umsichgreifen calvinischer Macht neuerdings auf, und zwar im Reich nicht nur bei den Sachsen, sondern auch im Kreise der Bundesgenossen der Pfälzer. Einer der mächtigsten Fürsten der Union, den sein Abscheu vor dem Calvinismus und seine Hinneigung zum Hause Oesterreich immer wieder von der kühneren Politik der Pfälzer zurückschreckte, war der Herzog Johann Friedrich von Württemberg. Den hatte seine Universität Tübingen — neben Wittenberg die angesehenste Pflanzstätte echt lutherischer Lehre — schon gegen Ende des Jahres 1619 nachdrücklich gewarnt, nicht durch Unterstützung des Pfälzers den verderblichen Calvinismus in Böhmen zu fördern, und auch hierbei war das Wort gefallen, daß die Calvinisten in Verfolgung der neuen Lehre unbarmherziger seien, als viele katholische Obrigkeiten, besonders das Haus Oesterreich. Von dem Tag, da die Nachricht des Prager Bildersturmes eintraf, fühlten diese theologischen Ratgeber des Herzogs sich in ihrer Furcht und ihrem Abscheu vollends bestärkt; wiederum wuchs bei ihnen wie bei anderen Lutheranern im Reich die Gleichgültigkeit gegen das Geschick des pfälzischen Böhmenkönigs.

Dieses Geschick aber begann sich nunmehr zu erfüllen, als endlich, im Frühjahr 1620, die gegen Friedrich V. angesponnenen Verbindungen zum Abschluß kamen. Das Entscheidende dabei war, daß der Beitritt des protestantischen Kurhauses Sachsen zu dem Kreis der katholischen Verbündeten des Kaisers erfolgte.

Wie oben (S. 68 fg.) erzählt, waren bei der ersten Annäherung Sachsens an die kaiserliche Partei umständliche Verhandlungen in Aussicht genommen. Auf der einen Seite sollte der Herzog von Baiern die Liga, auf der andern der Kurfürst von Sachsen die beiden sächsischen Kreise für den Kaiser in die Waffen bringen; eine Versammlung von katholischen und protestantisch-konfer-

¹⁾ Gutachten vom 24. August. (Anhaltische Kanzlei S. 188.) Die Ausführung derartiger Vorschläge leugnet Scultetus (Selbstbiographie im *scrinium antiquarium* VII, 1 S. 276), während sie behauptet wird von kursächsischer Seite (deutliche und gründliche Ausführung (1620) S. 7).

vativen Ständen sollte nähere Vereinbarungen über die Art und Weise treffen, wie die Ordnung im Reiche herzustellen, d. h. wie die Waffen gegen des Kaisers Feinde zu führen seien; als Vorbedingung endlich für jedes Zusammengehen der katholischen und protestantischen Stände hatte man eine vertrauliche Besprechung zwischen Mainz, Köln, Sachsen und Baiern in Aussicht genommen, bei der die Sicherung der niedersächsischen Stände in ihrem Besitze der Stifter festzustellen war. In dem Gewirre der hieraus hervorgehenden Unterhandlungen war es nun eine Reihe, die sich als Ausgang wirklich fruchtbarer Beschlüsse heraus hob: sie verlief durch eine in Würzburg im Februar gehaltene Versammlung katholischer Stände, eine zu Mühlhausen im März vorgenommene Besprechung der Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier, des Landgrafen Ludwig von Hessen und der Gesandten des Herzogs von Baiern, endlich durch die an jene Besprechungen sich anschließenden besonderen Abmachungen zwischen dem Kaiser, Baiern, Sachsen und Erzherzog Albert über die Eröffnung des Kriegs.

Den Anlaß zu der Würzburger Versammlung bot jenes drohende von der Nürnberger Tagsatzung an Baiern gerichtete Schreiben (S. 70), zu dessen Beantwortung die beiden Häupter der Liga auch die ihrem Bund nicht angehörigen katholischen Stände zuzuziehen beschloßen. Auf Berufung des Erzbischofs von Mainz fand sich demgemäß neben den Ligisten eine stattliche Zahl von Vertretern nicht verbündeter Stände ein.¹⁾ Keine langen Erwägungen erforderte es in diesem Kreise, um über die Ablehnung der Ansprüche der pfälzischen Partei einig zu werden. Aber teils die Rücksicht auf Sachsen, teils das Bewußtsein, daß die Entscheidung auf ganz anderem Wege als dem der tönenden Worte herannah, gab der Versammlung eine in der Form ziemlich mächtig gehaltene Antwort ein: man wies besonders darauf hin, daß bei Erledigung der gestellten Forderungen doch auch der Kaiser und die protestantisch-konservativen Stände mitzureden hätten.

Viel bedeutamer gestalteten sich indes diese Würzburger Verhandlungen, als von Mainz, Köln und Baiern die Angelegenheit der protestantischen Stifter in Norddeutschland, wie Kursachsen sie angeregt hatte (S. 69), einem von der Versammlung bevollmächtigten Ausschusse vorgelegt wurde. Sollte, das war die Frage, die hierüber von Sachsen gewünschte Besprechung mit Mainz, Köln und Baiern bewilligt werden, und wie weit sollten dann die katholischen Unterhändler in der Sicherung der protestantischen Besitzer geistlicher Stifter gehen? Für die katholischen Reichsstände barg diese Frage ähnliche und größere Gewissensnöte in sich, wie für den Kaiser Ferdinand die ihm auferlegte Bestätigung der Religionsfreiheiten Böhmens oder Oesterreichs. Unerwähnt hatten sie bisher jeden Fortschritt protestantischer Macht über die nach der katholischen Auslegung des Religionsfriedens ihr gezogenen Grenzen als Bruch der heiligsten Rechte bekämpft, und gerade seit den beiden letzten Jahrzehnten hatten sie in den Auseinandersetzungen mit der pfälzischen Partei sich in dem

¹⁾ Die Namen bei Aretin, Baierns auswärts. Politik S. 130 Anm. 1. Die Versammelten bezeichnen sich als Vertreter „sämtlicher katholischen Stände des heiligen Reichs“. (Wolf IV S. 311, Anm.)

Widerspruch gegen jene Errungenschaften, in der Behauptung ihres Rechtes auf Rückforderung verhärtet: sollten sie jetzt, da der entscheidende Kampf zwischen katholischen und protestantischen Machtansprüchen herannahte, von vornherein einen Teil des Kampfprieses ihren Gegnern überlassen? Nur die zaghafte Rechnung, daß sie ihrer Widersacher nicht anders Meister werden konnten, als dadurch daß sie dieselben spalteten, konnte ihnen den Entschluß der Nachgiebigkeit auferlegen; und da ist es denn bezeichnend, daß gerade der Führer der Liga, der Herzog Maximilian, diese Rechnung vor allen anstellte. Nach seinem Brauch, die Urheberchaft folgenschwerer Entschliefungen anderen zuzuschreiben, wies er freilich, als er seine Gesandten nach Würzburg abfertigte, die Entscheidung, ob die Sicherung des Besitzes gewährt werden sollte, den geistlichen Fürsten und ihren Theologen zu; aber für den Fall der Gewährung wollte er selber nur auf einer Einschränkung bestehen: daß nämlich den protestantischen Inhabern der Reichsstifter nach wie vor Sitz und Stimme in den Reichsversammlungen versagt, und damit die katholische Mehrheit im Fürstenrat erhalten werde. Und selbst in diesem Punkte war er bereit, sich überstimmen zu lassen.

Zurückhaltender indes als der Herzog Maximilian, setzten die geistlichen Stände einen Beschluß durch, in dem zu jener einer Beschränkung noch weitere hinzugefügt wurden: der Besitz mochte gesichert werden auf bestimmte, oder, wenn nötig, auf unbestimmte Zeit, aber so, daß die Rückforderung auf dem Wege des Rechtes nicht für alle Zeit aufgegeben, und die rechtliche Geltung des geistlichen Vorbehaltes gewahrt würde, daß ferner die Zusicherung nur solchen Ständen zu gute komme, welche der Augsburger Konfession, nicht dem Calvinismus, zugethan seien und dem Kaiser in seiner gegenwärtigen Bedrängnis kräftigen Beistand leisteten, daß endlich den katholischen Ständen eine Gegenversicherung hinsichtlich ihrer an geistlichen Anstalten und Gütern noch besessenen Rechte erteilt werde. Mit diesen Beschränkungen sollte dann aber die Zusicherung, wie es eigentlich von vornherein gemeint war, den Ständen beider sächsischen Kreise, nicht nur den niedersächsischen, zu gute kommen und sich auf „die Erzstifter und Stifter samt dazu gehörigen Gütern“¹⁾ beziehen. — Gewiß nicht ohne Erleichterung schreiben die bairischen Gesandten, als sie den soviel enger gefaßten Beschluß berichteten: „wir hätten zwar vermöge unserer Instruktion weiter zu gehen gehabt“.

Von den katholischen Ständen mit dieser Ermächtigung versehen, zogen nun die Kurfürsten von Mainz und Köln nebst bairischen Gesandten zu der Mühlhauser Tagung. Am 16. März wurde sie im städtischen Rathaus eröffnet. Mit einer für die Katholiken überraschenden Schmiegsamkeit zeigte sich hier Kursachsen nebst Hessen-Darmstadt zur Annahme der eng umschriebenen Versicherung bereit, trotzdem daß sie insofern sogar noch enger gefaßt wurde, als die Verbürgung des Besitzes nur in die Worte gekleidet wurde: die katholischen Stände wollen die protestantischen Besitzer nicht gewaltsam, außerhalb des Wegs Rechtes, verdrängen, noch solche gewaltsame Angriffe veranlassen. Hierüber und über die eingefügten Bedingungen wurde am 20. März von

¹⁾ Worte der Mühlhauser Affekurationsakte.

Mainz, Köln und Baiern, zugleich im Namen all ihrer katholischen Mitstände, eine Versicherungsurkunde ausgestellt. Einen Monat später (21. April) erklärte auch der Kaiser¹⁾ seine Bereitwilligkeit, nach Maßgabe dieser Urkunde den ihn darum angehenden Ständen Lehensindulte und Schutzbriefe zu erteilen.

Hiermit war der nächste Zweck der Mühlhauser Versammlung erreicht. Aber unter dem Drang der fortschreitenden Ereignisse konnte es bei solchen, bloß vorbereitenden Beschlüssen nicht mehr bleiben. Ohne weiteres auf die Hauptsache losgehend, hatte der Kurfürst von Mainz gleich bei Eröffnung der Tagssagung, unter Hinweis auf den böhmisch-österreichischen Aufstand und die Drohungen der Unierten, die Frage zur Beratung gestellt, wie das „böhmische Feuer“ zu löschen, wie das Reich gegen Angriffe der Türken und inneren Krieg zu schützen sei.²⁾ Der Zweck dieser Proposition war, das Kriegsbündnis der Liga mit Sachsen gleich hier in Mühlhausen zum Abschluß zu bringen.

Nun hatte der Kurfürst Johann Georg, wie erzählt, anfänglich den Gedanken gehegt, als Führer der sächsischen Kreisstände in einen derartigen Bund einzutreten, und auf dieser Hoffnung des Anschlusses der sächsischen Stände an die Sache des Kaisers war ja auch noch die Versicherungsakte gegründet. Aber schon damals begann sich die Nichtigkeit solcher Hoffnungen herauszustellen. Im ober-sächsischen Kreis setzte auf einer am 11. Februar zu Leipzig eröffneten Versammlung der sächsische Kurfürst nur den lahmen Mehrheitsbeschluß durch, daß zum Schutz des Kreises und unter Wahrung der Neutralität gegenüber dem böhmischen Krieg 3000 Mann zu Fuß und 1000 Reiter auf sechs Monate aufgestellt werden sollten; und auch diesen Beschluß machten Stände, wie Kurbrandenburg, Pommern, Weimar und Anhalt, unwirksam, indem sie erst ihre Zustimmung, dann die Zahlung der für die Truppenmacht bewilligten 60 Römernomate verweigerten.³⁾ Im nieder-sächsischen Kreise sodann mußte es schon als ein Erfolg gelten, als eine kaiserliche Gesandtschaft, welche einige Zeit später, im April und Mai, die dortigen Fürsten besuchte, lediglich die Zusicherung der Neutralität nach Hause brachte.⁴⁾ Bei solchen Stimmungen konnte man sich also damals schon sagen, daß, wenn der Kurfürst von Sachsen sich zur Hilfe für den Kaiser entschloß, er diesen Schritt voraussichtlich ohne Teilnahme seiner Glaubensgenossen werde thun müssen.

Um aber den Kurfürsten auf diesem Wege voranzutreiben, hatte der Kaiser bereits außerordentliche Mittel angewandt. Gleich jener Gesandte, der in Ferdinands Namen von München aus, im Oktober 1619, nach Dresden zog (S. 69 Anm. 1), ließ sich am sächsischen Hof verlauten: wenn der Kurfürst dem Kaiser

¹⁾ Gindely III S. 452.

²⁾ Protokoll der Mühlhauser Tagssagung. (Darmstädter Archiv. Reichs-, Kriegs- und Friedenssachen n. 26.)

³⁾ Abschied des Leipziger K.T. (Febr. 15) bei Moser, Ober-sächs. Kreisabschiede S. 222. Ueber die Verhandlungen Müller III S. 323 fg., 355 fg. — Ueber die Nichtanerkennung des Abschieds vgl. Rommel VII S. 379 Anm., 401. Heermann, Beitrag S. 170, 171. Müller III S. 365–367. Nach letzterem hätte Weimar sich endlich im September zur Zahlung verstanden.

⁴⁾ Resolutionen Lauenburgs, Holsteins, Dänemarks, Mecklenburgs, Pommerns, Braunschweig-Wolfenbüttels, 1620 April 14 bis Mai 30. (Darmstädter Archiv VIII 1, 15.) Bericht der kaiserl. Gesandten, Gurter VIII S. 214 fg.

Hülfe leiste, so werde dieser mit ihm über eine Vergrößerung seiner Lande wohl einig werden können,¹⁾ und in unmittelbarem Auftrag des Kaisers hatte eine Gesandtschaft, die wir am 22. Februar beim Kurfürsten finden, diesem eine „Rekompens“ für die Unterstützung des Kaisers gegen die Böhmen in Aussicht zu stellen.²⁾ Das waren Worte, die in Dresden ebensowenig verloren gingen, wie in München. Ende Februar oder Anfang März 1620³⁾ ließ der Kurfürst durch Hannibal von Dohna, den Landvogt der Oberlausitz, dem Kaiser sagen: Bedingung seiner etwaigen Kriegshülfe sei voller Ersatz der Kosten und Sicherung dieses Ersatzes durch die Verpfändung der Ober- und Niederlausitz, ferner Ueberweisung eines Fürstentums, das bei Gelegenheit des Kriegs seinem Besitzer verloren gehen dürfte: er dachte an die Lande der mit Pfalz verbündeten Anhaltiner. Hierauf wieder kam an den Kurfürsten während der Mühlhauser Tagung der Bescheid des Kaisers: den Kostenersatz und die Verpfändung der Lausitz⁴⁾ bewillige er; nicht minder wolle er ihn mit einem ansehnlichen Fürstentum belehnen, das er bei einer baldigst zu haltenden Unterredung nennen werde. Ganz wie dem Herzog Maximilian, wurde also auch dem sächsischen Kurfürsten eine Entäußerung kaiserlichen Besitzes und eine Umwälzung der Machtverhältnisse im Reich angetragen; und dies erleichterte denn seine Bedenken gegen den einseitigen Eintritt in eine katholische Vereinigung.

Unter Zustimmung Sachsens, dem der Landgraf Ludwig überall folgte, beschlossen also die Versammelten, daß der Aufstand, die Bündnisse und die Königswahl der Böhmen, indem sie das Reich einem Angriff der Türken aussetzten und den Kaiser seiner Erblande beraubten, auf das Verderben des Reiches abzielten und eine Verletzung des Landfriedens in sich schloffen. Im bewaffneten Widerstand gegen solche rechtlose Gewalt verpflichteten sie sich, dem Kaiser jetzt sowohl wie auch künftig Beistand zu leisten. Alles kam nun auf die Größe und die Art und Weise der Hülfeleistung an. Hier hielt man die Hoffnung, daß die Stände der beiden sächsischen Kreise am Ende doch noch zu gewinnen sein würden, wenigstens äußerlich fest. Wie also unter Mainz und Baiern die Stände der Liga bereits geeint waren, so versprach Sachsen, seine Bemühungen zur Einigung der sächsischen Kreisstände fortzusetzen und das Ergebnis jenen beiden Fürsten demnächst mitzuteilen. Aber wie wenn diese Bemühungen fehlschlügen? Für diesen Fall versprach des Kurfürsten Bevollmächtigter — und ebenso Landgraf Ludwig — mindestens so viel zu leisten, als man nach dem Maßstab eines einzelnen Standes erwarten könne, und dann fügte er in unbestimmter Wendung hinzu: „thue Sachsen ein übriges, so werde es sich mit dem

¹⁾ Bericht der zum ober-sächsischen R. T. geschickten böhmischen Gesandten. (Müller III S. 359 fg.)

²⁾ Instruktion für Elvern und den H. Lauenburg. 1619 Dez. 22. (Müller III S. 322.) Elvern am 22. Februar in Torgau: Gindely II S. 418 Anm., 421 N. 2.

³⁾ Nähere berichtet darüber am 4. März. (Gindely II S. 423 N. 2.) Die Antwort des Kaisers übermittelt Dohna in seiner bei „dieser ihigen Mühlhauser Zusammenkunft“ dem Kurfürsten vorgetragene Werbung. (Müller III S. 368.)

⁴⁾ Die wirkliche Pfandverschreibung wurde am 6. Juli 1620 ausgefertigt. (Knothe im Oberlausitzer Magazin 56 S. 52.)

Kaiser besonders vergleichen.“¹⁾ Die katholischen Unterhändler verstanden den weittragenden Sinn dieser Worte. Schon hatte die Liga dem Herzog von Baiern freie Hand gegeben, über die Art und Weise der Verwendung ihrer Streitkräfte je nach der Entwicklung der politischen und militärischen Verhältnisse zu entscheiden. Neben ihm, als dem Führer der katholischen, erschien nun der Kurfürst von Sachsen als Führer protestantischer Streitkräfte, sei es nur seiner eigenen, sei es auch der seiner Verbündeten; und da man auch jetzt keine Entscheidung darüber zu treffen wußte, wo und wie diese Hülfsheere zu Gunsten des Kaisers einzugreifen hatten, so kam man abermals auf die Auskunft, daß den beiden Fürsten zusammen als „Direktoren“²⁾ die Festsetzung der kriegerischen Operationen anzuvertrauen sei. In dem Abschied hieß es also: die Art, wie die bewaffnete Hilfe zu leisten sei, solle durch Verständigung zwischen dem Kaiser, Baiern und Sachsen festgestellt werden.

Wenn somit die Versammlung den Krieg beschloß, den Feldzugsplan aber in die Hände des Kaisers und zweier Fürsten legte, so konnte sie doch einer weiteren für den Charakter des Krieges maßgebenden Frage sich nicht entziehen. Jene Verhandlungen, die mit Baiern, Sachsen, Spanien über eine künftige Einziehung der Lande und Würden Friedrichs V. und seiner reichsständischen Verbündeten geführt waren, fußten auf der Voraussetzung, daß der pfälzische Kurfürst und seine Mitschuldigen in die Acht erklärt würden (S. 59, 63). Nicht minder schien auch der geplante Angriff spanisch-niederländischer Truppen gegen die Rheinpfalz, überhaupt jede Feindseligkeit gegen die Reichslande Friedrichs V. und seiner Verbündeten, wenn sie nicht selber als Landfriedensbruch erscheinen sollte, die vorherige Achtung zu erfordern. Eine Schwierigkeit nun, die sich hier erhob, drehte sich um die Frage des Zeitpunktes der Achterklärung. Darüber war man wohl von vornherein einig, daß der richtige Zeitpunkt erst gekommen sein werde, wenn die Heere zur Vollstreckung der Acht marschbereit seien.³⁾ Aber alsdann mußte die Erklärung auch, um den Angriff zu rechtfertigen, ungesäumt ergehen, und dieses pünktliche Zusammentreffen war eben unmöglich, wenn das Urteil erst aus einem schleppenden, ordentlichen Rechtsverfahren hervorgehen sollte. Die Frage war also: liegt es in des Kaisers Hand, ohne ordentlichen Prozeß die Acht zu verhängen? Seit dem November des Jahres 1619⁴⁾ wurde diese Frage im kaiserlichen Räte und in Verhandlungen mit Baiern und Spanien erwogen. Gegen das summarische Verfahren schien ein Artikel der kaiserlichen Wahlkapitulation zu sprechen, der schon von Karl V. beschworen und mit einer Erweiterung durch alle folgenden Kapitulationen hindurchgegangen

¹⁾ Protokoll, März 18.

²⁾ Der Ausdruck in dem Botum von Mainz, dann in dem von Köln.

³⁾ Erklärung des Reckius: Spinola solle die Pfalz angreifen, und „zu derselbigen Zeit“ werde vielleicht auch die Acht ergehen. (Bericht des bair. Gesandten, 1620 Febr. 28. Arétin, Urk. S. 79.) Jocher, zwischen Februar 23 und März 12: sofort Einleitung der Achterklärung, damit sie „ungefähr umb die Zeit“, da Albert zu Feld ziehe, ergangen sei (Wolf-Breyer, IV Anh. S. 49—50; vgl. S. 52 „doch soll man underdessen“ u. s. w.).

⁴⁾ Stralendorf, Rostiz und Elvern, Gutachten, 1619 Nov. 22. (Surter VIII S. 169; Gindely II S. 429.)

war: es darf, so lautete er, niemand, weder hohen noch niederen Standes „unverhört“ in die Acht erklärt werden, es soll vielmehr bei Verhängung dieser Strafe „ordentlicher Prozeß“ gehalten werden. Indes die Reichsgesetzgebung, wie sie sich neben den Kapitulationen mit höherer Autorität entwickelte, ergab doch, daß jene Bestimmung nicht ausnahmslos gelten konnte, besonders nicht in dem Fall offenkundigen Landfriedensbruchs. Nach der Kammergerichtsordnung von 1555 sollte bei einem gewaltthätigen Angriff zunächst ein Mandat auf Einstellung der Gewalt, sei es vom Kaiser, sei es vom Kammergericht, ausgehen, dann im Falle des Ungehorsams die Ahterklärung erfolgen. In noch schärferer Weise, aber freilich auch mit Beschränkung auf angeworbene Söldnerführer und Söldner, die sich zu unrechtmäßigen Angriffen gegen den Kaiser und die Stände des Reichs gebrauchen lassen, hatte der Reichsabschied von 1559 bestimmt, daß gegen solche Landfriedensbrecher die Acht ohne weiteres eintrete. Demgemäß war denn auch unter dem Beifall der Reichsstände Grumbach und der Herzog Johann Friedrich von Sachsen ohne förmlichen Prozeß geächtet (I S. 234, 276, 293), demgemäß war auch in einer Erweiterung des besagten Artikels der Kapitulation, die unter Ferdinand I. und Maximilian II. erfolgte, ein Hinweis auf die Kammergerichtsordnung von 1555 und die darauf ergangenen Reichsabschiede hinzugefügt. Die Räte des Kaisers und mit ihnen der rechtskundigste Rat des bairischen Herzogs, Dr. Joher, schlossen also: wegen Landfriedensbruchs können der pfälzische Kurfürst und seine Helfer mittelst deklaratorischer Sentenz geächtet werden. Und dann griffen sie noch zu einer anderen Ueberlieferung zurück. Vor 300 Jahren (2. April 1313) hatte Kaiser Heinrich VII. in seinem Gesetz über Majestätsverbrechen bestimmt, daß das Verfahren in diesem Falle summarisch, nach Gutdünken des Richters vor sich gehen solle; und vor 80 Jahren hatte Karl V., als er die Häupter des Schmalkaldener Bundes ohne Prozeß in die Acht erklärte, die Sentenz unter anderen auf das Verbrechen der verletzten Majestät gegründet. Hieraus ergab sich der weitere Schluß: auch wegen Majestätsverletzung kann Friedrich V. nebst seinen Helfern ohne langes Verfahren geächtet werden.

In der kaiserlichen, der spanisch-niederländischen, und mit vollster Entschiedenheit in der bairischen Regierung drang also die Anschauung durch, daß der Zeitpunkt der Acht, wie er beim Abschluß der kriegerischen Vorbereitungen gekommen sein werde, also auch durch prozessualische Umständlichkeit nicht hinausgeschoben werden dürfe. Aber nun erhob sich ein anderes Bedenken. Gegen einen Menschen wie Mansfeld hatte noch Kaiser Matthias, eben auf Grund jener Bestimmung des Reichsabschieds von 1559, am 19. Februar 1619 die Acht erklärt; etwas ganz anderes war es jedoch, den gleichen Schritt gegen den pfälzischen Kurfürsten zu unternehmen, für den das Eintreten der Unierten und der protestantischen Nachbarmächte zu gewärtigen war. Ferdinand scheute sich vor der alleinigen Verantwortung dieses Schrittes. Und wie nun ein zunächst bei der Wahl des Matthias in die Kapitulation eingefügter Satz ihn verpflichtete, in wichtigen Angelegenheiten des Reichs gleich zu Anfang den Rat der Kurfürsten einzuholen, so wandte er sich an die in Mühlhausen anwesenden Kurfürsten mit der Bitte um ein Gutachten bezüglich des Verfahrens gegen die

Teilnehmer der böhmischen Empörung und offenkundigen Landfriedensbrecher, besonders den Kurfürsten von der Pfalz und den Fürsten von Anhalt.¹⁾ Hierdurch kam die Angelegenheit in der letzten Sitzung des Mühlhauser Tags zur Verhandlung.

Aber in dem Augenblicke, da es für die Versammelten galt, nicht nur hinter den Kaiser als gehorsame Helfer, sondern durch den Rat schleuniger Aechtung gleichsam neben ihn zu treten und ihren Anteil an der Verantwortung für die Eröffnung und die Ziele eines großen Kriegs zu übernehmen, zeigte sich die alte Aengstlichkeit und Hinterhältigkeit der deutschen Fürsten. Niemand hatte im geheimen, sowohl beim Kaiser, als im Hinblick auf die Mühlhauser Verhandlungen beim Kurfürsten von Köln, so unerbittlich die Notwendigkeit der Aecht verfochten, wie der Herzog Maximilian von Baiern: er mache, so schrieb der Kaiser über ihn, seine zugesagte Hilfe von der doppelten Bedingung des Einbruches der niederländisch-spanischen Armee und der Aechterklärung abhängig.²⁾ Aber wie nun die kaiserliche Anfrage vom Mainzer Erzbischof vor die gesammte Mühlhauser Tagsatzung gebracht wurde, versteckten sich die bairischen Gesandten hinter die Kurfürsten: es sei eine kurfürstliche Angelegenheit;³⁾ ihnen stehe kein Votum darin zu. Und die Kurfürsten? Köln tröstete sich damit, daß die Sache ja nicht eilig sei; Sachsen bedachte, daß „allerhand Diffikultäten“ vorlägen, die zur Behutsamkeit Grund gäben. Alle ergriffen den Ausweg, daß nach der Kammergerichtsordnung doch vor der Aechtung eine Aufforderung zur Einstellung der gewaltthätigen Handlungen ergehen sollte. Eine solche Aufforderung zunächst zu erlassen, wurde dem Kaiser also als Antwort auf seine Frage angeraten. Ferdinand mochte, als er diese Antwort erhielt, darin eine indirekte Zustimmung zu einer auf die Mißachtung seiner Mahnungen erfolgenden Aechterklärung erkennen. Mit Befriedigung konnte er auch eine andere Stelle in den Mühlhauser Beschlüssen aufnehmen, diejenige nämlich, in welcher das Vorgehen der Böhmen und ihres Gegenkönigs gegen den Kaiser als Landfriedensbruch beurteilt wurde (S. 85); denn damit wurde die Behauptung zurückgewiesen, daß Böhmen außerhalb des Bereichs des Landfriedens sei, und daß der böhmische Landesherr gegen Empörung und Kronraub keinen Schutz des Reiches zu beanspruchen habe (S. 10).

Aber es blieb doch dabei, daß die in Mühlhausen tagenden Fürsten allerdings dem Kaiser in dem bevorstehenden Krieg ihren Beistand gewähren, nicht aber die Verantwortung des Kriegs mit ihm teilen wollten.

Das Nächste, was jetzt auf die Tagesordnung kam, war, neben Fortführung der Truppenwerbungen, Verständigung des Kaisers, Baierns, Sachsens und des Erzherzogs Albert über die Frage, wie und wo der Feind anzugreifen war. Auch diese Verständigung war nicht leicht. Was die Richtung des An-

¹⁾ Hurter VIII S. 207. Vgl. Wolf IV S. 334.

²⁾ Der Kaiser an Erzh. Albert, 1620 März 24: Baiern „limitirt seine Zusag auf e. l. Diverfion und declarationem banni contra rebelles“ (Brüffeler St.N. Secrét. allemande n. 153.)

³⁾ „fieri ein kurfürstlich negotium“. (Das angef. Protokoll. Vgl. Wolf-Breyer IV S. 334, Aretin S. 135.)

griffes anging, so stand einstweilen nur fest, daß die spanisch-niederländischen Truppen die Rheinpfalz anzugreifen und das kaiserliche Heer unter Buquoy nach wie vor die böhmische Hauptarmee im Schach halten sollte. Wohin sich dagegen die bairisch-ligistischen Truppen zu wenden hatten, war ungewiß, solange die Haltung der Union unentschieden war, und vollends unklar war es, wie die kriegerischen Entschlüsse Sachsens sich gestalten würden. Nun suchte freilich der Kaiser seinen Verbündeten wenigstens die nächste Richtung ihres Angriffs vorzuschreiben. Am 17. Mai übersandte er dem Herzog von Baiern eine Vollmacht zur Unterwerfung Oberösterreichs,¹⁾ und am selben Tage erhielt der Kurfürst von Sachsen eine vom 22. April datierende Kommission gegen die Lausitz und Schlessien.²⁾ Zugleich unternahm Ferdinand den Schritt, der ihm als Vorbedingung der Aechtung seines Gegners angeraten war: am 30. April erließ er gegen Friedrich V. ein Mandat mit der Aufforderung, bis zum 1. Juni alle Hauslande des Kaisers zu räumen, und mit der Drohung bei Versäumnis dieses Termins die Aecht zu verhängen. Indes gerade dieses Mandat, so sehr es dem geheimen, nach dem Mühlhauser Tag wieder aufgenommenen Drängen des Herzogs Maximilian entsprach, so wenig gefiel es dem kursächsischen Hof, und zwar deshalb, weil hier noch einmal ein Schwanken eingetreten war, welches eine entschlossene Mitwirkung in Frage stellte.

Zunächst war es die schon vor dem Mühlhauser Tag bemerkte und nach demselben vollends hervortretende Abneigung der sächsischen Kreisstände, dem Kurfürsten in das Kriegsbündnis mit dem Kaiser zu folgen, welche auf die kursächsische Regierung einen schlimmen Eindruck machte. Dann aber mußte der Kurfürst weiter ansehen, wie in nächster Nähe, innerhalb der eignen Verwandtschaft, jener Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar, der sich in Nürnberg der Union genähert hatte (S. 70), am 26. Januar 1620 von Friedrich V. eine Bestallung als Oberster über ein Regiment deutscher Fußtruppen erhielt und im Monat Mai im Begriffe war, die von ihm geworbenen Truppen nach Böhmen zu führen. Auch in den kurfürstlichen Landen beobachtete man innerhalb der landsässigen Ritterschaft einen so starken Widerwillen gegen die Bekämpfung der böhmischen Glaubensgenossen, daß der Kurfürst sich hütete, die Zustimmung des Landtags zu dem beabsichtigten Kriege einzuholen. Und endlich erhob noch vom Ausland her diejenige protestantische Macht, welche neben den Generalstaaten am unmittelbarsten das Gebiet des Reiches berührte, die sich aber bisher trotz aller Gesuche der Pfälzer neutral gehalten hatte, nämlich Dänemark, ihre Stimme: am 1. April erließ König Christian IV. an den sächsischen Kurfürsten eine sehr entschiedene Abmahnung³⁾ gegen die Verbindung mit denjenigen, die auf das Verderben der Evangelischen ausgingen. Alle diese Gegenwirkungen erschütterten den sächsischen Kurfürsten in seinen Entschlüssen. Als daher der

¹⁾ Wolf-Breyer IV Anh. S. 37.

²⁾ Die Zustellung erwähnt Schönberg in der Verhandlung mit Wenjin, Mai 18—24. (Müller III S. 390. Das Datum gibt Gindely III S. 233 Anm. 1.) Wegen des Datums der Vollmacht vgl. Knothe im Oberlausitzer Magazin 56 S. 51.

³⁾ Londorp II S. 19.

kaiserliche Auftrag gegen die Lausitz und Schlesien einging, nahm er denselben gleichsam mit zitternden Händen auf; einer Achterklärung vollends wagte er im Vorgefühl der Erbitterung, welche diese Maßregel unter den protestantischen Reichsständen und Mächten hervorrufen mußte, nicht mehr ins Angesicht zu sehen.

Was dieser Wechsel der Stimmung bedeutete, das erfuhr zunächst der Herzog von Baiern, als er sich im Mai mit dem Kurfürsten über einen gemeinsamen Kriegsplan verständigen wollte. Aus den Antworten Johann Georgs ergab sich, einmal daß er überhaupt nicht losbrechen werde, wenn nicht erst Baiern mit einem kräftigen Angriff gegen Böhmen vorangegangen sei, sodann daß er die Achterklärung hinausgeschoben wissen wollte, ohne freilich der Nechtung an sich und für die Zukunft zu widersprechen: es werde sich, so ließ er schließlich dem Kaiser sagen, nach „glücklich vollbrachter Impresa in Böhmen schon alles der Achterekution halber fein schicken“.¹⁾

Hiernach hing es von dem Vorgehen Baierns ab, ob die sächsischen Streitkräfte in Bewegung kamen. Und im Grunde genommen hatten auch die Unterhandlungen Baierns mit dem Kaiser und Erzherzog Albert ergeben, daß die spanisch-niederländischen Truppen nicht eher marschieren, und Buquoy aus der Defensiv nicht eher zum Angriff übergehen werde, als nachdem Baiern in den Krieg eingetreten sein werde. Da war es denn eine Erlösung aus peinlicher Ungewißheit, daß Maximilian sich wirklich zum Handeln aufmachte. Der Herzog hatte, als der Juni herankam, eine Armee zusammengebracht, welche über den Anfaß des Würzburger Tags wesentlich hinausging. Sollte nun dieses Heer in Aktion treten, so mußte es zuerst mit einem Gegner in nächster Nähe ins reine kommen: mit der Union. Wenige Monate waren ja erst vergangen, seitdem der Nürnberger Unionstag eine Frist gestellt hatte, binnen deren die katholischen Stände die Forderungen der pfälzischen Partei entweder anzuerkennen oder gewalthätige Maßregeln zu gewärtigen hätten. Diese Anerkennung war nicht erfolgt, vielmehr hatte die Liga zur Behauptung der entgegengesetzten Rechtsansprüche der katholischen Stände und des Kaisers sich in Kriegsbereitschaft gesetzt. Bedeutete es da nicht für die Union eine schon vor der Schlacht erlittene Niederlage, wenn sie die Armee des Widersachers unthätig anschaute, ja wenn sie es auch nur unterließ, mit ihren längst im Felde harrenden Streitkräften die der Liga noch vor ihrer Vereinigung zu zersprengen?

In der That trug sich der stellvertretende General der Unionstruppen, der Markgraf Joachim Ernst von Ansbach, in den ersten Monaten des Jahres 1620 mit dem Gedanken, daß in einem kombinierten Angriff die Böhmen sich der Stadt Passau, die Unierten sich Donauwörth bemächtigen, und so die ligistischen Streitkräfte wenigstens südlich von der Donau festhalten sollten,²⁾ ebenso wie er auch darauf bestand, daß ein etwaiges Vorgehen des Ligaheeres gegen die Böhmen durch die Vereinigung der Unionsarmee mit den Böhmen

¹⁾ Wolf-Breger IV S. 387 Anm. 23.

²⁾ Instruktion für Friedrich von Solms an Friedrich V., 1620 März 20. (Berliner St.A. Unionsakten B. 40.) Passau wird umschrieben als der „Portus“, wo alle den Böhmen feindlichen Truppen „bisher angeländet“ seien.

zu beantworten sei.¹⁾ Aber jetzt kam die Zeit, da er und die Unierten insgesamt die Folgen ihrer übereilten Rüstung und ihres unentschlossenen Abwartens erproben mußten. Ueber der langen Kriegsbereitschaft war der Union die Kraft und der Mut zum wirklichen Kriege ausgegangen. Man mußte jetzt sehen, wie mit jeder neuen Zahlung von Bundesbeisteuern die Rückstände sich mehrten, wie mit jedem Fortgang der kriegerischen Verwickelungen der Widerwille der Städte gegen die eingeschlagene Politik zunahm; es war voranzusehen, daß nur noch insolge einer starken, von außen kommenden Unterstützung die Union sich zu einem thatkräftigen Entschlusse aufraffen werde. Nun schien sich allerdings noch einige Hoffnung auf eine derartige Handbietung zu zeigen. Seitdem die Liga in großem Umfang zu rüsten begann, und seit vollends in den spanischen Niederlanden eine Armee gebildet wurde, deren Bestimmung gegen die Pfalz offenkundig war, trat die Gefahr eines Angriffs gegen die Lande der Unierten, besonders des pfälzischen Kurfürsten, in unmittelbare Nähe. Die Union glaubte also die Bundesverträge anrufen zu können, welche sie mit dem niederländischen Kreis, sowie mit den Generalstaaten und mit England abgeschlossen hatte (II 421, 419; III 19—20). Allein wie sie nun in Verhandlung über Leistung dieser Bundeshülfen eintrat, mußte sie doch wieder erfahren, daß ihr Vorgehen den meisten Freunden im Licht der Offensive erschien, an der sie sich zu beteiligen Bedenken trugen. Der niederländische Kreis, ohnehin teils durch die kursächsischen Gegenwirkungen, teils durch Konflikte mit dem mächtigen Nachbar in Dänemark, über die später noch ein Wort zu sagen sein wird, abgelenkt, ließ sich von der Union recht eigentlich nicht zu Hause finden, da ein Kreistag seit jener Versammlung vom Oktober 1619 (S. 67) nicht wieder zusammentrat.²⁾ Von den beiden anderen Verbündeten, den Generalstaaten und England, welche die unierten Fürsten durch ihren Gesandten Benjamin von Buwinkhausen im Februar und März um Zusendung der bundesgemäßen Hilfstruppen angingen, zeigten nur die ersteren wirkliches Entgegenkommen. Sie hielten zwar mit ihren Truppen zurück, bewilligten aber der Union die gleichen Subsidien, welche sie den Böhmen reichten, nämlich 50 000 Gulden monatlich, vom März des Jahres ab gerechnet.³⁾ Auch Truppen wollten sie bei wirklicher Not, besonders wenn die Unierten von den spanischen Niederlanden her angegriffen werden sollten, zur Hülfe schicken, nur daß für diesen Fall die bewaffnete Mitwirkung Englands gesichert sein müsse. Von England hing also eine nachdrückliche Unterstützung der Union ab. Wie aber stellte sich die Politik Jakobs zu der wachsenden Kriegsgefahr?

Während Buwinkhausen den König zur Hülfe für die Union, und der in London verweilende Mathias von Dohna ihn zur Hülfe für den Böhmenkönig drängte, erschien — eben im März — als spanischer Gesandter der Graf Gondomar, um

¹⁾ An Fr. Moriz, 1620 April 28. (A. a. D. B. 38.)

²⁾ Dies Hindernis wird in dem Ulmer Unionsabschied vom 26. Juni 1620 hervorgehoben. (Berliner St. A. Unionsakten B. 38.)

³⁾ Von dem Geld ließen die Unierten in den Niederlanden 1600 Mann zu Fuß und 600 Pferde werben. (Carleton, Mai 20, Juni 22. Letters S. 459—460, 471.)

den zerrissenen Faden der englisch-spanischen Heiratsverhandlungen wieder anzuknüpfen und fortzuspinnen. Während in der englischen Kirche, der Londoner Bürgerschaft und dem Landadel sich eine starke Bewegung zu Gunsten der Unterstützung des Böhmenkönigs erhob, fürchtete sich Jakob vor der Berufung eines Parlaments, weil die Verfassungskämpfe, die ihn im Jahr 1614 zur Auflösung des kaum berufenen Parlaments veranlaßt hatten, alsdann von neuem aufleben mußten. Das alles waren entgegengesetzte Anforderungen, unter denen der durchtriebene, jetzt alternde und verfallende Herrscher sich mit seinen gewohnten Künsten, alle Parteien auf sich hoffen zu lassen und jeden durchgreifenden Entschluß zu vertagen, durchhalf. Dem spanischen Gesandten sagte er: ich wünsche kein anderes Bündnis als das spanische. Den Beauftragten der Unierten fertigte er erst mit dem Hinweis ab, daß die Union weder angegriffen sei, noch bei gesetzlichem Verhalten einen Angriff zu besorgen habe, folglich seine Bundeshülfe nicht beanspruchen könne; dann gab er dem Drängen der Gesandten und ihrer englischen Freunde so weit nach, daß er freiwillige Geldsammlungen, wie vorher für den Böhmenkönig (S. 79), so jetzt auch für die Union erlaubte und zugleich die Anstellung von Truppenwerbungen aus diesen Geldern zugab. Für die Union konnte so ein Haufen von 2000 Mann Infanterie geworben werden, der unter Führung des in den niederländischen Kriegen erprobten Horatio de Vere am 1. August nach den Niederlanden eingeschifft wurde. Am Ende eröffnete der König sogar noch weitere Ausichten, indem er sich, für den Fall, daß sein Schwiegersohn wirklich in seinen Erblanden angegriffen werden sollte, zeitig nach Geldmitteln zu seiner Unterstützung umsah. Allein was die Union vor allem brauchte, nämlich sofortige Hülfe mit Geld und Truppen, das wurde ihr mit derartigen Verheißungen und langsamen Zurüstungen nicht zu teil. Noch war ihr kein Mann zugezogen, als sie in die Krisis eintrat, von der jetzt zu reden ist.

Schwankend zwischen Angriffslust und der Furcht vor den Folgen des Angriffs hatten die Führer der Unionstruppen die Abteilungen ligistischer Streitkräfte, welche dem Herzog Maximilian von Januar bis Juni 1620 vom Niederrhein her durch fränkisches Gebiet, von Lothringen und dem Elsaß über die Rheinbrücke bei Breisach zuzogen, bedroht, aufgehalten und schließlich doch passieren lassen. Wie alsdann die katholische Armee allmählich zusammengefügt wurde, gedachte der Markgraf von Ansbach seines alten Planes, die Linie der Donau zu halten, und vereinigte demgemäß im Mai die Hauptmasse der Unionstruppen zwischen Nördlingen und Donauwörth. Aber jetzt fand Maximilian seine Armee stark genug, um ihm auf dem linken Donauufer entgegenzuziehen, worauf denn der Markgraf sich aufwärts nach Ulm zurückzog und auf dem Michelsberg ein verchanztes Lager errichtete, während die Ligatruppen über Lauingen hinaus vorgeschoben wurden. Die Ueberzahl war weitaus auf seiten der Katholischen; bis zum Juli stieg ihre Armee auf 24500 Mann zu Fuß und 5500 Reiter, die der Unierten dagegen nur auf etwa 9500 Mann.¹⁾ In dieser Lage glaubte Maximilian einen ersten Schlag führen zu dürfen.

¹⁾ Krebs, Die Schlacht am Weißen Berg S. 198 fg. Ueber die Unionsarmee vgl. Angoulême, Juli 21. (Ambassade S. 207.) Auch Carleton (Juli 20. Letters S. 479) gibt die

Unter dem Schutz des Heeres und der Ulmer Festungswerke war in der Stadt Ulm im Monat Juni ein Unionstag eröffnet. Vor diesem nun erschienen am 18. Juni, ungefähr sechs Monate nachdem die Union ihr wirkungsloses Ultimatum an Baiern gerichtet hatte (S. 70), Gesandte des Herzogs Maximilian, um jetzt ihrerseits ein Ultimatum zu stellen: die Unierten sollten in bindender Form die Mitglieder der Liga gegen Feindseligkeiten sichern; wenn dies geschah, so erfolgte die entsprechende Versicherung im Namen der Liga; wenn es nicht geschah, so gab es Krieg. Die Absicht Maximilians war, für den Fall seines Feldzugs gegen die Oesterreicher und Böhmen erst seine und seiner Verbündeten Lande gegen einen Angriff der Unierten sicher zu stellen. Aber für die Union bedeutete schon im Hinblick auf die von dem Nürnberger Tag erhobenen Forderungen die Befriedigung des bairischen Ansinnens eine Niederlage. Denn damals hatten sie mit der böhmischen Angelegenheit noch die in ihren Beschwerden befaßten, auf das Machtverhältnis der beiden Parteien im Reich gerichteten Ansprüche verbunden und die Anerkennung gerade dieser Ansprüche den katholischen Ständen durch Androhung von Gewalt aufzuzwingen vermeint. Wenn sie jetzt auf die gegenseitige Friedensverbürgung eingingen, so ließen sie diese Forderung lautlos fallen; den stolzen Gedanken, den sie seit dem Sommer 1618 verfolgt hatten, daß nämlich zugleich mit der Umgestaltung der kirchlich politischen Ordnungen in den österreichischen Hauslanden die entsprechende Umwälzung im Reich zu erzielen sei, erkannten sie als Illusion an.

Nun war allerdings das Selbstgefühl der Union schon weit genug herabgedrückt, um einem derartigen Anerkenntnis keine ernstern Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Auch dem Vorwurf der Preisgabe der Böhmen glaubte sie sich durch Annahme des Vertrags nicht offen auszusetzen; denn untersagt waren in demselben nur direkte Angriffe zwischen Unierten und Ligisten; wie im übrigen dem bairischen Herzog nicht verwehrt war, mit dem Kaiser vereint gegen die nicht in der Union begriffenen Böhmen zu kämpfen, so blieb es auch der Union unbenommen, mit den Böhmen vereint gegen den nicht in der Liga begriffenen Kaiser zu kämpfen. Was aber den Vertrag unwidersprechlich zu einer Schmach für die Union stempelte, war der Umstand, daß er in Wahrheit den Erblanden des Kurfürsten von der Pfalz keinen Schutz bot. Man wußte nämlich bereits, daß Erzherzog Albert einen Angriff gegen die Rheinpfalz vorbereitete: was nützte also die Zusage der Ligisten, die Lande der Union nicht anfeinden zu wollen, gegenüber dem bevorstehenden Angriffe dieses der Liga nicht angehörigen Fürsten? Man wußte ferner, daß der Kaiser mit der Achtung Friedrichs V. umgehe: welchen Wert konnte also das Neutralitätsversprechen der Ligisten haben, wenn der Kaiser kraft höherer Gewalt etwa dem Herzog von Baiern die Exekution auftrug, und derselbe nicht als Mitglied der Liga, sondern als kaiserlicher Delegierter die Pfalz angriff?

Nach diesen Erwägungen richtete sich denn auch die Antwort des Unions-

Unionsarmee, die Ansbach von Ulm gegen Spinola herabführte, auf 7000 Mann zu Fuß und 2600 Pferde an. In den Angaben bei Heilmann, Kriegsgeschichte Baierns II S. 47 N. 1 sind die damals noch nicht eingetroffenen Truppen der Gr. Baden nicht einbegriffen.

tags: man war bereit zu der gegenseitigen Friedensverbürgung, vorausgesetzt, daß unter den Ligisten, die sich zum Frieden verpflichteten, der Erzherzog Albert mit begriffen werde, daß ferner die drohende Acht unter den Ligisten keinen Vollstrecker finde. Aber hier trafen sie wieder auf die bekannte Unerbittlichkeit Maximilians. Er wollte von keinem Vorbehalt wissen, und da die Unierten wenigstens an der auf Albert bezüglichen Bedingung festhielten, sah es am 28. Juni so aus, als ob die Verhandlung gebrochen werden sollte.¹⁾ In diesem kritischen Augenblicke nun griff eine Macht ein, auf welche beide Teile seit dem Beginn der kriegerischen Bewegung mit Verlangen gesehen hatten, die aber bis dahin die Hoffnung keiner Partei erfüllt hatte, nämlich Frankreich.

Geängstigt durch die entgegengesetzten Aussichten — auf neue Fortschritte des Protestantismus im Falle des Sieges der Böhmen, auf eine große Erhebung der spanischen und österreichischen Macht im Falle des Sieges des Kaisers — dazu im Bewußtsein ihrer eigenen Haltlosigkeit (S. 15), hatte die französische Regierung sich den deutschen Wirren gegenüber bisher neutral gehalten, aber doch so, daß ihre Vorliebe mehr der katholischen als der protestantischen Sache galt. Um nun nicht alle Einwirkung auf den Gang der Dinge aus der Hand zu geben, griff sie im Frühjahr 1620 nach dem Vorgang des englischen Königs zu dem Versuch einer Vermittelung. Eine ansehnliche Gesandtschaft, an ihrer Spitze der Herzog von Angoulême, sollte die an den Kämpfen näher oder entfernter Beteiligten angehen, und ihnen Ausgleichsvorschläge machen, bei denen nach Möglichkeit der Nachteil der katholischen Religion verhütet und der Einfluß Spaniens zurückgedrängt würde. Die hiernach angestellten Verhandlungen gewannen zum erstenmal wirkliche Bedeutung, als die Gesandten vor der Unionsversammlung in Ulm erschienen und am 10. Juni ihre Dienste zur Erhaltung des Friedens im Reiche anboten. Die Unierten zeigten sich alsbald mit solchen Diensten sehr einverstanden, — nur freilich, daß der Vermittler ihre in Nürnberg erhobenen Forderungen vertrete, und daß er den Kampf um die böhmische Krone als einen Streit handle, der den Freunden der Böhmen im Reich, besonders also dem pfälzischen Kurfürsten, keinen Schaden zuziehen dürfe. Da die Gesandten hierauf Antworten erteilten, aus denen deutlich hervorging, daß es ihrer Meinung nach nur ein Mittel zur Fernhaltung des Kriegs vom Reiche gebe, nämlich den Verzicht des Hauptes der Union auf die böhmische Krone, schienen die Verhandlungen sich zer schlagen zu wollen. Die Unierten besaßen: „weil die Gesandten sich in dieser Sache sehr parteiisch erzeigen“, sei ein weiterer Austausch mit ihnen nicht ratsam.²⁾

Indes der weitere Austausch ließ sich nicht vermeiden. In dem kritischen Zeitpunkt, da die Besprechungen der Unierten mit den Abgeordneten Baierns ins Stocken kamen, waren es beide Teile, vorzugsweise aber die Baiern, welche sich doch wieder an die Franzosen mit der Bitte um Vermittelung wandten.³⁾

¹⁾ Bericht des Gr. Sulz und Donnersbergs, Juni 28. (Darmstädter Archiv VIII 1, 15.)

²⁾ Protokoll der Konferenzen, Juni 10—16. (Berliner St.A. Unionsakten B. 38.)

³⁾ Berichte der franz. Gesandten vom 29. Juni, 7. Juli und 25. Dez. (Ambassade S. 180, 184, 410—411.)

Die Gesandten waren gleich bereit, dem Gesuch zu entsprechen, aber entschiedener noch als in den vorhergehenden Tagen erfolgte jetzt ihre Verwendung im Sinne der katholischen, von Baiern vertretenen Sache. Wie dieses Auftreten schon entmutigend auf die Unierten einwirken mußte, so traf vollends in denselben Tagen noch die freilich verfrühte Nachricht von dem angeblich erfolgten Aufbruch des spanisch-niederländischen Heeres ein. Ernster als je hatten nun die Unierten zu bedenken, daß sie allerdings, wenn sie den Vertrag mit Baiern ablehnten, die Streitkräfte Maximilians von der Verbindung mit dem kaiserlichen Heere zurückhielten, und daß dann vielleicht die Böhmen und die aus ihrem Waffenstillstand heraustretenden Ungarn den verlassenem Kaiser überwältigen und dem bairischen Herzog in den Rücken fallen konnten, daß aber diesem Vielleicht für ihre eigenen Truppen die unmittelbare Gefahr gegenüberstand, von dem überlegenen Heere der Liga geschlagen, oder gar von den heranziehenden Spaniern gleichzeitig im Rücken gefaßt zu werden.

War es nun lediglich diese Gefahr, oder daneben auch das Ansehen der französischen Gesandtschaft, welches auf die Unierten einwirkte, genug es vollzog sich unter ihnen eine verhängnisvolle Scheidung. Wie die Städte von jeher den kriegerischen Wagnissen abgeneigt waren, so riß sich jetzt auch der Herzog von Württemberg, der bis dahin zwischen kühneren Antrieben und ängstlicher Zurückhaltung geschwankt hatte, vor allem aber der Markgraf von Ansbach, dessen verwegene Umsturzprojekte im Augenblick der Entscheidung vor den Gefühlen der Furcht und der Erkenntnis seiner Unfähigkeit verfliegen, von der pfälzischen Sache los. Beide Fürsten erschienen vor den französischen Gesandten mit der jämmerlichen Erklärung, daß die Abgeordneten Friedrichs V. sie gewaltsam auf ihren Standpunkt gezogen hätten, daß sie aber jetzt zu einem Neutralitätsvertrag ohne Einziehung des Erzherzogs Albert bereit seien.

Nach diesem Abfall war für den Vertrag, wie Baiern ihn forderte, die Zustimmung der großen Mehrheit der Unierten sicher. Am 3. Juli wurde er zwischen Baiern, als Vertreter der Liga, und dem Markgrafen von Ansbach, als Vertreter der Union, abgeschlossen. Beide Bündnisse versprachen, sich aller gegen Land- und Religionsfrieden verstößenden Feindseligkeiten gegeneinander zu enthalten. Ausgeschlossen aus den Abmachungen blieben die zu den Bündnissen nicht Gehörigen: in Oesterreich und Böhmen mochten also Ligisten wie Unierte sich an dem Krieg beteiligen, und von den Niederlanden her mochte Albert auf eigene Verantwortung die Pfalz angreifen. Im Sinne des Herzogs Maximilian sollte es auch nicht als Verletzung des Vertrags gelten, wenn das Haupt der Liga, vom Kaiser mit einer Achtezekution beauftragt, die Waffen gegen einen Unierten ergriff.¹⁾

Unter den Unionsfürsten, welche die offensiven Pläne der Pfälzer geteilt hatten, gab es nur einen, der den Vertrag aufs entschiedenste verurteilte und wohl damals schon bereit war, in mutigem Kampfe sein Glück aufs Spiel zu setzen: das war der Markgraf Georg Friedrich von Baden.²⁾ Aber sein Ein-

¹⁾ (El duque) se reservó . . . la execucion del vando imperial en el imperio. (Baiern an Erzh. Albert, 1620 Juli 6. Brüsseler St. A. Secrét. d'Esp. n. 9.)

²⁾ Vgl. Goll in den Abhandlungen der böhmischen Gesellschaft d. W. VI 8 S. 16 Anm. 7.

spruch hinderte es nicht, daß der Vertrag ausgeführt wurde: eine Ausführung, die darin bestand, daß die Union noch eine Zeitlang die ihr gegönnte verderbliche Muße genoß, Herzog Maximilian aber ohne Säumen an seine doppelte Aufgabe, erst die Unterwerfung der Oberösterreicher, dann die Vereinigung mit den Kaiserlichen zur Niederwerfung der Böhmen herantrat, daß endlich der Erzherzog Albert den Angriff gegen die Rheinpfalz und damit zugleich die Niederwerfung der Union auf seinen Teil nahm.

Allerdings was den Erzherzog angeht, so war auch jetzt sein Vorgehen noch ein höchst bedächtiges. Mit ängstlicher Ueberschätzung der Kräfte der Union und der Hilfsbereitschaft ihrer Freunde in England und Holland hatte er bisher seinen Kriegsplan darauf gegründet, daß die Unierten gleichzeitig von ihm und von Baiern angegriffen werden sollten (S. 62). Als ihm nun in den Tagen, da er im Werke war, die verschiedenen Abteilungen seiner Truppen auf den 18. August nach Coblenz, als Sammelplatz und Ausgangspunkt, zu dirigieren, die Nachricht von dem Ulmer Vertrag zukam, erschien ihm derselbe fürs erste in ganz anderm Licht als den Baiern und den Kaiserlichen. Diese begrüßten ihn als eine Abmachung, welche ihre Kräfte gegen die Böhmen frei machte, Albert sah darin einen Handel, der ihn mit einemmal der gehofften Mitwirkung der bairischen Streitkräfte beraubte. „Euer Majestät“, so schrieb er an Philipp III., „wird ermessen, in welcher Verlegenheit ich mich befinde.“ Diese Verlegenheit machte ihn noch einmal unschlüssig über die zu ergreifenden Maßregeln, bis die bald folgenden Nachrichten von dem kräftigen Stoß Maximilians gegen Oberösterreich und dem bevorstehenden Losbruch Sachsens seinen Mut wieder auffrischten.¹⁾ Einsweilen aber zeigten seine Bedenklichkeiten abermals, daß die Losung zur kräftigen That vom bairischen Herzog ausgehen mußte. Und Maximilian säumte nicht, diese Losung zu geben. Vierzehn Tage nach Abschluß des Ulmer Vertrags fand er sich bereits in Schärding, um die Konzentration des größten Teils seiner Armee auf der rechten Seite des Inn und den Einmarsch derselben in das ihm als erstes Ziel vom Kaiser (S. 89) angewiesene Erzherzogtum Oberösterreich zu überwachen. Außerlich führte er selber den Oberbefehl, und gewiß, da jetzt die Kämpfe, in denen er sich seit einem Vierteljahrhundert bewegt hatte, in einen Krieg ausgegangen waren, der die schwersten Entscheidungen in Aussicht stellte, mußte der thatkräftige und ehrgeizige Fürst den Drang in sich fühlen, die Leitung in die eigene Hand zu nehmen. Aber ein General war Maximilian nicht, weder nach Anlagen und Ausbildung, noch auch nach innerer Neigung. Der Mann, der mit einer bis zur Hinterhältigkeit getriebenen Scheu dem lauten Getriebe unmittelbaren Menschenverkehrs auswich, für den die Bewegung in der freien Natur, sei es in einer kurzen Spazierfahrt, sei es im Vergnügen der Reiterbeize, eine seltene Unterbrechung des Stubenlebens war,²⁾ hatte nichts vom Kriegsmann an sich. So legte er denn die eigentliche Truppenführung in andere Hände, und zwar nach dem Beispiel

¹⁾ Albert an Philipp III., 1620 Juli 19, August 16. (Brüsseler St.A. a. a. D.) Vgl. Wolf-Dreyer IV S. 390 Anm. 2.

²⁾ Wolf-Dreyer IV S. 308 Anm.

des Kaisers in die eines Abkömmlings der spanischen Niederlande, des Freiherrn Johann Tserklaes von Tilly. Wie Buquoy aus dem Artois,¹⁾ so war Tilly aus Brabant gebürtig. Ins Kriegshandwerk war er zuerst in den Niederlanden eingeführt; dann war er im Dienst des Kaisers und in den ungarischen Kriegen zu höheren Kommandos emporgestiegen, und endlich im Jahr 1610 von Maximilian als Generallieutenant mit der obersten Führung seiner Streitkräfte betraut. Es war ein Mann, der so recht in das Getriebe von Maximilians Regierung hineinpaßte: Meister in seinem Fach, in seinen Grundsätzen ein Musterzögling der Jesuiten, und seinem Kriegsherrn mit der Strenge militärischer Unterordnung ergeben. Daß der Führer von Mietlingstruppen die Ausbrüche der niedrigsten und der schrecklichsten Triebe der Menschennatur bald passieren lassen, bald auch den kriegerischen Zwecken dienstbar machen müsse, war ein Grundsatz, den ihn die spanisch-niederländische, und eindringlicher noch die kaiserlich-ungarische Kriegsführung gelehrt hatte; nach eigener Sinnesrichtung indes schlicht und wohlwollend, suchte er gewissermaßen ein Gegengewicht gegen solche Zugeständnisse, indem er selber lebte wie ein Mönch und die grausige Kriegsführung der Zeit durch den Gedanken der Vernichtung von Kezerei und Aufstand zu abeln suchte. Uebrigens war der Mann, der halb vereinsamt sich von dem rohen Prunk und den wüsten Genüssen der hohen Offiziere fern hielt, keineswegs gleichgültig gegen die Lockungen des Ruhms und des Reichthums. Jung war er damals nicht mehr. Er hatte die Grenze des sechzigsten Lebensjahres bereits im Februar 1619 überschritten; aber noch war sein dürrer stählerner Körper allen Anstrengungen des Kriegs gewachsen.

Am 24. Juli überschritten die ersten Abteilungen der bairischen Armee die Grenze von Oberösterreich. Dieses Land, das sich seit Beginn des böhmischen Aufstandes den kaiserlichen Streitkräften verschlossen hatte, war von 2000 bis 3000 Mann Soldtruppen und vielen Tausenden erhitzter Bauern, die man als Landesaufgebot in primitiv bewaffneten, losen Haufen vereinigt hatte, verteidigt. Natürlich konnten derartige Streitkräfte gegen eine wohlgeordnete Armee von etwa 21000 Mann nicht aufkommen. Eine Zeitlang waren indes noch die Hoffnungen der Oesterreicher auf Böhmen gerichtet. Denn hier waren, während Anhalt mit der Hauptarmee noch in Unterösterreich stand, zwei Generale mit Vorkehrungen zu ihrer Rettung beschäftigt: Ernst von Mansfeld, der von seinem festen Rückhalt in Pilsen mit einigen tausend Mann ausgezogen war und in den letzten Tagen des Juni bei dem von ihm eroberten Moldauthain stand, und der Graf Matthias von Thurn, unter dessen Oberbefehl zwischen Moldauthain und Tabor eine kleine, zum guten Teil aus Landesaufgebot bestehende Reservearmee, der sich Mansfeld einzufügen hatte, gebildet wurde. Dieses Heer sollte zum Schutz Oberösterreichs und zur Abwehr der bairischen Armee verwandt werden. Allein der alte Fluch der Ohnmacht und des Habers ruhte auch auf diesen Anstalten. Thurn mußte, um die nötigen Mittel und Maßregeln zu betreiben, sich in der ersten Hälfte des Monats Juli am Sitz der

¹⁾ Irrthümlich ist er S. 8 als „Brabanter“ Edelmann bezeichnet.

Regierung und des Landtags einfinden,¹⁾ und bis er von dort mit mehr Zusagen als Geld zu der in der Bildung begriffenen Armee zurückkehrte, war der 24. Juli gekommen, das heißt der Tag, da das bairische Heer in Oesterreich eindrang. Hätte er nun wenigstens mit Mansfeld sich vertragen können! Allein gerade hier trat eine der gefährlichsten Erscheinungen hervor.

Seit der Zeit, da die Kaiserwahl in Frankfurt und die Königswahl in Prag gegen die Wünsche des Herzogs von Savoyen ausgefallen waren, hatten die savoyischen Zahlungen an Mansfeld aufgehört, und damit auch letzterer den Rückhalt für seine bis dahin sehr selbständige Stellung verloren. Die böhmische Regierung scheint ihn fortan zurückgesetzt zu haben; besonders mit ihren sparsamen Soldzahlungen (S. 80) scheint sie die Mansfelder noch viel sparsamer behandelt zu haben, als die Hauptarmee.²⁾ Weit entfernt, sich eine derartige Zurücksetzung bieten zu lassen, erhob dagegen Mansfeld seit April 1620 den Anspruch auf die Stelle des in einem Treffen gefallenen Feldmarschalls Colonna von Fels, und nur widerwillig fügte er sich in Böhmen dem Oberbefehl des Grafen von Thurn. Es kam unter derartigen Auseinandersetzungen dahin, daß er bereits im April seine Entlassung nachsuchte und im August, nachdem er das Gesuch wiederholt hatte, sich nur noch für die Zeit bis Ende Oktober zum Weiterdienen verpflichtete.

Also unbezahlten, zur Meuterei geneigten Soldtruppen, tumultuarisch zusammengerafften Bauern und zweispältigen Führern war der Entschluß Oberösterreichs anvertraut. Solchen Anstalten gegenüber konnte das Ligaheer sich um so sicherer fühlen, da für seine Deckung noch besonders gesorgt war: in und um Budweis stand der Oberst Marradas mit dem spanischen Hülfscorps, welches gegen Ende des vorigen Jahres nach Passau angelangt (S. 56) und von da nach dem südlichen Böhmen gezogen war; zum Schutze Baierns hatte Maximilian aus dem Heer von 30 000 Mann, das er in Ulm beisammen gehabt, mehrere tausend Mann³⁾ zurückgelassen, welche an den Pforten des Böhmer Waldes die Straße von Furth nach Pilsen bedrohten. Die böhmische Reservearmee war also zugleich in ihrer Seite und ihrem Rücken gefährdet, während andererseits der rasche Vormarsch der Hauptarmee der Liga alle ihre Berechnungen überholte. So machte denn Thurn wohl einen Versuch, auf dem Wege, der über die von den Kaiserlichen besetzten Schanzen bei Wallern und Salnau an die nordwestliche Grenze Oberösterreichs führt, vorzubrechen; aber als ihm am 29. Juli die Einnahme der ersteren Schanze glückte, war Maximilian bereits auf dem Wege nach Linz. Da gab der Graf den Gedanken,

¹⁾ Gindely III S. 136, 294. Vor ihm, am 29. Juni, fand sich auch Mansfeld in Prag ein und kehrte einige Zeit vor Thurn zu den Truppen zurück. (S. 134, 297. Villermont I S. 264.)

²⁾ Daher Mansfelds Bedingung im August 1620, daß seine Soldaten sollen être traittez de mesme que ceux de la grande armée. (Apologie pour . . . Mansfeld S. 31.) Ueber seine Forderungen und geringe Befriedigung vgl. Gindely III S. 85 fg., 117, 134.

³⁾ Nach dem Oberenser . . . Journal S. 24. Die Regimenter zu Fuß Herlitberg (2000 Mann) und Haimhausen (1000 Mann) und das Regiment zu Pferd Lindelo (400 Mann), zu denen dann noch Würzburger Truppen (2500 zu Fuß und 500 Pferde) stießen. — S. 56 wird die Stärke all dieser Truppen auf 6600 Mann zu Fuß und 1700 Pferde angegeben.

ihm in Oberösterreich den Weg zu verlegen, auf und zog wieder in die Gegend von Moldauthein, um wenigstens das südliche Böhmen gegen das Sigaher zu decken.

Maximilian konnte also, ohne nennenswerten Widerstand zu finden, seinen Marsch nach Linz fortsetzen. Als er hier am Abend des 4. August eintraf, wußte der versammelte Landtag nur noch den einen Rat: unter Verzicht auf thätlichen Widerstand die unvermeidliche Unterwerfung durch Verhandlungen möglichst zu verschleppen und möglichst günstig zu gestalten. Der Verschleppung mußte nun Maximilian nach dem Brauche der Zeit einige Zugeständnisse machen, indem er sich bis zum 23. August in Linz festhalten ließ; im übrigen ging er fest und ruhig auf zwei Ziele: die Stände sollten durch die dem Kaiser zu leistende Huldigung aus dem Aufstande heraustreten, ohne daß bei der Huldigung einer demnächstigen kirchlichen und staatlichen Reaktion vorgegriffen wurde; das Land sodann sollte kraft des Münchener Vertrags (S. 58) in den Pfandbesitz des Herzogs übergehen, und zwar so, daß die Regierung, Verteidigung und vor allem auch die Einkünfte an den Pfandherrn fielen. Beides setzte er durch: das letztere kraft kaiserlicher Zustimmung, das erstere, indem die Huldigung, dem kaiserlichen Auftrage entsprechend, als eine nur vorläufige¹⁾ geleistet wurde, wobei denn die Frage der Bestätigung der Landesrechte auf die definitive, dem Kaiser selbst zu leistende Huldigung verschoben wurde. Hierauf ernannte er den Obersten Adam von Herbersdorf zum Statthalter des Landes, ließ als Besatzung beinahe 6000 Mann zurück, ersetzte den dadurch in seiner Armee entstandenen Ausfall einigermaßen, indem er die Soldtruppen der Stände in der ungefähren Stärke von 2000 Mann in seinen Dienst nötigte, und trat endlich am 23. August den Vormarsch an.

Wie das ganze Vorgehen des Herzogs auf kaiserlichem Auftrage beruhte, und die erste Kommission des Kaisers ihn auf Oberösterreich gewiesen hatte, so konnte er jetzt, am 25. August, eine zweite Kommission verkündigen, die sich gegen Böhmen, Mähren und Schlesien richtete: auch diese Lande sollte der Herzog zum Gehorsam gegen den Kaiser bringen, die Widerstrebenden mit Gewalt, die Gutwilligen unter Zusage der kaiserlichen Gnade.

Das nächste Angriffsziel mußte hiernach Böhmen sein. Da indes die Hauptarmee der Böhmen noch immer bei Eggenburg in Unterösterreich stand, und ihr gegenüber das kaiserliche Heer unter Buquoy, so erhob sich die Frage, wie sich die bairische Armee zu der Hauptmacht des Feindes stellen, und in welches Verhältnis sie zu den kaiserlichen Streitkräften treten sollte. Daß in dieser Hinsicht zur Zeit des Aufbruches von Linz ein fester Plan verabredet war, darf angesichts der Vorgänge im Feld bezweifelt werden.²⁾ Erst schien es, als ob Maximilian den Krieg auf eigene Hand führen wollte — auf beschwerlichen Bergwegen drang er nordwärts über Freistadt nach Kaplitz in die südliche

¹⁾ „Interimsgelübde.“ (Kaiserliche Kommission in dem Oberösterreichischen . . . Journal [1621] S. 13.)

²⁾ Vgl. die von der späteren Vereinbarung weit abweichenden Vorschläge Buquoy's vom 7. Aug. (Gindely III S. 252.) Im Oberösterreichischen Journal werden Maximilians Verhandlungen mit Trautmannsdorf und Dampierre, Aug. 13 fg., nur angedeutet (S. 24).

Esse Böhmens ein —; aber dann wandte er sich unversehens auf nicht minder beschwerlichen Wegen ostwärts nach Unterösterreich, um bei Neupölla sich mit dem heranziehenden Buquoy am 8. September zu vereinigen: eine Vereinigung, zu welcher er, wenn sie in Linz schon bestimmt war, viel kürzer und bequemer auf dem Wege längs der Donau hätte kommen können. Nachdem sie indes vollzogen war, wurde über den nunmehr zu verwirklichenden Feldzugsplan wenigstens eine die nächste Marschrichtung festlegende Abrede zwischen Maximilian und Buquoy getroffen. Da nämlich beide erfuhren, wie der Fürst von Anhalt vor ihren geeinten Streitkräften alsbald auf mährisches Gebiet zurückwich, so hatten sie zu entscheiden, ob man sich von der böhmischen Armee nach Mähren ziehen lassen, oder ob man umgekehrt, nach Böhmen in der Richtung auf Prag vordringend, den Feind hinter sich her ziehen sollte. Sie entschieden sich für die zweite Alternative.

Aber jetzt traten noch andere Erscheinungen hervor, welche von schwerer Vorbedeutung waren nicht nur für den Gang des bevorstehenden Feldzugs, sondern auch für die spätere sich daran anschließende Entwicklung der Dinge. Zunächst ein Verhältnis von mehr persönlicher Natur. Buquoy hatte darauf gehalten, daß er nicht dem Herzog Maximilian, wie dieser wohl wünschte, untergeordnet werde, sondern als kaiserlicher Feldherr selbständig neben dem Kriegshaupt der Liga stehe. Gleich aus dieser Nebenordnung entsprangen die ersten Mißhelligkeiten. Buquoy hatte zwei Jahre lang den Krieg geführt nach dem Grundsatz, in wohl berechneten Bewegungen dem Gegner vorteilhafte Stellungen abzugewinnen, einer gewagten Entscheidung aus dem Wege zu gehen, und wenn Böhmen nicht zu erobern war, wenigstens Oesterreich und Wien zu decken. Nach diesen Anschauungen widerstrebte er auch jetzt einer kräftigen Offensive. Maximilian dagegen, wenn er gleich im Kriegshandwerk nicht bewandert war, trug den nach den Verhältnissen unschätzbaren Vorteil eines klaren und einfachen Blickes und eines mutigen und festen Willens in die strategischen Erwägungen hinein. Der Plan, für den er zwar nicht stürmisch, aber vertrauensvoll und thatkräftig eintrat, war, auf die Hauptstadt des Feindes loszugehen und, sei es durch die Eroberung derselben, sei es dadurch, daß man den Feind zu ihrem Schutz zum Schlagen bringe, die Entscheidung zu erzwingen. Aus solchen Gegensätzen entsprangen Zwistigkeiten, die mit der Vorbereitung der Vereinigung beider Heere begannen, während des Feldzugs sich vergrößerten und selbst vor und nach der Entscheidungsschlacht hervorbrachen. Aber zugleich hatten diese Zwistigkeiten noch einen tieferen Grund. Maximilian war nach seiner ganzen Art nicht geeignet, die Leitung des Kriegs mit einem andern zu teilen, oder Widerstand gegen seinen Willen und seine Interessen zu vergeben, oder auch seiner Gegnerschaft durch Offenheit ihre schärfste Spitze zu nehmen. Der Kaiser dagegen mochte wohl in den Zeiten der Not die Verfechtung seiner Sache den Bundesgenossen allein anvertrauen; sobald er sich jedoch wahrhaft als Kaiser fühlte, verlangte er sein eigenes Heer und seinen eigenen Feldherrn. Und so war der Zwist zwischen Maximilian und Buquoy ein Streit, der sich wiederholen mußte, so oft dem selbstbewußten Haupt des Bundes ein nicht minder selbstbewußter Feldherr des Kaisers gegenüberstand.

Noch weitere Aussichten in die Zukunft eröffnete ein zweiter Vorgang. In den ersten Anfängen des Krieges hatte Klesl den Rat gegeben, die Feindschaft gegen die protestantischen Religionsfreiheiten zu verleugnen und den Kampf um das Recht der staatlichen Obrigkeit in den Vordergrund zu rücken (S. 5), ein Rat, der auch von Ferdinand, solange man auf gütliche Unterwerfung der Rebellen hoffen konnte, befolgt war (S. 26). Hatte doch noch kürzlich in Unterösterreich, als sich unter dem Schrecken der katholischen Zurüstungen die Mehrzahl der protestantischen Adlichen, etwa 30 Herren und 40 Ritter,¹⁾ von ihren im Aufstand verharrenden Standesgenossen trennten und am 13. Juli, im Verein mit den katholischen Ständen, die so lang verweigerte Huldigung zu leisten sich anschickten, der Kaiser ihnen die Erklärung gegeben, daß unter den nach der Huldigung von ihm zu bestätigenden Landesfreiheiten auch die freie Uebung der Augsburger Konfession, soweit sie unter Matthias bestanden habe, einbegriffen sein sollte. Nun aber, in den Tagen, da die überlegenen Streitkräfte gegen den Aufstand zu wirken begannen, erfolgte die erste Umkehr dieses Verhaltens. Ein Hinweis auf die neue Richtung war es bereits, daß der Kurfürst von Sachsen, als er im Hinblick auf die in Böhmen und den Nebenlanden bevorstehende Exekution die Sicherung des Majestätsbriefes verlangte, am 6. Juni eine zweideutige Antwort des Kaisers erhielt: Ferdinand, so hieß es, werde dasjenige halten, was er dem Kurfürsten versprochen habe, und was „dem Religionsfrieden einverleibt“ sei, — Worte, die der Kaiser zwei und ein halbes Jahr später dahin erläuterte, daß er sich auf die Grundlage nicht des Majestätsbriefes, sondern des Religionsfriedens gestellt habe, der ihm gestatte, sämtliche Protestanten des Landes zu verweisen.²⁾ Ohne Umschweife sprach sich aber wenige Wochen später Ferdinand gegen Maximilian aus, als dieser sich auf dem Marsche nach Linz befand: vor allem, so schrieb er, liege ihm bei der bevorstehenden Unterwerfung Oberösterreichs die Entfernung der Prädikanten nebst ihrer verdamnten Ketzerei am Herzen; und indem er dann diese Maßregel in eigenhändigem Postskript dem Herzog noch einmal empfahl, begründete er seinen Eifer mit dem Stachel des Gewissens.³⁾ Also nicht etwa nur die Rechnung, daß das feindselige Bekenntnis den Aufstand erzeugt habe, sondern die in der Jesuitenschule eingeschärfte Gewissenspflicht, kraft deren der Fürst die Ketzerei auszurotten hatte, sobald die Macht dazu in seiner Hand war, sollte den Fortschritt der katholischen Waffen zu einem Fortschritt in der Herstellung der alten Rechte der katholischen Kirche machen. Nun trat allerdings auf die Eröffnung der kaiserlichen Wünsche eine Meinungsverschiedenheit zwischen Ferdinand und Maximilian hervor; aber sie betraf nicht den Grundsatz, sondern die Art seiner Bethätigung. Noch hielt sich nämlich der bairische Herzog nicht für stark genug, um den Krieg und die kirchliche Neuordnung zugleich anzugreifen. Er begnügte

¹⁾ Die Angaben bei Rhevenhüller (IX 1064 fg.), Londorp II S. 33 fg.) und Gindely (III S. 223) schwanken zwischen 32—34 Herren und 38—42 Rittern.

²⁾ Schreiben des Kaisers vom 6. Juni 1620 und 25. Januar 1623. (Londorp II S. 633, 650.)

³⁾ Ex remorsu conscientiae. (Wolf-Breyer IV S. 413 Anm. 10.)

sich also, wie oben dargelegt, die Bahn für eine kirchliche und politische Reaktion freizuhalten.

Unter solchen neuen und bedeutsamen Vorzeichen ging das Unternehmen zur Unterwerfung Böhmens voran. Am 30. September wurde von den vereinigten Truppen Pilsen an der Wottawa genommen, und als Haupthindernis auf der geraden Straße nach Prag lag jetzt nur noch die stark besetzte Burg Karlstein im Wege. Aber hier verließ man die gerade Richtung und schlug, nordwestlich abbiegend, den Umweg über Pilsen ein. Ein Grund dieser neuen Abweichung lag darin, daß Maximilian von dem in Baiern gelassenen Truppen-corps, das inzwischen trotz Mansfeld den Weg durch den Böhmer Wald von Furth über Taus und Klattau erzwungen hatte, einen Teil in seine Armee aufzunehmen hatte. Ein anderer Grund aber lag in der Hoffnung auf friedliche Gewinnung der Stadt Pilsen.

Nach jenen unsicheren Versuchen der zwischen Moldauthein und Tabor zusammengeführten Truppen und unter dem Schrecken, den der vereinte Anzug von Maximilian und Buquoy verbreitete, war Mansfeld wieder nach Pilsen gesandt, um die bairische Grenze zu schließen und zu bedrohen. Seine dortige Lage gestaltete sich indes alsbald zu einer fast verzweifelten. Er hatte drei oder vier trümmerhafte Infanterieregimenter und sieben Compagnien Reiter zur Verfügung, eine Streitmacht, deren Gesamtziffer er gewiß nicht zu niedrig auf 4000 Mann¹⁾ veranschlagte, und bei deren wachsender Not und Unzufriedenheit er sich täglich fragen mußte, wie lange sie noch beisammen zu halten sei. Er selber, der verwegene Glückspieler, hatte in seinem savoischen Kriegsdienst glänzende Geschäfte gemacht; in den Landen seines damaligen Kriegsherrn erhielt er ein kleines Marquisat, und sein Gelderwerb war so bedeutend, daß er auch in den Gebieten des Markgrafen von Ansbach mit Güterkäufen umging;²⁾ jetzt aber, seitdem er sein Glück an die böhmische Sache gekettet, war er ruiniert und zugleich seinen Offizieren und Soldaten für ungeheure Soldrückstände verhaftet. Und wie seine Habsucht, so war sein nicht weniger hochgehender Ehrgeiz verletzt. Er fühlte in sich die Kraft, jedenfalls den Drang, von leitender Stellung aus dem Krieg eine günstigere Wendung zu geben; aber statt der leitenden Stellung brachte man ihm Mißtrauen und Abneigung entgegen, was er seinerseits mit Verachtung der elenden Regierung und Kriegführung vergalt. In dieser Lage voll Not und Grimm schien nun Mansfeld auf das Spiel vom Jahr 1610 zurückgreifen zu wollen: wie er damals, als Herzog Leopold ihn gereizt hatte, zu den Unierten sich wandte (II 452), so gab er jetzt den Führern der bairisch-ligistischen Armee seine Neigung zur Uebergabe der Stadt Pilsen zu erkennen;³⁾ — und dies war nun der andere Grund, weshalb die katholische Armee am 11. Oktober in der Nähe von Pilsen aufzog.

Der Graf Buquoy opferte der Verhandlung mit Mansfeld elf kostbare

¹⁾ v. Reizenstein, Der Feldzug des Jahres 1621 S. 8 fg.; Gindely III S. 312.

²⁾ Memorial, 1618 Aug. (Archivium S. 281.) Bericht Neus 1619 März 4 (S. 318.) Entsprechend dem in letzterem Aktenstück erwähnten Marquisat nennt Mansfeld sich in seinem Testament (Billermont II 347) marquis de Castelnuovo et de Bentigliero (lies Buttigliera).

³⁾ Wolf-Breyer IV S. 433 Anm. 11.

Tage und nahm in der That die Erklärung des Abenteurers entgegen, daß er bereit sei, den alten Verrat am Hause Oesterreich durch einen neuen Verrat des Böhmenkönigs zu sühnen, — allerdings nur gegen die Bewilligung hochgespannter Forderungen: der Kaiser sollte ihn zum Reichsgrafen, der Erzherzog Albert zum Statthalter der Provinz Luxemburg erheben, und zur Verichtigung der Soldrückstände sollten ihm 400 000 Gulden gezahlt werden. Natürlich mußte Buquoy über solche Bedingungen erst an den Kaiser berichten, und so war eine sofortige Abmachung unmöglich; aber zwei Ergebnisse stellten sich alsbald aus diesen Verhandlungen heraus: einmal ein thatsächlicher Waffenstillstand zwischen Mansfeld und der katholischen Armee, welcher der letzteren freie Bewegung gegen das Hauptheer der Böhmen gewährte und den erstern gegen die Anfechtungen der verschiedenen kaiserlichen und bairischen Corps sicherte, sodann eine aus der Kasse des bairischen Herzogs unverzüglich geleistete Abschlagszahlung von 100 000 Gulden. Es ist schwer zu sagen, ob bei diesen Verhandlungen der eine wie der andere Teil neben dem augenblicklichen Vorteil auch die dauernde Ausöhnung ernstlich erstrebte. Zwischen Mansfeld und dem Hause Oesterreich stand doch der im Jahr 1610 verübte Verrat und die ganze Kette der seitdem vollführten Feindseligkeiten. Die tiefe Erbitterung des mächtigen Fürstenhauses gegen den Verräter hatte sich auch darin gezeigt, daß der Kaiser bereits am 19. Februar 1619 den Grafen von Mansfeld ganz besonders und allein in die Acht erklärte, wie er denn auch zwei Jahre später so weit gegangen sein soll, einen Preis auf seinen Kopf zu setzen.¹⁾ Allein auf der andern Seite, Ausöhnungsverhandlungen, wie die vom Jahr 1620, sehen wir auch in den folgenden Jahren hartnäckig immer wieder erneuert, und sie lassen sich kaum anders, als damit erklären, daß dem Grafen von Mansfeld vor den jeweiligen Schwankungen seiner gewagten Lage, dem Hause Oesterreich vor dem Wunsch, den immer gefährlicher werdenden Mann unschädlich zu machen, die Illusion einer beiderseitigen Verständigung immer wieder nahe trat. Eine Illusion freilich war es. Denn bei dem unter dem Kriegsspiel wachsenden Drange Mansfelds nach selbständigem Eingreifen in Krieg und Politik, bei seinem immer unbändigeren Hinausstürmen über die Schranken von Pflicht und Ehre war ihm die Unterordnung, wie sie ein regelrechtes Dienstverhältnis bei einer gefesteten Macht mit sich führte, nachgerade unmöglich geworden.

Wie es nun aber auch mit den weiteren Aussichten der Vergleichshandlung stehen mochte, einstweilen war Pilsen unschädlich für die kaiserliche Armee, und die kaiserliche Armee war unschädlich für Pilsen. In denselben Tagen aber, da diese Verhandlungen geführt wurden, neigte sich auch der große Krieg seiner endlichen Entscheidung zu. Die böhmische Armee unter dem Fürsten von Anhalt war, wie Maximilian vorausgesehen, auf die Kunde, daß der Feind seinen Marsch gegen Prag richte, zur Deckung der Hauptstadt aus Mähren heran-

¹⁾ Nach Villermont (I 284) im Februar 1621, nach Neuß (S. 93 A. 2) im Januar 1621. Die Maßregel wird aber in einem anonymen Schreiben (des Gr. Johann Georg von Zollern?) vom 3. Mai 1621 aus München dem Kaiser erst angeraten. (Kop. im Stuttgarter Archiv 121/5 Fasc. 2.)

gezogen. Sie lagerte jetzt zwei Meilen von Pilsen bei Rokizan; ihre Stärke betrug etwa 21000 Mann, darunter beinahe die Hälfte aus Reitern bestehend, während das kaiserlich-bairische Heer, dessen Bestand seit dem Ausbruch von Oesterreich durch die infolge nassen Wetters und mangelhafter Verpflegung ausgebrochenen Krankheiten furchtbar gelichtet war, an Infanterie doch wohl noch reichlich die doppelte Zahl, an Reitern einen bedeutend geringeren Bestand aufwies.¹⁾ Wie also nun die katholischen Streitkräfte von ihrem Standort vor Pilsen zum Fortzuge aufbrachen, trat alsbald die Frage an sie heran, wie sie sich gegen diese Armee zu verhalten hatten. Wäre es nach Maximilian gegangen, so hätte man noch von Pilsen aus, am 19. Oktober, einen Angriff gegen das feindliche Heer gewagt. Aber Buquoy zuliebe mußte man damals der Entscheidung ausweichen; und demselben Zauderer folgend, mußte man, als man, den Feind beiseite lassend, am 22. Oktober in nordöstlicher Richtung nach Rakonitz zog, und hier (27. Oktober bis 5. November) zum zweitenmal die böhmische Armee sich gegenüber fand, abermals der Entscheidung ausweichen und den Feind, der nach kleineren Gefechten eine schwer angreifbare Stellung gewonnen hatte, rechts zur Seite lassend, auf der Straße nach Prag vorangehen.

Jeder Fortschritt, den so die katholische Armee sich erzwang, war begleitet von dem fortschreitenden Zwiespalt zwischen dem kaiserlichen Feldherrn und dem Haupte der Liga. Schon die Fragen der militärischen Disziplin riefen täglichen Unwillen hervor. Maximilian lernte damals mit Grauen die Natur des Krieges kennen; so wenn er etwa sah, wie seine Söldner den oberösterreichischen Bauern die Lust zum Widerstand durch meilenweite Verbrennung der Dörfer legten, oder wie sie eine Besatzung, welcher er freien Abzug zugesichert hatte, überfielen und größtenteils niedermachten.²⁾ Er that, was er konnte, um solche Greuel zu hindern, und bis zu einem gewissen Grad vermochte er, ihnen Schranken zu setzen, weil seinen Truppen der Sold nicht abging, weil für Proviantzufuhren von Baiern her trotz gewaltiger Schwierigkeiten und zeitweiligen Stockens leidlich gesorgt wurde, und weil der Pflege kranker Körper und kranker Seelen eine verhältnismäßig große Aufmerksamkeit gewidmet wurde: mehrere Jesuiten, darunter drei aus München, übten Seelsorge im Heer, und barmherzige Brüder suchten den bei rasch ausbrechenden Seuchen ihnen allerdings über den Kopf wachsenden Pflichten der Krankenpflege zu genügen. Aber diese Vorbedingungen fehlten in dem Heer des Kaisers; kein Wunder, wenn die Greuel, die im ligistischen Heer einigermaßen gezügelt wurden, hier in doppeltem und dreifachem Maße über die preisgegebenen Lande und ihre Bewohner sich ergossen; wußte doch Maximilian gelegentlich seine eigenen Vorräte und seine eigenen Leute vor der Raubgier der kaiserlichen Söldnerbanden nicht zu schützen. Der unerbittliche Herzog war nicht der Mann, um für solche Schandthaten eine Entschuldigung

¹⁾ Krebs S. 195; v. Reichenstein S. 13. Ueber die ungeheuren Abgänge der bairischen Regimenter vgl. Reichenstein S. 18 Anm. 1. Die Berechnung der Stärke der kaiserlich-ligistischen Kavallerie hängt u. a. von der schwierigen Feststellung der Stärke der polnischen Reiter ab. Vgl. Krebs S. 102 mit S. 198.

²⁾ Krebs S. 45 Anm. 1.

gelten zu lassen. Es kam schließlich dahin, daß er über den Kopf Buquoy's hinweg bei Ferdinand selber Anklage gegen die kaiserliche Armee erhob.¹⁾

Noch tiefer greifend als dieser erste Zwist war ein zweiter über die Art der Kriegführung. In dem Maße wie der Winter näher kam, wuchs in Maximilian das Verlangen, die Ueberlegenheit der katholischen Streitkräfte zu einem entscheidenden Schlage zu benutzen, während Buquoy mit zunehmender Sehnsucht nach Winterquartieren in Mähren ausschaute. Der kaiserliche General, der zwei Jahre lang den Krieg ohne Entscheidung hingezogen hatte, schien kein sonderliches Bedenken zu haben, auch das dritte Jahr ergebnislos abzuschließen. Seinen Bedenklichkeiten und seiner Langsamkeit schrieb Maximilian es zu, daß zweimal die günstige Gelegenheit zur Schlacht veräußt wurde, und mit jedem Schritt, den man Prag näher kam, wurde es zweifelhafter, ob nicht Buquoy diesem Endziel und der vor der Hauptstadt des Feindes zu suchenden Entscheidung in letzter Stunde auswich. Vor allem dieser Gegensatz war es, der denn auch endlich, in den Tagen vom 26. Oktober ab, als das Heer nach Rakonitz marschierte und hier mit der feindlichen Armee scharmuzierte, die Gefahr eines förmlichen Bruchs herausbeschwor. Maximilian erklärte im Einvernehmen mit seinen Kriegsräten die Absicht, das Heer zu verlassen: eine Absicht, die ausgeführt für die Kriegführung der Verbündeten einen unermesslichen Verlust an Ansehen und Vertrauen bedeutete. Zum Glück für die Verbündeten war aber Buquoy maßvoll genug, um durch Unterwerfung unter Maximilians kühnere Kriegführung den Bruch zu verhindern. Als die beiden Feldherren von Rakonitz gen Prag voranzogen, geschah es in der Absicht, den Feind nach sich zu ziehen und unter günstigen Bedingungen zum Schlagen zu bringen.²⁾

Der erste Teil dieser Berechnung traf ein. Als am Morgen des 8. November gegen 9 Uhr die Vorhut der bairischen Armee — sie marschierte links, die kaiserliche rechts — nach einem anstrengenden Nachtmarsch über das Dorf Hostiwitz herauskam, sah sie vor sich das feindliche Heer — allerdings in einer Stellung, welche den zweiten Teil der Berechnung, daß man es nämlich in ungünstiger Stellung treffen werde, durchkreuzte. Auf dem Wege nach Prag dem katholischen Heer um einige Stunden vorauskommend, hatten die böhmischen Truppen auf dem Höhenzug des Weißen Bergs, dessen östliche Senkung in einer Wegstunde nach Prag führt, während der westliche Abfall sich mit 50—60 m nach dem Rande eines Baches mit breiten Sumpfstrecken neigte, Stellung genommen und waren eben beschäftigt, sich in Schlachtordnung zu fügen. Die Hauptmasse des Heeres, ungefähr 16 000 Mann zählend, wurde in kleine Truppenkörper aufgelöst, und diese in zwei Treffen längs des von Nord nach Süden beinahe drei viertel Stunden langen Berggrundes aufgestellt. Das erste Treffen lehnte sich rechts an einen ummauerten und stark besetzten Park und bestand aus elf durch Zwischenräume getrennten und abwechselnd aus Fußvolk und Reiterei gebildeten Abteilungen, von denen die den linken Flügel schließenden sechs Fähnlein des

¹⁾ Wolf-Breyer IV S. 432 Anm. 10. Das Schreiben ist vom 28. Okt., also aus einer Zeit, da Maximilian mit seinem Abzug drohte.

²⁾ Ich folge dem Peregrinus castigatus S. 18 fg.

Regimentes des jüngeren Thurn mit rund 1300 Mann die stärkste Schar ausmachten. Einen weiteren für eine regelrechte Schlacht wenig brauchbaren Bestandteil des Heeres bildeten die ungarischen Reiter, etwa 5000 Mann, welche als Reserve hinter die Hauptarmee aufgestellt wurden.

Als Tilly bemerkte, daß der Feind gestellt war, wollte er sich die Gelegenheit zur Schlacht — vielleicht die letzte, die sich bei der vorgerückten Jahreszeit bot — trotz der vorteilhaften Position des Gegners nicht noch einmal entgehen lassen; und um den kaiserlichen Truppen, die wie gewöhnlich noch nicht zur Stelle waren, das Ueberlegen zu sparen, ließ er seine Armee auf dem schmalen Durchgang, der über eine Brücke und einen Streifen festen Bodens über den Bach und die rechts und links sich hinziehenden Sümpfe führte, gegen den Fuß des Berges vorangehen. In der That sah sich Buquoy genötigt, nun auch seine Streitkräfte an den Saum des Berges und unter den Bereich zweier feindlicher Geschütze vorzuschieben und dann mit den Baiern gemeinsam die Schlachtordnung zu formieren. Die kaiserliche Armee stand zur Rechten, da wo der Berg, sanft und breit sich abdachend, einen leichten Aufstieg gewährt; die Baiern zogen links unter den steileren Abfall der Höhe. Beide Heere wurden schließlich das eine in drei, das andere in vier Treffen geordnet: jedes der ersteren enthielt als Kern zwei Infanterievierecke, aus je einem relativ vollzähligen oder zwei kleineren Regimentern bestehend und sowohl zu wuchtigem Angriff wie zu nachhaltiger Verteidigung bestimmt. Die Zahl der kaiserlichen Truppen mochte sich auf 11—12 000 Mann, die der Baiern ein wenig höher stellen; beide Heere zusammen mögen den böhmischen Streitkräften nahezu um die Hälfte überlegen gewesen sein.

Mehrere Stunden dauerte der schwierige Aufmarsch der katholischen Truppen, und es fehlte nicht an Offizieren, die dem Fürsten von Anhalt rieten, ihn gleich in seinen Anfängen durch einen kräftigen Vorstoß zu hindern. Allein der Fürst blieb bei dem Vorsatz, hinter einem langen Schanzgraben, an dem er mit höchst ungenügenden Mitteln arbeiten ließ, den Feind zu erwarten, er hoffte auch, daß derselbe bei der ihm bekannten Vorsicht Buquouys überhaupt nicht herankommen werde. Und in der That, als gegen 12 Uhr Herzog Maximilian einen Kriegsrat versammelte, erklärte sich Buquoy gegen das Wagnis einer Schlacht. Man konnte von unten in die Tiefe der feindlichen Stellungen nicht hineinsehen: wie nun wenn man hinter dem Rand des Berges auf Befestigungen und Hindernisse traf, an denen die Kraft des Angriffes abprallte? Der Rückweg vom Berg führte in den Morast am Fuße desselben: wie nun wenn die Reiterei in wilder Unordnung in diese Sümpfe zurückgeworfen wurde? Erst dadurch konnte ihm endlich die Zustimmung zur Schlacht abgerungen werden, daß ihm die noch größeren Gefahren eines Rückzugs oder eines Vormarsches längs der Seite des Feindes vorgestellt wurden, daß vor allem einer seiner eigenen Offiziere als Ergebnis seiner Refognosierung die Geringsfügigkeit und Unfertigkeit der feindlichen Verschanzungen darlegte. Auch jetzt aber durfte ihm zuliebe in dem gefaßten Beschluß das Wort „Schlacht“ nicht vorangestellt werden: der Ansturm gegen die Höhe mußte als ein „großes Scharmügel“ bezeichnet werden, das erst dann zur Schlacht werden sollte, wenn man nach gewon-

nener Höhe den Feind nicht etwa in rückwärts gelegenen Verschanzungen sich bergen sehe.¹⁾

Freudige Zuversicht war es also gerade nicht, die über den militärischen Erwägungen vor der großen Entscheidung stand. Einen Ersatz für diesen Mangel mußte das religiöse Feuer bieten, welches die obersten Führer beseelte und wohl auch einen Teil der wilden Söldner ergriff. Neben seinen Jesuiten hatte Maximilian noch einen als heiligmäßig verehrten Mann, den italienischen Karmeliter Dominikus a Jesu Maria, zu seiner Armee gezogen. Der hatte die Hauptfahne des herzoglichen Heeres, die das Bild der Jungfrau Maria trug, geweiht, hatte dann den Herzog und die Häupter seines Hofstaates mit der kostbarsten Gabe seines Ordens, mit dem Skapulier bekleidet, welches denen, die es gläubig trugen, neben vielen Ablässen die ganz besondere Hülfe der Gottesmutter im Fall des Todes verbürgte; jetzt, da er die Führer vor dem Entscheidungskampf mit den Regern schwanken sah, drang er in ihren Rat ein und forderte sie mit entflammtem Eifer auf, den Mut zum Siege aus dem Glauben an die Hülfe Gottes, der heiligen Jungfrau und aller Heiligen zu schöpfen. Sein Wort gebot den Zweiflern Schweigen; und wie dann vor und nach der endlich beschlossenen Schlacht die Ordensmänner sich unter den Truppen bewegten, Zuspruch erteilend und Beichte abnehmend, wie der Herzog das Feldgeschrei „Sancta Maria“ ausgab, ging etwas von dem Geist des Mönches, wie durch die Führer, so auch durch die Armee.

Der erste Angriff fiel, entsprechend den Bodenverhältnissen, dem kaiserlichen Heere zu und richtete sich gegen den feindlichen linken Flügel. Bis zu dem Zeitpunkt, da man von der Höhe des Berges die dichten Massen der kaiserlichen anrücken sah, hatte der Fürst von Anhalt seine Truppen unbeweglich zusammengehalten; er rechnete, daß bei dem Aufstieg und den Wirkungen zweier Geschütze, die in einer Schanze vor dem böhmischen linken Flügel standen, die Reihen des Feindes in Unordnung geraten würden, und daß dann für den vernichtenden Stoß die Stunde schlagen werde. Aber in dieser Rechnung auf die Kaltblütigkeit und den Mut seiner Truppen sollte er eine furchtbare Enttäuschung erfahren. Als die den linken Flügel abschließenden sechs Fähnlein des Regimentes Thurn das rechts im ersten Treffen der kaiserlichen marschierende Infanterieviereck stetig sich nähern, und dann einige Reitercompagnien, die ihm endlich entgegengeschickt waren, vor der kaiserlichen Kavallerie zurückweichen sahen, gingen die Musketiere vor und brannten, als der Feind noch 3—400 Schritte von ihnen entfernt war, hastig und ziellos ihre Gewehre ab, um sich dann, von panischem Schrecken ergriffen, in die Flucht zu werfen und die Pikeniere mit ihrer Angst anzustecken. Dies Beispiel der Feigheit war verhängnisvoll für die Haltung des gesamten linken Flügels der Böhmen. Die weiteren Versuche, aus den lose aufgestellten Abteilungen desselben festere Massen zusammenzufügen und dem Andrang der

¹⁾ Diese Erklärung des Begriffs „Scharmützel“, dessen Beschluß in der Darstellung der von Tilly ausgehenden *Dichiarazione* (zuletzt handelt darüber Niezler in den *Sitzber. der Münchener Akademie* 1897 S. 425 fg.) schwer begreiflich erscheint, in dem Berichte Lichtensteins im *Archiv f. österr. Geschichte* 56 S. 6.

Kaiserlichen entgegenzuwerfen, verliefen erfolglos; der ganze linke Flügel der böhmischen Armee geriet im Verlauf von etwa einer halben Stunde in Auflösung und Flucht. Was jetzt noch den Sieg der katholischen Armee hemmte, war der Umstand, daß inzwischen die bairische Armee auf dem steileren Abhang viel langsamer vorankam, sodann daß aus der Mitte der böhmischen Stellungen der Sohn des Fürsten von Anhalt mit seinem Reiterregiment einen glänzenden Angriff gegen den linken Flügel des ersten Treffens der kaiserlichen Armee unternahm, der zeitweilig nicht nur die Reiterei, sondern auch das hier marschierende Infanterieviereck ins Wanken brachte, bis ein von Tilly angeordneter Flankenangriff eines bairischen Reitercorps das Regiment zersprengte und seinen tapferen Führer in Gefangenschaft brachte. Darüber gewann auch das bairische Vordertreffen gegen die vom rechten böhmischen Flügel einzeln ihm entgegengeworfenen Reiterabteilungen Boden. Und wie nun die kaiserliche Armee, als sie in gerader Richtung keinen Feind mehr gegenüber hatte, eine Linkschwengung vollzog, sah sich der Rest des böhmischen Heeres von vorn durch die Baiern, von der Seite durch die Kaiserlichen angegriffen. Da war die Schlacht entschieden. Die große Masse des böhmischen Heeres eilte in wilder Flucht auf Prag zu, allen voran die ungarischen Reiter, von denen nur ein Teil sich einmal aus dem Hintertreffen gegen die Kaiserlichen vorgewagt hatte, dort aber von den polnischen Reitern übel zurückgewiesen war. Nur wenige Truppen, vor allem das mährische Infanterieregiment unter Graf Heinrich Schlick, wehrten sich bis zum Tod oder zur Gefangennahme. Lange konnten aber auch sie den Ausgang nicht hinauszuziehen. Nach Verlauf von mehr als einer und weniger als zwei Stunden war die Schlacht beendet. Die Verluste, welche sie erlitt, reichten nicht von weitem heran an die Opfer, welche während des Feldzugs Krankheit und Hunger gefordert hatten. Auf dem Schlachtfelde selber zählte man einige Tage nachher nur 1600 Leichen.¹⁾ Viele Flüchtlinge waren außerdem in der Moldau umgekommen, und an Verwundeten zählte man unter den verhältnismäßig wohl am besten davongekommenen Baiern 350 Mann.

Aber so mäßig die Verluste, so groß waren die Folgen der Schlacht. Als die flüchtigen Truppen sich in Prag geborgen hatten, sahen sie sich in einer beinahe offenen Stadt: die schlaffe Regierung hatte eben nichts gethan, um die ganz unzureichenden Befestigungen zu verstärken. Natürlich wurde die Entmutigung darüber noch größer; daneben erhoben sich aber auch noch andere Empfindungen. Zwischen den Soldaten, die ihre Soldrückstände forderten, und der Regierung, welche ihnen ihre Plünderungen vorrechnete, hatte sich längst ein nahezu feindliches Verhältnis gebildet; jetzt, als die zerlumpten und hungernden Banden sich in die Stadt ergossen, fürchtete man von ihnen statt der Verteidigung eine Plünderung; die Bürger machten sich zur Abwehr bereit. Das war ein Ende der Dinge, welches zu einem Urtheil über das Gesamtergebnis des Waltens der revolutionären Regierung herausforderte; und dieses Urtheil, mochte es sich auf die Zustände des Landes oder der Haltung der Regierung beziehen, fiel

¹⁾ Gindely III S. 345 Anm. Daß darunter kloß die Toten der böhmischen Armee zu verstehen sind, ist wohl nicht anzunehmen.

schlimm aus. Jene verzweifelte Selbsthilfe, an welche die Prager Bürger dachten, hatte man in verschiedenen Teilen des Landes schon seit dem Sommer des Jahres 1619¹⁾ in Gestalt vereinzelter Bauernaufstände ins Leben treten sehen: es waren wütende Gegenschläge gegen die Räubereien der eigenen Truppen und gegen die Steuerforderungen der Regierung, nicht ohne daß in den an Sachsen angrenzenden nördlichen Gebieten sich der lutherische Abscheu gegen den calvinischen Geist der Regierung damit verbunden hätte.²⁾ Innerhalb der Regierung sodann war unter den czechischen Landesbeamten, welche die Geschäfte eigenmächtig leiteten, die Vorliebe für den herbeigeholten Scheinkönig schon vielfach erloschen, weil er die fremde Bundesgenossenschaft, mit der er geprahlt hatte, nicht zu beschaffen vermocht hatte; die Staatsmänner und Offiziere Friedrichs V. dagegen erfüllten sich mit wachsendem Widerwillen gegen diese adelichen Herren, die mit gieriger Hand nach der Macht griffen, aber auch in der höchsten Not das Ansinnen, aus ihren Gold- und Silberschätzen freiwillige und reichliche Spenden darzubringen, schnöde zurückwiesen.

Bei solchen Stimmungen und unter einem indolenten Haupte, wie Friedrich V., war es erklärlich, wenn auf den Zusammenbruch der Heeresmacht der Zusammenbruch der Regierung folgte. Aber wie die Auflösung sich wirklich einstellte, übertraf sie doch die schlimmsten Erwartungen. Schon am Tage nach der verlorenen Schlacht eilte Friedrich V., begleitet von den Räten und Generalen, die er aus dem Reich mitgebracht, und einigen Führern des böhmischen Aufstandes, wie Ruppä und Thurn, in hastiger Flucht nach Breslau. Am 9. und 10. November zog die siegreiche Armee in die sich bedingungslos unterwerfenden Prager Städte ein, und am 13. empfing Herzog Maximilian von den in der Hauptstadt anwesenden Ständen im Namen des Kaisers die Huldigung: ganz wie in Oberösterreich war es eine vorläufige Huldigung, bei der jede Bestätigung der Landesrechte vermieden wurde. So vollständig war die Abspannung, welche in der Hauptstadt jetzt eintrat, daß Maximilians kräftige Hand nicht länger dort nötig war. Am 17. November, nachdem er sich in der kaiserlichen Vollmacht einen Landsassen des Kaisers, den Fürsten Karl von Sichtenstein, substituiert hatte, trat er seine triumphierende Heimreise an.

Auch auf andern Kriegsschauplätzen der österreichischen Hauslande hatten sich inzwischen die Dinge günstig für den Kaiser gewandt. Am 25. September, als die bairisch-kaiserliche Armee erst seit einigen Tagen die böhmische Grenze überschritten hatte, vernahmen ihre Führer, daß ihr Beispiel endlich auch dem Kurfürsten von Sachsen den Mut zum Einbruch in die Lausitz gegeben hatte. Am 13. dieses Monats hatte er die Belagerung von Bautzen begonnen; nach drei Wochen mußte die Stadt sich ergeben, und im Lauf des Novembers vollzogen bereits die Stände der Niederlausitz ihre Unterwerfung unter den Kurfürsten als Stellvertreter des Kaisers. Man durfte jetzt hoffen, daß die noch übrigen Lande der böhmischen Krone, also die Oberlausitz, Schlesien und Mähren, nicht lange mehr im Aufstand verharren konnten. Auch aus Ungarn

¹⁾ Spatek, Kulturhistor. Bilder aus Böhmen S. 160 fg.

²⁾ Vgl. den Bericht vom Februar 1620 in der Anhaltischen Kanzlei S. 155 (Ausg. 1625).

waren noch während des Feldzugs ermutigende Nachrichten eingetroffen. Jener Angriff, den Bethlen auf dem rechten Donauufer gegen Unterösterreich unternahm (S. 77), brach sich zunächst an dem mutigen Widerstand der Grenzstadt Haimburg, und wurde vollends vereitelt, als der ihm entgegengeschickte Oberst Dampierre eine Abteilung seiner Truppen bei Schloß Laggenbach am 1. Oktober zersprengte. Allerdings daß dieser thatkräftige Offizier acht Tage später, als er die Vorbereitungen zur Einnahme des Schlosses von Preßburg traf, einen tödlichen Schuß erhielt, brachte die Erfolge der kaiserlichen Truppen wieder zum Stehen, und Ungarn war unter den Hauslanden Ferdinands dasjenige, welches ihm noch die größten Sorgen bereitete.

Aber vergessen wir nicht, wie der Krieg vorbereitet war, sollte er nicht bloß in den kaiserlichen Hauslanden, er sollte auch im Herzen des deutschen Reiches aufgehen. Und da war es denn ein für die weitere Entwicklung der Dinge verhängnischweres Ereignis, daß diese Eröffnung des Krieges im Reich, in Gestalt des Angriffs einer spanisch-niederländischen Armee gegen die Pfalz, inzwischen ebenfalls erfolgt war. Unter vielen Bedenken hatte sich, wie wir sahen, Erzherzog Albert zu diesem Angriffe entschlossen, und noch in letzter Stunde hatte ihn der Ulmer Vertrag in seinem Vornehmen irre gemacht. Wie er indes die begonnenen Anstalten nicht einfach rückgängig machen konnte, hatte er trotz seiner neuen Bedenken die einzelnen Abteilungen des gegen die Pfalz und die Union gesammelten Heeres aufbrechen lassen, damit sie, wie es festgesetzt war, zum 18. August bei Koblenz sich auf alle Fälle vereinigten. Fürs erste wollte er dort am Rhein, auf kurtrierischem Gebiet, eine abwartende Haltung einnehmen. Was ihn in diesem Beschluß des Abwartens bestärkte, war nicht nur die Billigung Philipps III.,¹⁾ sondern auch ein weiterer seine ursprünglichen Berechnungen durchkreuzender Zwischenfall: nämlich der Einspruch des Kurfürsten von Sachsen gegen die sofortige Achtung des pfälzischen Kurfürsten. Der Herzog von Baiern hatte diesem Einspruch Rechnung getragen, und zwar um so lieber, da er nach dem glücklichen Abschluß des Ulmer Vertrags die Union nicht durch die Achterklärung vorzeitig wieder gereizt sehen wollte; er führte nun den Krieg in Böhmen einfach als Unterstützung des Kaisers gegen die in dessen eigenen Landen hausenden Empörer und Usurpatoren. Aber anders stand es doch mit dem beabsichtigten Einbruch der spanisch-niederländischen Armee ins Reich. Von Anfang an hatte man zur Rechtfertigung desselben die Acht für nötig gehalten; sollte er jetzt bloß auf den primitiven Grund hin gewagt werden, daß der Räuber kaiserlicher Erblande von dem Bundesgenossen des Kaisers in seinem eigenen ererbten Besitz heimgesucht werden dürfe? Hiergegen legte vor allem der spanische Gesandte am kaiserlichen Hof seinen gewichtigen Widerspruch ein. Der Kaiser selber, geteilt zwischen dem Wunsch, sowohl Baiern und Sachsen als den Gesandten Dñate zu befriedigen, allen Rücksichten aber den unverzüglichen Angriff der Pfalz voranstellend, wußte schließlich keinen andern Ausweg,

¹⁾ Albert an Philipp III., 1620 Juli 19. Philipp III. an Albert, Aug. 5. (Brüsseler St. A. Secrét. d'Espagne n. 9.) Demgemäß auch des Beckius Erklärung an die englischen Gesandten, August 3, daß „keine gewisse Resolution (über das Ziel der niederländischen Armee) noch zur Zeit gefaßt“ sei. (Sondorp II S. 177; Sindely III S. 266.)

als daß er — es war am 3. September 1620 — dem Erzherzog Albert zwei Originalien der fertig gestellten Achterklärung gegen Friedrich V. zusandte, mit dem Anheingeben, die Veröffentlichung nach eigenem Ermessen vorzunehmen oder zu unterlassen. Hiermit war die Verlegenheit Alberts natürlich nicht vermindert, sondern vermehrt. Nach langem Bedenken entschied er sich endlich ebenfalls für die Hintanhaltung der Acht.¹⁾ Als Legitimation empfing der Führer seiner Streitkräfte nur ein kaiserliches Patent, das auf der nötigen Bekämpfung der Feinde und Rebellen des Kaisers fußte.²⁾ Natürlich aber mußte dieser neue Zwischenfall neue Störungen im Fortgang von Alberts kriegerischen Maßregeln bewirken.

Und zu allem andern traten auch noch unmittelbare Bedrohungen an ihn heran. Die immer näher rückende Gefahr des Angriffes auf die Pfalz hatte den König Jakob am Ende doch zu einem neuen Eingreifen veranlaßt, zunächst freilich nur in Gestalt des abermaligen Angebots seiner mißachteten Friedensvermittlung. Als jedoch die Gesandten, die zu dem Zweck nach Deutschland abgingen, zuerst, in den letzten Tagen des Juli, in Brüssel vorsprachen, hatten sie hier, im Hinblick auf die Kriegsrüstungen des Erzherzogs, die ernste Erklärung abzugeben, daß ein Angriff gegen die Pfalz ihren König in die Waffen rufen müsse. Damit trat die Gefahr eines Bruches mit England, den man in Spanien aufs höchste scheute, vor Augen. Und näher noch als diese eine Gefahr rückte die eines sofortigen Zusammenstoßes mit den Generalstaaten. Dem deren Neigung, der Union durch Zusendung von Streitkräften zur Seite zu treten, war mit der Wahrscheinlichkeit des Einbruchs der Spanier ins Reich gewachsen. Sie hörten jetzt auf, ihr bewaffnetes Eingreifen von demjenigen Englands abhängig zu machen, und um die Mitte des Monats August nahm Prinz Moriz von Dranien, umgeben von sieben Deputierten der Generalstaaten, sein Quartier in Arnheim, um von hier aus den Einmarsch Spinolas mit der Zusendung eines staatlichen Hülfscorps an die Unierten zu beantworten. Verfügbar für diesen Zweck war beinahe die gesamte staatliche Kavallerie im Betrag von 2100 Mann, ferner 3—400 Musketiere und jenes unter dem Obersten Vere von England herangezogene Regiment von 2000 Mann.

Solche Bedrohungen und Schwierigkeiten waren es, welche den Erzherzog noch einmal in seinem kriegerischen Vorgehen zaudern ließen. Aber der frische Ruf zur That ergab sich auch für die spanische Armee aus dem Vorgehen des bairischen Herzogs gegen Oberösterreich und der dadurch geweckten Hoffnung auf die Nachfolge Sachsens. Am 22. August ließ Spinola, der sich in Koblenz eingefunden hatte, sein Heer den Rhein überschreiten und trat nun den Vormarsch an: erst auf Limburg an der Lahn, dann in der Richtung auf Frankfurt. Die Armee zählte nach einer mittleren Schätzung 16 000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter;³⁾ aus alten Regimentern und dem Kerne nach aus alt-

¹⁾ Ferdinand II. an Erzhrz. Albert, 1620 Sept. 3. Albert an Philipp III. Dez. 28. (Brüsseler St. A. Secrétairerie allemande n. 153. Secrét. d'Espagne n. 9.)

²⁾ Vom 10. Juli (a. a. D.).

³⁾ Carleton, Sept. 2 (Letters S. 487). Trumbull nahm 18 000 Mann im ganzen an. Notiz Nauntons zu dem Bericht Carletons vom 18. August (S. 485). Barra (Morel-Jatio

gebienten Soldaten bestehend, war es vielleicht die kriegstüchtigste Macht, die bis dahin ausgerückt war. Hatte sie den Auftrag, sich nach Osten gegen Böhmen oder nach Süden gegen die Rheinpfalz zu wenden? Die Gegner wußten es nicht gewiß;¹⁾ aber wie sie schon bei den Ulmer Verhandlungen den Angriff auf die Pfalz als die größte Gefahr fürchteten, so hatte der Markgraf von Ansbach nach Abschluß des Ulmer Vertrags die Unionstruppen zum Schutz dieses Landes hinabgeführt und erwartete nun in einer Stellung hinter Frankfurt am linken Main den Anzug Spinolas. Durch Heranziehung von Truppen, die in der Pfalz lagen, war die Unionsarmee auf angeblich 9000 Mann zu Fuß und 3100 Reiter gestiegen, zu denen noch aus dem pfälzischen Landesaufgebot 5000 Mann zu Fuß und 700 Reiter kamen:²⁾ eine Streitmacht, die an Zahl hinter derjenigen des spanischen Feldherrn nicht wesentlich zurückzustehen schien, leider nur, daß das Landesaufgebot im Feld nicht ernstlich zu brauchen war, und daß die wirkliche Zahl der gesunden Fußtruppen einige Wochen nachher von dem Unionsgeneral auf etwa 5000 Mann angegeben wurde.³⁾ Was wäre wohl aus dieser Armee geworden, wenn Spinola mit derselben Unerbittlichkeit gegen sie angegangen wäre, wie Herzog Maximilian gegen die der Böhmen!

Aber sei es daß Spinola sich von einer ähnlichen Uebervorsicht leiten ließ, wie Buquoy; sei es daß er die im Verfall begriffene Union nicht zur Verzweiflung treiben und dadurch befestigen wollte, genug, er wich dem offenen Kampfe aus und suchte dem Gegner durch kunstgerechte Märsche den Vorteil abzugewinnen. Wenige Stunden vor Frankfurt angelangt, wandte er sich plötzlich nach dem Rhein und überschritt am 4. September den Strom bei der Stadt Mainz. Als darauf die Unionsarmee auch ihrerseits über den Rhein nach Oppenheim zog, lockte er sie aus der hier genommenen Stellung durch einen scheinbaren Zug gegen die Stadt Worms heraus, um dann, als die Unierten sich schleunigst vor diesen Platz legten, die kurpfälzische Stadt Oppenheim zu überrumpeln und hier sein Hauptquartier aufzuschlagen. Teils vor, teils nach dieser Festsetzung ließ er rheinabwärts die kurpfälzischen Orte Ingelheim, Bacharach und Caub einnehmen, weiter eine Kette von Plätzen, die meistens zu Kurpfalz, Simmern und Zweibrücken gehörten und an der Nahe und Simmer aufwärts, dann über den Hunsrück und Idarwald bis an die Mosel reichten: von Kreuznach bis Trarbach. Die Absicht war, sich ein Gebiet zu sichern, das mit

S. 355) läßt das Heer aus etwa 17000 Mann zu Fuß und 4000 Pferden gebildet werden, bemerkt aber, daß es sich bei der Musterung am 20. Aug. *infirmior en numero de lo que se havia esperado* befand (S. 357). Das Regiment Cordubas z. B. zählte 1700 Mann (S. 358) statt 2000 (S. 355). Die Rechnung von Noubaulx de Saumoy (Ausg. von Cornet, *Guerres du Palatinat* II S. 12 Anm.) stimmt schon in der Angabe der Regimenter nicht mit Barra.

¹⁾ Carleton, Sept. 5 (S. 490); Zeidler, Aug. 29 (Müller III S. 400); Gindely III S. 266, 268 fg.; die bei Londorp II S. 171 gedruckte Instruktion Philipps III. (Juni 28) scheint eine Fälschung zu sein.

²⁾ Carleton, 1620 Juli 20. (Letters S. 479.) Die Liste bei Heilmann II S. 88 scheint auf großen Ueberschätzungen zu beruhen.

³⁾ Rommel VII S. 397 Anm. 423. (Für das Datum vgl. S. 396 Anm. 420.) Rechnung des Grafen von Nassau, 1621 Febr. 24, daß die wirkliche Zahl auf ein Drittel der Sollziffer zurückgegangen sei. (Londorp I S. 1361a, in der Ausg. 1627.)

den Landen der geistlichen Kurfürsten und der niederländischen Provinz Luxemburg ein leidlich zusammenhängendes Ganzes und somit eine geeignete Grundlage zu weiteren Operationen gegen die Rheinpfalz bildete. Zugleich schob er, indem er das südwestlich von seinem Hauptquartier gelegene Städtchen Alzei besetzte, seine Vorposten in bedrohliche Nähe an das Unionslager bei Worms. So weit gekommen, hielt der vorsichtige Feldherr aber inne. Weber wagte er das feindliche Heer, noch einen der drei vornehmsten Plätze der Rheinpfalz, nämlich Heidelberg, Mannheim oder Frankenthal, anzugreifen. Ebenjowenig wagte freilich auch die Unionsarmee aus ihrer defensiven Stellung herauszugehen. Wohl war es für sie eine vorübergehende Ermutigung, als am 4. Oktober die von Holland unter Führung des Grafen Heinrich Friedrich, des Bruders des Prinzen Moriz, gesandten Hülfsstruppen bei Rumpenheim den Main überschritten und sich dann mit ihr verbanden. Allein dauernd kam von dieser Hülfe nur das englische Regiment der Pfalz zu gute, während Graf Heinrich mit der staatlichen Kavallerie schon am 2. Dezember zur Heimkehr nach Holland über den Main zurückging, wie es scheint, sehr wenig über die Kriegsführung des Unionsgenerals erbaut.

So kam unter beiderseitiger Unentschiedenheit der Winter heran, um den kriegerischen Unternehmungen vollends Stillstand zu gebieten. Die nächste Sorge für Spinola war jetzt, die Truppen in den occupierten Gebieten in die Quartiere zu verteilen. Mit Behagen mochte er dabei auf den reichen Segen des pfälzischen Bodens, auf die in Oppenheim, Kreuznach und Alzei aufgehäuften Vorräte an Wein und Getreide sehen. Alzei, so hieß es, ist das vornehmste Getreidemagazin und Weinlager der ganzen Pfalz; ¹⁾ die Einkünfte des dortigen Amtes an Früchten gehen über die von vier bis fünf anderen pfälzischen Ämtern hinaus. ²⁾ Und Spinola war entschlossen, diesen Reichtum auszubeuten. Nicht lange vorher, als in Böhmen das Heerwesen unter dem Mangel an Geld zusammenzubrechen begann, hatte Mansfeld vorgeschlagen, nicht nur die Nahrungsmittel der Truppen, sondern auch einen Teil ihres Solbes durch eine regelrecht auf das umliegende Land verteilte Kontribution aufzubringen, nach einem „bei den anderen Nationen vielfach geübten Brauch“. ³⁾ Die böhmischen Stände hätten nicht gewagt, für eine solche Art der Besteuerung die Verantwortung zu übernehmen. Aber der spanische Feldherr, der wußte, wie knapp das Geld bei seiner Regierung war, und wie hoch die Anforderungen im nächsten Jahr, da der niederländische Waffenstillstand ablief, steigen mußten, hatte keine derartigen Bedenken: er ließ die Steuer, wahrscheinlich nach Maßgabe der Schatzungsregister, auf die Gemeinden umlegen und richtete zwei Behörden ein, die eine für die Einnahme, die andere für die Verteilung der Gelder und Vorräte, und so wurde, sagt einer seiner Offiziere, ⁴⁾ der größere Teil der Armee

¹⁾ Carleton, 1620 Sept. 23. (Letters S. 493.)

²⁾ H. Johann von Zweibrücken an Gr. Johann von Nassau, 1620 Okt. 17. (Berliner St. A. Unionsakten Bd. 25.)

³⁾ Apologie pour le comte de Mansfeld S. 18.

⁴⁾ Jbarra bei Morel-Jatio S. 394. — Am 19. Jan. 1621 erteilt auch Philipp III. einen dahin gehenden Auftrag. (Brüsseler St. A. Secrétairerie d'Esp. n. 9.)

Ritter, Deutsche Geschichte 1555–1648. III.

unterhalten, ohne daß man an das Geld des Königs zu rühren brauchte. Es war ein neues System der Besteuerung, welches in Deutschland mit fürchtbarer Sicherheit die Kargheit der steuerbewilligenden Stände überwinden sollte und bei seinem gewaltsamen Charakter über den Unterschied von Feinden und Neutralen leicht hinwegging. Schon im Lauf des Winters, da die pfälzischen Quartiere und Lieferungen nicht ausreichten, trug Spinola kein Bedenken, einige Truppenteile nach Weßlar, Friedberg, Gelnhausen und angrenzenden Gebieten der Wetterauer Grafen zu verlegen und hier von Grafen und Städten ähnliche Leistungen zu fordern.¹⁾

Während aber so der Krieg stille stand, ohne daß sein Druck nachließ, ging die Entwicklung der Dinge auf anderem Wege weiter. In der Union trat jetzt die längst vorbereitete Krisis ein. Entmutigt waren die Unionen schon längst durch die Erfahrung, daß sie ihre Mittel zu früh verbraucht hatten. Nun aber kam, um ihre Stimmung vollends niederzudrücken, noch ein weiteres hinzu: am 14. Mai 1621 lief der Termin ab, bis zu dem der Bundesvertrag im Jahr 1617 erneuert war (II 425). Zu der Frage, ob man die Mittel aufbringen könne, um weiter zu kämpfen, gesellte sich also die fernere Frage, ob nicht in einigen Monaten alles zusammenbrechen werde. Außerlich angesehen, schien nun freilich die Union gerade unter diesen Schwierigkeiten sich aufzuffen zu wollen. Auf die Ulmer Tagssatzung vom Juni 1620 folgte eine zweite zu Worms im September und eine dritte wieder in Worms im Monat Dezember. Im Abschied der ersten Versammlung zu Ulm wurden 50 Monate, in dem der zweiten ebensoviel, in der dritten 15 Monate bewilligt, und die Beteuerung, daß man von der Verteidigung der Pfalz nicht ablassen wolle, wurde kräftig wiederholt. Aber in anderem Lichte zeigte sich diese Betriebsamkeit, wenn man auf die Beteiligung an den Versammlungen sah. Daß von den Städten nur die drei vornehmsten, Nürnberg, Straßburg und Ulm, erschienen, war man längst gewohnt; bei der zweiten Wormser Versammlung jedoch fehlten auch diese. Die fürstlichen Mitglieder, einschließlich der Grafen von Dettingen, waren bei der Ulmer Versammlung noch vollzählig vertreten gewesen, bei den Tagssatzungen zu Worms fanden sich nur noch der Herzog von Zweibrücken, der zugleich Kurpfalz vertrat, nebst Ansbach, Württemberg und Baden ein. Und auch auf diejenigen, welche sich noch auf dem Platze fanden, ließ sich nur teilweise rechnen. Unter den führenden Städten that sich Straßburg dadurch hervor, daß es bei dem ersten Wormser Tag statt 50 nur 35 Monate bewilligte und dann, als es im Dezember die Beschiedung der neuen Tagssatzung ablehnte, die Erklärung abgab: ein Waffenstillstand mit Spinola sei nötig, und ein darauf folgender Friede zu wünschen, „weil — so schloß die Erklärung — die Last (des Kriegs) unerschwinglich ist, und man zu andern Mitteln unvermeidlich wird greifen müssen“.²⁾ Indem die Stadt diese Worte aussprach, griff sie auch schon auf eigene Hand

¹⁾ Ueber die Geldbesteuerung der Nassauer u. a. Wetterauer Grafen vgl. Gr. Johann von Nassau an Corduba, 1622 März 5. (Documentos inéditos 54 S. 115. Vgl. Gindely IV S. 139.) Ueber die Naturalabgaben der Wetterauer Städte die Berichte Losadas in Documentos B. 54.

²⁾ Resolution an Ansbach 1620 Dez. 9. (Berliner St.N. Unionsakten B. 38.)

zu anderen Mitteln: sie ließ im stillen bei Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt anfragen, unter welchen Bedingungen ihre Ausföhnung mit dem Kaiser zu bewirken sei.¹⁾ Und nicht anders als Straßburg dachte die große Masse der kleineren Städte.

Auch unter den Fürsten regte sich der Abfall. Noch bevor die erste Wormser Tagssatzung begann, zu Anfang des Monats September,²⁾ sehen wir den Herzog Johann Friedrich von Württemberg in eine Verhandlung mit dem Kaiser eintreten, in welcher er zunächst unvereinbare Dinge zu vereinigen sucht, nämlich ein freundliches Einvernehmen mit dem Kaiser und die Verteidigung der Pfalz gegen die Waffen Spinolas. Da aber zeigte sich's, daß auch Ferdinand II. mit dem Ablauf des Unionstermins rechnete, und daß er demgemäß den Zeitpunkt für gekommen hielt, um den großen Angriff, der gegen Böhmen begonnen und gegen die Pfalz ausgedehnt war, nun auch gegen den protestantischen Bund zu richten. Wie einst im Jülicher Erbfolgekrieg Rudolf II. die Union zu den gesetzwidrigen Bündnissen gerechnet hatte (II 343), so gab ihr jetzt auch Ferdinand schuld, daß sie gegen die Gesetze des Reichs und gegen die kaiserliche Autorität gerichtet sei: als Preis der Verständigung mit dem Herzog verlangte er seinen Austritt aus diesem Bündnis. Nun war der Herzog freilich bei der Hand, seine bisherige Politik zu verteidigen, allein da er die Separatverhandlung mit dem Kaiser fortsetzte, und dabei zur Unterwerfung gedrängt wurde von seinem Bruder Ludwig Friedrich, der für die ihm zugefallene Grafschaft Mömpelgard hangte, von seinen Landständen, seinem Kirchenrat und seiner Universität, welche das Herzogtum zwischen der österreichischen und bairischen Uebermacht mit dem Untergang bedroht glaubten und nebenbei die Verbindung mit den Calvinisten, sowie die Auflehnung gegen die kaiserliche Hoheit verabscheuten —, so wurde er dem letzten Ziel, nämlich der Preisgabe Friedrichs V. und der Lossetzung von der Union, unvermeidlich entgegengetrieben. Und diesem selben Ziel strebten unter den in Worms nicht vertretenen Fürsten der Markgraf Christian von Kulmbach und, merkwürdigerweise, die Teilfürsten des Hauses Anhalt zu. Unter letzteren war der älteste, Johann Georg von Anhalt-Deßau, im Mai des Jahres 1618 gestorben. Während nun Christian von Anhalt-Bernburg sein Geschick an dasjenige des pfälzischen Kurfürsten kettete, scheint Johann Georgs Sohn und Nachfolger, Johann Kasimir, und scheinens Christiains Brüder — der Fürst August in Plözkau, Ludwig in Köthen und Rudolf in Zerbst — die drohende Achterklärung und damit den gefährdeten Bestand ihres Fürstentums mit anderen Augen angesehen zu haben; sie suchten die Gefahr wenigstens auf den kleinen Bernburger Teil, der dem Fürsten Christian bei ihrer Teilung von 1603 zugefallen war, zu beschränken, indem sie sich der Verbindung mit den Böhmen enthielten und in den Angelegenheiten der Union eine laue Haltung einnahmen.

Ueberhaupt fanden sich bei näherem Zusehen nur zwei Fürsten, welche die

¹⁾ Meuß in der *Asatia* 1867 S. 389.

²⁾ Kaiserl. Resolution, 1620 Sept. 9. (*Sattler VI Beil. S. 135.*) Ueber die Einleitung dieser Unterhandlung *Senckenberg XXIV S. 552* fg.

Aufgabe der Union mit hohem Sinne auffaßten. Nicht zählte zu ihnen der Ansbacher Markgraf Joachim Ernst: in dem war angefihts der Ueberlegenheit der Feinde und der Erkenntnis seiner eigenen Unfähigkeit der frühere Drang nach Umsturz und Krieg dem Kleinmut und der Fürsorge für einen zeitigen Rückzug, ähnlich wie sie Württemberg hegte, gewichen. Der eine von ihnen war vielmehr der Markgraf Georg Friedrich von Baden, der tapfer darauf bestand, daß man den begonnenen Kampf, unbekümmert um den Ausgang, zu Ende kämpfen müsse; der andere war Landgraf Moriz von Hessen, der jetzt in eine Zeit aufreibender Thätigkeit eintrat. In dem großen Zusammenhang, in dem der gelehrte Landgraf die Dinge zu sehen pflegte, erschien ihm deutlicher wie je, sowohl sein besonderes Interesse der Behauptung des Marburger Fürstentums, als die große Angelegenheit der Wahrung der protestantischen Macht in Deutschland durch den Ausgang des begonnenen Kampfes bedingt. Er fühlte sich gehoben durch das Bewußtsein, daß er sich dem Gegner nicht beugen dürfe. Aber auch seiner alten Gewohnheit, den Entschluß zur That von weitschichtigen Verhandlungen, in denen er unlösbare Vorbedingungen lösen wollte, abhängig zu machen, vermochte er jetzt so wenig wie früher zu entsagen. Festhaltend an dem Gedanken, daß in letzter Stunde noch die protestantischen Mächte rings umher die Trefflichkeit der Unionspolitik anerkennen müßten, korrespondierte und handelte er, bald im eignen Namen bald in dem der Union, bald persönlich¹⁾ bald durch Gesandte²⁾, mit dem Kurfürsten und den Herzögen von Sachsen, mit den nieder-sächsischen Ständen, den Generalstaaten und dem König von Dänemark: er drang auf Hülfe für Hessen und die Union, oder auch auf die Einnahme geistlicher Lande, etwa Münsters oder Paderborns. Daneben betrieb er mit neuem Eifer den seit dem Jahre 1598 verfolgten Plan, seinem Land einen nachhaltigeren Schutz zu verschaffen, als ihn gelegentlich angeworbene Söldner gewährten. Nach kurpfälzischem Muster (II 482) hatte er aus dem Landvolk der fürstlichen Kammergüter eine oberflächlich geübte Fußmiliz von 8500 Mann, in 30 Fähnlein geteilt, ins Leben gerufen; nun sollte dieselbe vermehrt werden durch Zuziehung der Hintersassen von Adlichen und Prälaten, sie sollte ergänzt werden, indem aus der Ritterschaft unter Umwandlung der kläglichen Lehendienste eine berittene Truppe gebildet würde. Aber allerwärts verfehlte sein Drängen und Treiben das Ziel. Bei den Ständen und Mächten, die er anging, fand er teils Abweisung teils Zusagen, die auf eine ungewisse Zukunft gingen; seine Landstände bewilligten ihm in den Jahren 1619 und 1620 die runde Summe von 400 000 Gulden, damit er seine Unionsbeiträge und den Sold einiger Werbetruppen be-

¹⁾ Im Frühjahr reiste er zum H. v. Mecklenburg-Güstrow, den Herzögen Lüneburg und Wolfenbüttel. (Nommel VII S. 377.) Am 8. Juni berichtet Angoulême (Ambassade S. 133): der Landgraf sei allé à la Haye(!). Auf sein Einvernehmen mit Pr. Moriz beruft er sich in einem Schreiben vom Sept. 1620. (Nommel VII S. 396 Anm. 420.)

²⁾ Sein Gesandter Ernst von Börstel verhandelt am 4. Okt. 1620 mit dem Obersten und den Zugeordneten des nieder-sächsischen Kreises. (Gr. Moriz an Ansbach, Okt. 22. Berliner St.A. Unionsakten B. 47.) Dietrich von Werder im Oktober als Gesandter an die Staaten, an Dänemark und Kurbrandenburg bestimmt. (Ausdorf Okt. 27; Looorp II S. 606; Carleton, Dez. 16. Letters S. 507—508.)

streiten könne, und schoben ihm dann, indem sie seinen weitergehenden Plänen einer Wehrverfassung auswichen, die Sorge zu, daß „ein jeder seiner Unterthanen sicher unter seinem Weinstock und Feigenbaum ruhe“. Und bei alledem machte ihm die Union im Dezember 1620 noch die Rechnung, daß seine Rückstände (S. 33 A. 2) nunmehr auf 266 323 Gulden gestiegen seien: ziehe man davon die Kosten der zum Schutz seines ausgefetzten Landes geworbenen 1000 Mann zu Fuß und 300 Reiter ab, so blieben 157 750 Gulden, von denen er wenigstens einen Teil bezahlen möge.¹⁾ Man begreift es, daß der Landgraf im Kampf mit solchen Schwierigkeiten in eine Stimmung geriet, bei der es immer schwerer wurde, mit dem eigenwilligen, in sarkastischen Vorwürfen und elegischen Ergüssen unerschöpflichen, mit aller Welt, außer sich selber, unzufriedenen Herrn auszukommen. Vollends aber begreift man, daß bei solcher Stimmung ihrer Mitglieder die Union bereits als halb aufgelöst gelten durfte.

Konnten diese inneren Zwistigkeiten etwa durch kräftige Unterstützung von außen aufgewogen werden? Vor allem, so schien es, kam im Ausland König Jakob I. in Betracht. Denn von dem Augenblicke, da der Angriff gegen die Pfalz erfolgt war, sah er sich ja in seiner oft gegebenen Erklärung, daß er nicht das böhmische Abenteuer fördern, wohl aber die Erblande seines Schwiegersohns schützen wolle, gefangen. Er sah zugleich die zu Gunsten Friedrichs V. in der Aristokratie und der Londoner Bürgerschaft entstandene Bewegung so kräftig steigen, daß eine zum Schutz der Pfalz abermals eröffnete Kollekte in einigen Wochen 34 000 Pfund einbrachte, von denen 30 000 noch im Dezember der Union zukamen.²⁾ Da erklärte denn auch Jakob, daß er fürs Frühjahr die erforderlichen Streitkräfte zur Verteidigung oder Wiedergewinnung der Pfalz ausrüsten werde, und um die Mittel zu erlangen, entschloß er sich, das Parlament auf den 26. Januar 1621 zu berufen: gewiß eine Wendung, welche die Hoffnungen der Unionen einigermaßen erfrischte, leider jedoch in dem, was sie unmittelbar austrug, nur mäßigen Wert hatte, und hinsichtlich ihrer weiteren Folgen berechnete Zweifel erweckte. Denn das Parlament, von dessen Bewilligung die Ausführung kriegerischer Entschlüsse abhing, war für Jakob, bei dem vorauszu sehenden Einfluß der Puritaner und ihrem Anspruch auf Beaufsichtigung seiner Regierung und auf eine schärfer protestantische Politik nach innen, wie nach außen, eine halb feindliche Macht. Mit Spanien zu brechen, konnte er vollends um so schwerer über sich bringen, da die Frage der spanisch-englischen Heirat eben jetzt, im Winter, scheinbar einen

¹⁾ Instruktion des Wormser Unionstags, 1620 Dez. 23. (Berliner St. A. Unionsakten B. 38.)

²⁾ Das im Sommer von Jakob bei Dänemark erwirkte Darlehen von 50 000 Pfund wurde (gegen Jakobs Willen) von Friedrich V. für seine Ausgaben in Böhmen in Anspruch genommen. (Zweibrücken an Friedrich V. 1620 Sept. 21. Anhaltische Kanzlei S. 193. Ansbach und Württemberg an Friedrich V., 1620 Dez. 25. Berliner St. A. Unionsakten B. 38.) Von einem weiteren dänischen Darlehen im Betrage von 25 000 Pfund wandte Jakob I. im Frühjahr 1621 die Summe von 20 000 Pfund seiner Tochter zu, welche sie für die Truppen und Unterthanen in der Pfalz bestimmte. (Gardiner IV S. 180; Willermont I S. 290.) Ein Pfund wurde auf vier Königsthaler umgerechnet. (Rhevenhüller IX S. 1220.)

Schritt weiter kam, indem der spanische König sie dem päpstlichen Hof behufs Gewährung der Dispense vorlegen ließ. Und so lenkte Jakob doch auf die Hoffnung zurück, durch bloße Unterhandlung alle Welt im Zaum zu halten: indem er dem Hause Oesterreich mit Krieg, seinem Schwiegersohn mit Zurückziehung seines Beistandes drohte, hoffte er den letzteren zum Verzicht auf die böhmische Krone, das erstere zur Rückgabe der pfälzischen Erblande zu nötigen.

So war die von außen kommende Ermutigung nicht eben stark. Aber dazu kam nun noch, daß sie durch eine entgegengesetzte Einwirkung aufgewogen wurde. Jener selbe Landgraf Ludwig von Hessen, der die Verbindung zwischen der Liga und Kurhessen vermittelt hatte, erwirkte sich im November 1620 eine kaiserliche Vollmacht zu Vergleichsverhandlungen mit den unierten Fürsten¹⁾. Diese Verhandlungen konnten im Sinn des Kaisers und des Herzogs von Baiern nur in einem Falle zum Ziel führen: wenn die Union den pfälzischen Kurfürsten preisgab und sich selber auflöste. Daß nun die Fürsten sich ebenso bereitwillig auf dieselben einließen, wie vorher der Herzog von Württemberg, war ein Beweis, wie sehr sie zwischen der Verteidigung ihres Bundeshauptes und der Unterwerfung unter den Kaiser im Schwanken waren.

Einstweilen siegte noch die Bundespflicht. Jener Wormser Tag vom Dezember 1620 endete mit dem Beschluß, nicht nur die Unierten, sondern auch Kurbrandenburg und die niedersächsischen Stände, sowie England, Dänemark und die Generalstaaten auf den 7. Februar 1621 nach Heilbronn einzuladen, um noch einmal eine große Vereinigung der protestantischen Streitkräfte zum Schutz der Pfalz, zur Verlängerung der Union und zur weiteren Vertretung ihrer Politik zu betreiben. Aber die Hoffnung, daß dem verfallenden Bund in letzter Stunde neues Leben einzuflöhen sein werde, war gering. Wenn man bei Ausgang des Jahres 1620 um sich blickte, so mußte man sich auf den Zusammenbruch der böhmischen Konföderation im Osten und der deutschen Union im Westen, auf die Errichtung einer kaiserlichen Diktatur in Böhmen und einer katholischen Herrschaft in der Pfalz gefaßt machen. Der Fortgang dieser erschütternden Umwälzung knüpfte sich unmittelbar an die Schicksale einer sehr kleinen Persönlichkeit, nämlich an die weiteren Niederlagen und Kämpfe Friedrichs V.

¹⁾ Zunächst knüpfte er mit dem Bruder des H. Württemberg (Juli 18. Sendenberg XXIV S. 552) und dem Mgr. Ansbach (vor Sept. 4. N. a. D. S. 559 Anm. d) einzeln an; weiter mit Lgr. Moriz und Baden. An diese vier Fürsten war seine Vollmacht gerichtet (S. 560). Die Vollmacht datiert vom 25. Nov. (Werbung des Lgr. Ludwig, 1600 Dez. 20. Sattler VI Beil. S. 141.)